

66. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. September 2006

Inhalt

Solidarität mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Delmenhorst

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der SPD und des Abgeordneten Wedler (FDP)
vom 5. September 2006
(Drucksache 16/1129)

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	4365
Abg. Focke (CDU)	4367
Abg. Dr. Sieling (SPD)	4367
Abg. Wedler (FDP)	4369
Bürgermeister Böhrnsen	4371
Abg. Tittmann (DVU)	4372
Ordnungsruf für den Abgeordneten Tittmann (DVU)	4374
Bürgermeister Röwekamp	4375
Abg. Tittmann (DVU)	4376
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	4377
Abstimmung	4378

Bleiberecht für Familien mit langjährigem Aufenthalt

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. August 2006
(Drucksache 16/1107)

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	4378
Abg. Kleen (SPD)	4380
Abg. Tittmann (DVU)	4381
Abg. Wedler (FDP)	4382
Abg. Herderhorst (CDU)	4383
Bürgermeister Röwekamp	4385
Abstimmung	4387

Entwicklung der Integrationsförderung in der BAgIS und der ARGE Job-Center Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 9. Juni 2006
(Drucksache 16/1046)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Juli 2006

(Drucksache 16/1077)

Abg. Peters (CDU)	4388
Abg. Frau Ziegert (SPD)	4389
Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)	4390
Abg. Frau Ziegert (SPD)	4391
Abg. Peters (CDU)	4392
Senatorin Röpke	4392
Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)	4394
Abg. Frau Ziegert (SPD)	4395
Abg. Peters (CDU)	4396

IT-Support an Schulen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 9. Juni 2006
(Drucksache 16/1047)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 1. August 2006

(Drucksache 16/1096)

Abg. Bensch (CDU)	4397
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ...	4398
Abg. Frau Kauertz (SPD)	4400
Senator Lemke	4402

Neue Möglichkeiten der Substitution zur Verringerung der Beschaffungskriminalität nutzen

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 19. Juni 2006
(Drucksache 16/1054)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Juli 2006

(Drucksache 16/1078)

Abg. Grotheer (SPD)	4404
Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen)	4405
Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU)	4406
Abg. Grotheer (SPD)	4407
Abg. Tittmann (DVU)	4408
Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU)	4409
Abg. Tittmann (DVU)	4409
Abg. Grotheer (SPD)	4410
Senatorin Röpke	4410

Palliativmedizin und Hospizarbeit im Land Bremen fördern

Große Anfrage der Fraktionen der CDU
und der SPD
vom 22. Juni 2006
(Drucksache 16/1061)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. September 2006

(Drucksache 16/1126)

Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU)	4411
Abg. Brumma (SPD)	4413
Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen)	4413
Senatorin Röpke	4414

Wohnen für Menschen mit Behinderungen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU
und der SPD
vom 4. Juli 2006
(Drucksache 16/1064)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. September 2006

(Drucksache 16/1128)

Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU)	4416
Abg. Dr. Schuster (SPD)	4418
Abg. Schmidtman (Bündnis 90/Die Grünen)	4419
Senatorin Röpke	4420

Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD
und Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. September 2006
(Drucksache 16/1120)

D a z u

Änderungsantrag des Abgeordneten Wedler (FDP)

vom 13. September 2006

(Drucksache 16/1139)

Abg. Tschöpe (SPD)	4422
Abg. Pflugradt (CDU)	4422
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	4423
Abg. Wedler (FDP)	4424
Abstimmung	4424

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Hochschule für Öffentliche Verwaltung

Mitteilung des Senats vom 12. September 2006
(Drucksache 16/1136)

1. Lesung
2. Lesung

Abg. Herderhorst (CDU)	4425
Abg. Tschöpe (SPD)	4425
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	4426
Staatsrat Lühr	4427
Abstimmung	4428

Gesetz zur Änderung des Bremischen Ruhelohngesetzes

Mitteilung des Senats vom 18. Juli 2006
(Drucksache 16/1083)

1. Lesung

Kein Bundeswehreinsetzung im Kongo

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 14. August 2006
(Drucksache 16/1103)

Abg. Tittmann (DVU)	4429
Abg. Rohmeyer (CDU)	4430
Abg. Tittmann (DVU)	4431
Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)	4432
Abstimmung	4432

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Akkermann, Eckhoff, Schildt.

Präsident Weber

Vizepräsidentin Dr. Mathes

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Böschen

Schriftführer Herderhorst

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

Bürgermeister **Röwekamp** (CDU), Senator für Inneres und Sport

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Senator für Finanzen **Dr. Nußbaum**

Staatsrat **Schulte** (Senatskanzlei)

Staatsrat **Dr. vom Bruch** (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat **Lühr** (Senator für Finanzen)

Staatsrätin **Dr. Weihrauch** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend
und Soziales)

Staatsrat **Dr. Wewer** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.02 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 66. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Meine Damen und Herren, ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe von „Wissen und Beruf“.

(Beifall)

„Wissen und Beruf“ ist seit 2000 als Bildungsträger für die Arbeitsagentur Bremen tätig. Herzlich willkommen!

Solidarität mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Delmenhorst

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der SPD sowie des Abgeordneten Wedler (FDP)
vom 5. September 2006
(Drucksache 16/1129)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Böhrnsen.

(B) Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bremische Bürgerschaft befasst sich heute Morgen mit dem inzwischen weltweit bekannten Fall, dass ein leer stehendes Hotel in unserer Nachbargemeinde Delmenhorst von einem bekennenden Neonazi, Herrn Rieger, gekauft und in ein Schulungszentrum der NPD, der Rechtsextremen insgesamt, umgewandelt werden soll.

Vielleicht hat sich der eine oder andere gefragt, warum sich Bremen und das bremische Parlament mit dieser Angelegenheit beschäftigen, ob das nicht Sache Delmenhorsts ist und wir hier nicht darüber hinwegsehen könnten. Ich glaube, das Gegenteil ist der Fall, und ich bin sehr froh, dass die Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Wedler der FDP diesen Antrag hier gemeinsam einbringen, denn wer glaubt denn wirklich, dass, wenn direkt an unserer Stadtgrenze – die Städte grenzen aneinander – in Delmenhorst ein so großes Schulungszentrum der Neonazis installiert wird, es keine Auswirkungen für uns hier in Bremen und Bremerhaven haben könnte? Selbstverständlich hat das

*) Vom Redner nicht überprüft.

sogar ganz massive Auswirkungen, und darüber wollen wir heute reden.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Natürlich haben Rechtsextreme in den großen Städten, vor allen Dingen in Westdeutschland, bisher relativ große Schwierigkeiten, Fuß zu fassen. Hier in Bremen haben wir es anlässlich der Debatte der geplanten NPD-Demo in Gröpelingen erlebt, dass alle demokratischen Kräfte, weit über das Spektrum dieses Hauses hinaus bis hinein in die ganze Stadt, zusammenstehen, um dies zu verhindern. Also, was ist die Strategie? Man versucht, sich auf dem Land – Delmenhorst ist zwar auch eine Stadt, aber etwas kleiner als Bremen –, im Umland von Bremen festzusetzen, um von dort aus – und das ist schon seit längerem zu beobachten – nicht nur dieses Umland zu bearbeiten, sondern auch in die Stadt Bremen, nach Bremerhaven hineinzuwirken. Es ist doch klar, dass wir hier in Bremen vor allen Dingen bei der sehr aggressiven Propaganda, die von dieser Seite gemacht wird, um Jugendliche zu gewinnen, äußerst wachsam sein und diesem von Anfang an einen Riegel vorschieben müssen, dass ein solcher Stützpunkt der Rechtsextremen ganz direkt in der Nachbarschaft von Bremen entsteht, meine Damen und Herren.

Ich hatte gesagt, weltweite Aufmerksamkeit. Wenn Sie sich einmal die Internetseite des Bündnisses in Delmenhorst anschauen, können Sie dort auch Presse- und Fernsehberichte aus Singapur, Malaysia, Kanada und den USA ansehen. Die ganze Welt schaut auf Delmenhorst, aber es wird auch immer gesagt, Delmenhorst bei Bremen, denn Bremen ist in der Welt natürlich durch den Handel und viele andere Dinge – Werder Bremen wahrscheinlich auch – ein bekannter Name, und deswegen sind wir in dieser ganzen negativen Öffentlichkeit, die dieser Fall hervorgerufen hat, in Bremen direkt mit betroffen. Heute soll hier aus diesem Parlament ein Zeichen kommen, dass wir uns, zusammen mit den Menschen in Delmenhorst, ganz entschieden gegen diese Versuche wehren, meine Damen und Herren!

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Das Gute an dem, was dort in Delmenhorst passiert – Sie kennen die Einzelheiten, die sich um diesen Kauf ranken, weil sie in der Presse ja sehr ausführlich beschrieben worden sind –, ist, dass die ganze Stadt Delmenhorst, nicht etwa nur die politischen Parteien, sondern wenn Sie sich einmal die Liste der Unterstützer anschauen, die Malerinnung, der Kleingartenverein, die Sportvereine, es ist wirklich so, dass es keine politische Veranstaltung ist, sondern tatsächlich die ganze Stadt Delmenhorst sich gegen den Versuch der Rechtsextremen, diese Stadt zu missbrau-

(A) chen, wehrt. Das ist ganz hervorragend, weil wir so eine sehr gute Chance haben, diese Versuche auch zurückzuweisen, meine Damen und Herren.

Es ist nicht so, dass wir nicht noch einen anderen Bezugspunkt zu diesen Vorgängen hätten, und der sitzt hier im Parlament, leider schon relativ lange. Es ist der Abgeordnete Tittmann der DVU, der hier manchmal so tut, als ob er mit all diesen Dingen nichts zu tun hätte. Er redet über viele Themen, versucht sich hier so ein bisschen als Anwalt der kleinen Leute und Rechtspopulist und tut so, als ob er mit der NPD, mit den Neonazis nicht zu tun hätte. Deswegen möchte ich gern, mit Genehmigung des Präsidenten, auf etwas hinweisen und auch zitieren.

Herr Tittmann ist am 5. August dieses Jahres in Dresden bei der größten Veranstaltung der Neonazis, die es überhaupt gibt, nämlich das Pressefest der NPD, aufgetreten. Neben dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt, dem sächsischen Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel und eben jenem Neonazi Rieger, der jetzt in die NPD eingetreten ist und das Hotel in Delmenhorst kaufen will, ist Herr Tittmann von der DVU als der Hauptredner auf dieser Veranstaltung der Neonazis aufgetreten, und ich glaube, das ist ein weiterer Grund, um uns hier sehr deutlich gegen diese Bestrebungen und auch gegen seine Rolle in dieser ganzen neonazistischen Szene auszusprechen.

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Damit Sie einen Eindruck haben, auf welchen Veranstaltungen Herr Tittmann von der DVU denn so auftritt und wo er vielleicht ein bisschen anders redet als hier manchmal im Parlament – obwohl es hier natürlich auch manchmal zum Vorschein kommt –, darf ich mit Genehmigung des Präsidenten einige Zitate aus dem Bericht von dieser Veranstaltung zitieren. Da heißt es unter anderem, der Hauptredner ist, wie gesagt, Herr Tittmann: „Im geistigen Zentrum der Veranstaltung stand auch diesmal der Wille, über Partei- und Organisationsgrenzen hinweg in deutschen Landen eine starke Opposition zu schaffen, Abkehr von Schurkenstaaten wie die USA und Israel, Austritt aus Völker verachtenden Gemeinschaften wie Nato und EU.“ Man höre und staune!

Da waren unter anderem die spanische Falange und die französische Front National vertreten, und auch, jetzt kommt ein weiteres Zitat, „Herbert Schweiger aus der neutralen Ostmark“ – für diejenigen, die es nicht wissen, damit ist Österreich gemeint – „war wiederum als ein Vertreter der Erlebnisgeneration erschienen“. So nennen sie die Menschen, die sich im Dritten Reich schuldig gemacht haben. „Sein freiwilliger Eintritt in die Waffen-SS steht für seinen Idealismus.“ Auch das kann man dort nachlesen.

Lassen Sie mich ein letztes Zitat von dieser Veranstaltung bringen, weil wir hier auch immer über

die ganz wichtige Aufgabe der Bildung von Kleinkindern, Kindergarten, Schule, gute Ausbildung und unsere Sorge um die Zukunft der jungen Menschen reden! Lassen Sie mich zitieren, was dort auf dieser Veranstaltung darüber gesagt wurde – Herr Tittmann wird hier vielleicht nachher noch einmal sagen, welche Rolle er dabei gespielt hat –, wie die Erziehung der jungen Menschen gesehen wird: „Im Gegensatz zum derzeitigen liberalkapitalistischen System, in dem Kleine, Heranwachsende möglichst ab drei Jahren mit Vorschule, Computertechnik und Fremdsprachen überfrachtet und so frühzeitig auf Sklavendienste für die Globalisten vorbereitet werden, steht das nationale Lager weiter für den ewig gültigen Wert einer kindgerechten Erziehung.“

Das ist der Geist, den auch Herr Tittmann predigt – auch wenn er hier manchmal ein bisschen anders tut, auch wenn er in Bremerhaven sehr volkstümlich auftritt –, das ist der neonazistische Geist, den Herr Rieger in Delmenhorst predigen will, den Sie in Bremen und Bremerhaven predigen, und ich kann Ihnen sagen, wir werden diesmal noch verstärkter mit allen politischen Kräften in der Wahl im nächsten Mai dafür sorgen, dass Sie dies hier in Bremen und Bremerhaven nicht mehr verbreiten können, Herr Tittmann!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

(D) Herr Tittmann ist, was viele Leute in Bremerhaven und in Bremen nicht wissen, ein führendes Mitglied – er hat es hier wieder bei dieser Veranstaltung gezeigt – einer Szene, die sich radikalisiert und immer aggressiver wird, die in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin Wahlkampfstände der demokratischen Parteien überfällt, die Menschen zusammenschlägt, die auf der Straße Wahlkampf machen wollen, die menschenverachtenden Ideologien nachhängt und die den Nationalsozialismus wiederhaben möchte. Es wird uns, hoffe ich, dieses Mal gelingen, Herrn Tittmann und seinen Wählern vor Augen zu führen, dass derjenige, der Herrn Tittmann wählt, Neonazis, Aggressionen und Rückschritt wählt und dass er und seine Freunde, die in Delmenhorst mit dem Versuch, sich dort festzusetzen, auch scheitern werden, dem geballten Widerstand aller demokratischen Kräfte entgegensehen werden.

Ich glaube, dass diese Resolution der Bremischen Bürgerschaft heute, hinter der alle Abgeordneten der drei Fraktionen und Herr Wedler stehen, ein sehr gutes Zeichen ist. Wenn Sie auf die Liste der Unterstützer schauen, sind dort Bürgermeister, Senatoren, viele Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende, da sind sehr viele Menschen aus Bremen, aber auch viele einfache Bürger, die sich mit Delmenhorst solidarisieren. Die Bremische Bürgerschaft tut sehr gut daran, dies heute auch zu tun, und ich glaube, dass, wenn so viele Menschen zusammenstehen, es gelingen wird, die-

(A) sen Versuch von Herrn Rieger und der neonazistischen Szene, hier in der Region Fuß zu fassen, zu verhindern. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU)*: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei diesem Thema, bei dem wir uns ja alle einig sind – jedenfalls die demokratischen Parteien hier in diesem Hause –, wird es jetzt natürlich auch das eine oder andere Mal zu Wiederholungen oder Überschneidungen kommen, und ich möchte nicht all das wiederholen, was Herr Dr. Güldner gesagt hat.

Mit dieser EntschlieÙung wollen wir uns mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Nachbarstadt Delmenhorst solidarisch erklären, und mit dieser EntschlieÙung und mit diesen Bürgerinnen und Bürgern sind wir der Meinung, dass Rechtsextreme keinen Platz in unseren beiden Städten haben dürfen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B)

Wir wollen nicht, dass die Nationalsozialisten ein Hotel in Delmenhorst kaufen, um ein rechtsextremistisches Schulungszentrum zu errichten. Was ist das wohl für ein Schulungszentrum, das da entstehen soll? Gerade in den letzten Tagen erleben wir in den Wahlkämpfen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, was in diesen Kaderschmieden gelernt wird. Pöbeleien, Einschüchterungsversuche mit Gewaltandrohung, Gewalt an Personen und Sachen, dies ist dort in den letzten Tagen alles verübt worden und vorgekommen – Herr Dr. Güldner hat es schon gesagt –, und das, meine Damen und Herren, verurteilen wir aufs Schärfste! Diese Aktionen zeigen, dass diese Leute kein Interesse an einer demokratischen Auseinandersetzung haben.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Gegenteil, sie wollen die freiheitliche demokratische Grundordnung zerstören und abschaffen, und das können und dürfen wir uns nicht gefallen lassen und wollen es deswegen auch nicht hinnehmen!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Wir begrüßen es daher sehr, dass sich in Delmenhorst ein breites Bündnis aller gesellschaftlichen Gruppen gebildet hat und Maßnahmen eingeleitet wurden, um den Verkauf des Hotels zu verhindern. Ich muss sagen, ich bin persönlich sehr beeindruckt davon, wie viele Leute sich dort zusammengefunden haben und wie schnell sie auch praktisch reagiert haben, als die Stadt nicht weiterkam oder nicht mehr wusste, was sie machen sollte, mit 800 000 Euro oder jetzt sogar noch mehr, in kürzester Zeit gesammelt, um eben der Stadt zu helfen, dieses Objekt zu erwerben, um zu verhindern, dass es in rechtsradikale Hände gerät. Also, ich bin sehr beeindruckt, und ich finde, wir sollten auch von dieser Stelle noch einmal an den Hotelbesitzer appellieren, dass er auf keinen Fall auf die Machenschaften dieser Leute hereinfällt und jetzt weiter mit ihnen verhandelt, sondern dass er versucht, mit der Stadt eine anständige Lösung zu finden.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Delmenhorster stehen auch überhaupt nicht allein. Es haben in der ganzen Region Bremen/Oldenburg mittlerweile über 30 Bürgermeister auch ein breites Bündnis gegen die Rechtsextremisten gebildet und haben sich an den Hoteleigentümer gewandt, haben ihn gebeten, von einem solchen Verkauf abzusehen. Es ist über die Region hinaus übergreifend eine Solidarität entstanden, die ist angesprochen worden, Herr Dr. Güldner hat sogar gesagt weltweit, das ist wahrscheinlich nicht ganz so,

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch, doch!)

gut, es sind wahrscheinlich Klicks gekommen. Weltweit wird das Interesse nicht so groß sein, aber national ist das Interesse bestimmt groß. Wir können uns solche Diskussionen auf Dauer, über lange Zeit nicht leisten, weil sie imageschädigend sind und weil wir es auch verhindern müssen, dass sich solche Leute hier niederlassen können.

Wir geben mit dieser EntschlieÙung jetzt praktisch unsere Solidarität zum Ausdruck. Wir können nicht viel Praktisches machen, wir können uns nur solidarisch erklären, einen Appell richten und hoffen, dass eine Lösung gefunden wird, die diese Art von Schulungszentren in Delmenhorst verhindert. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! 5500 Menschen ha-

(C)

(D)

(A) ben mittlerweile diesen Aufruf in Delmenhorst unterschrieben. Ich glaube, was noch wichtiger ist, 900 000 Euro sind durch die Spenden zusammengekommen, um zu gewährleisten, dass ein solcher Verkauf dieses Hotels nicht stattfinden kann.

Ich finde, wenn wir heute hier nahezu einstimmig diese Resolution beschließen werden, dann bringen wir einen Stolz zum Ausdruck. Ich will sagen, wir können gerade als Bremerinnen und Bremer stolz darauf sein, wie sich die Delmenhorster organisieren und wie es hier auch unterstützt worden ist, denn das ist der zentrale Punkt in der Auseinandersetzung mit diesen neonazistischen Kräften, dass man Zivilcourage zeigt, dass man die Sachen in die Hand nimmt, sich nicht scheut, sein Gesicht zu zeigen, dagegen aufzutreten und eben am Ende sogar, und das haben viele Menschen gemacht, mit Geld hier einzutreten.

Diese Region Bremen, wir hier in Bremen, aber vor allem die Delmenhorster wollen nicht, dass dort solche Schulungszentren entstehen. Dafür stehen wir hier in der Bremischen Bürgerschaft. Wir sind stolz auf das, was dort an bürgerschaftlichem Engagement stattfindet, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Ich finde, das ist die erste Bedingung, wenn man diesen Kräften entgegentritt, diese Frage von Zivilcourage und bürgerschaftlichem und politischem Engagement.

Ich will, weil auch zu Delmenhorst hier etwas gesagt worden ist, gern aus meiner Sicht darauf hinweisen, dass wir das Thema umfassender betrachten müssen. Wir hatten am letzten Sonntag die Kommunalwahlen in Niedersachsen. Dort hat es in verschiedenen Bereichen erschreckende Ergebnisse gegeben, den Einzug der NPD in einige Gemeinderäte.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Warten Sie Mecklenburg-Vorpommern erst einmal ab!)

Wir haben den Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, und ich muss sagen, was wir dort erleben, meine Damen und Herren, diese Übergriffe auf die Aktivitäten der demokratischen Parteien, machen mich auch als Sozialdemokraten sehr betroffen, denn der Erste, der sozusagen beim Plakatieren in das Krankenhaus musste, war wieder einmal ein Sozialdemokrat. Ich stelle vor allem fest, alle demokratischen Parteien sind davon betroffen, dass ihre Stände gestürmt werden, dass da Verhaltensweisen Einzug nehmen, die einer Demokratie nicht gerecht werden. Ich finde, Klaus Wowereit, der Bürgermeister von Berlin, hat recht, das ist eine Zumutung für die

Demokratie, was dort von rechts auf uns zukommt, meine Damen und Herren!

(C)

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde aber, wir greifen in der Debatte zu kurz, wenn wir nur dieses Element der Aggressivität ins Auge fassen. Die rechten, neonazistischen Aktivitäten sind mittlerweile feiner geworden. Sie sind aggressiv, und gleichzeitig treten sie brav und ordentlich auf. Sie treten sozusagen mit Knüppeln und gleichzeitig mit der Advokatenfeder auf, denn das, was wir in Delmenhorst, im Heisenhof erleben, zeigt, dass dahinter nicht nur Kräfte stehen, die dumpf versuchen, autoritäre und andere Strukturen durchzusetzen, sondern es stehen richtige Ideologen dahinter, Leute, die mit Programm, Intelligenz

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Und mit Geld!)

und mit Geld versuchen, das zu verfolgen. Der Kollege Güldner hat völlig recht, damit wird die Gefahr richtig groß. Ich finde, wir sind gut beraten, wenn wir beide Seiten der Medaille dieser politischen Aktivitäten und Akteure sehen. Es geht darum, die Aggressionen, aber auch die Ideologen von rechts zurückzuweisen und diese Auseinandersetzung hier zu suchen.

Ich bin deshalb ganz bei meinen Vorrednern und will es einmal so zuspitzen: Ich habe für den 13. Mai 2007 ein Wahlziel. Für uns Sozialdemokraten, und ich glaube, ich kann gewiss sagen, wenn ich mir den Antrag anschau, es ist ein Wahlziel, das alle demokratischen Fraktionen hier in diesem Hause haben, das auch Herr Wedler für die FDP teilt, heißt das Wahlziel: Herr Tittmann, Sie gehören hier nicht in das nächste Parlament! DVU und auch NPD haben nach dem 13. Mai 2007 hier keinen Platz!

(D)

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das demokratische Bremen braucht dies nicht, und ich sage es auch, Herr Güldner hat auf die Auftritte in Sachsen hingewiesen, es ist sehr unterschiedlich, in welchem Gewande Sie daherkommen werden. Sie können als DVU oder als NPD daherkommen, das interessiert uns nicht. Wir werden uns in Bremen und Bremerhaven mit allen Kräften, die wir haben, da gegenüberstellen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe als erste Bedingung sozusagen, dass das zu schaffen ist, die Frage der Zivilcourage und des Engagements genannt. Ich möchte gern zwei weitere Bedingungen, die ich für die politische Grund-

(A) auseinandersetzung für wichtig halte, anfügen. Die erste ist die politische Haltung, die wir zum Zusammenhalt der Gesellschaft haben. Es ist eine ganz wichtige Angelegenheit, wie wir mit Minderheiten umgehen. Es darf kein Klima erzeugt werden, das schwierig ist. Ich will deshalb an dieser Stelle ausdrücklich ansprechen, weil es mich sehr gefreut hat, Herr Senator Röwekamp, wie Sie sich hier gestern zu der Diskussion um das Bleiberecht eingelassen und wie Sie deutlich gemacht haben, dass Bremen und Bremerhaven so etwas sind wie Zuwanderungsstädte. Mich hat dies sehr gefreut. Ich habe hier in diesem Hause auch schon andere Töne zu diesen Themen gehört, und ich finde, das war ein Weg in die Mitte der bremischen Gesellschaft. Das ist eine wichtige Haltung, ich bin froh, dass alle Fraktionen sie haben, um neonazistische, rechte Tendenzen zurückzuweisen. Wir müssen so weitergehen, Herr Senator!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Handlungsfrage ist die zweite Bedingung. Die dritte Bedingung ist die sozialen Lage, meine Damen und Herren. Es ist nicht zu bestreiten, dass das Aufkommen derartiger Tendenzen etwas damit zu tun hat, dass unsere Gesellschaft natürlich im Inneren auseinanderfällt. Die mittlerweile jahrzehntelange hohe Arbeitslosigkeit ist eine Ursache. Wir können heute zumindest in der Bremer Tageszeitung nachlesen, dass ein Datenreport im Zusammenhang mit der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen ist, in dem herausgearbeitet wird, dass ein großer Teil der Bevölkerung die soziale Lage für sich als bedrohlich empfindet und sich gleichzeitig mehr und mehr abwendet von der Demokratie.

(B) Demokratie in Deutschland ist verbunden mit der sozialen Marktwirtschaft, das ist gut so. Wenn aber Demokratie verbunden wird mit einer neuen Marktwirtschaft, einer rein freien Marktwirtschaft, verbunden mit neoliberalen Gedankengut, dann begibt man sich in die Gefahr, dass die Leute Angst vor dieser Demokratie bekommen, die mit einer solchen Wirtschaftsordnung verbunden wäre. Umgekehrt wird ein Schuh daraus! Wir sind in der Verpflichtung, auch in der Sozialpolitik, in der Bildungspolitik, aber natürlich auch in der Wirtschaftspolitik immer darauf zu achten, dass der soziale Zusammenhang gewahrt wird, dass die Schaffung von Beschäftigungsverhältnissen, von Arbeitsplätzen im Vordergrund steht. Wenn wir uns dem entziehen, werden wir einen Boden dafür bereiten, dass solche Ideologien wachsen können. Deshalb bin ich der Auffassung, gute Politik gegen Rechts ist gute Sozialpolitik und erfolgreiche, arbeitsmarktorientierte Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte zum Schluss darauf hinweisen, dass wir, glaube ich, in Bremen in guter Verbindung zu dem Engagement in Delmenhorst stehen. Es gibt viel Engagement auch gegen eine rechte Szene, die es in Bremen und Bremerhaven gibt. Ich verweise einmal auf die gute Arbeit, die im Lidice-Haus für Jugendliche gemacht wird. Ich verweise auch darauf, was mich sehr stolz macht, wie sich auch die Medien in Bremen damit auseinandersetzen. Ich möchte es hier auch nutzen: Christiane Kröger hat einen Preis bekommen, für die Bremer Tageszeitung hat sie ja sehr sauber und sehr gut recherchiert. Das ist wichtiges Engagement aus der Gesellschaft heraus. Das ist Mut, und ich denke, wir als Bremische Bürgerschaft können auch dies unterstützen.

(C)

Die Debatte heute, die Resolution, die wir hier einstimmig beschließen, umfasst das ganze Thema in unserer Auseinandersetzung gegen Rechts. Da stehen wir als demokratische Fraktionen alle zusammen, weil wir auch alle in eine Ecke gestellt werden sollen von diesen Kräften. Meine Damen und Herren, lassen Sie es uns gemeinsam weiter so angehen und am 13. Mai, wie gesagt, dafür sorgen, dass NPD und DVU in Bremen keinen Platz in dieser Bürgerschaft haben. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne Jugendliche jüdischer und arabischer Herkunft aus unserer Partnerstadt Haifa.

(D)

(Beifall)

Meine Damen und Herren, diese Jugendlichen im Alter zwischen 13 und 16 Jahren haben sich der Stadt Haifa in der schwierigen Zeit der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Israel und dem Libanon als freiwillige Helfer zur Verfügung gestellt. Untergebracht sind sie in dieser Woche im Lidice-Haus in Bremen-Nord. Im Rahmen eines vom Kreisverband der AWO-Bremen entwickelten Besuchsprogramms besuchen sie mit ihren Betreuern Sehenswürdigkeiten in Bremen und Bremerhaven und natürlich auch das Konzentrationslager Bergen-Belsen. Seien Sie ganz herzlich willkommen in der Bremischen Bürgerschaft!

(Beifall)

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich war bei diesem interfraktionellen Antrag von Anfang an mit einbezogen. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bei den Initiatoren dieses Antrags bedanken! Ich stehe mit voller Überzeugung

(A) hinter diesem Antrag. Deswegen bin ich auch mit vollem Herzen dabei, wenn wir nachher über diese Resolution abstimmen.

Wir alle, SPD, CDU, Grüne und FDP hier in diesem Hause, haben diesen Antrag gemeinsam gestellt. Wir bezeugen damit stellvertretend für unsere Parteien und als Landtagsabgeordnete auch für viele Bürgerinnen und Bürger der Städte Bremen und Bremerhaven Solidarität mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Delmenhorst, die sich nicht damit abfinden wollen, dass in ihrer Nachbarschaft ein Schulungszentrum für Neonazis und andere Rechtsradikale eröffnet werden soll. Wir in der FDP finden es richtig, finden es auch ungemein wichtig, dass die verfassungstreuen Parteien in dieser Frage in diesem Hause über die Parteigrenzen, aber auch über die Grenzen unseres Bundeslandes hinweg zusammenstehen, denn diese Resolution eint uns auch über die Grenze des Bundeslandes Bremen hinweg mit den Kollegen in Niedersachsen.

Den in der letzten Zeit zunehmenden Provokationen von Rechtsradikalen muss entschlossen Einhalt geboten werden. So bereiten nicht nur die aggressiven und gewalttätigen Übergriffe im Landtagswahlkampf in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern erheblichen Anlass zur Sorge – darauf ist schon hingewiesen worden –, auch die Erfolge der NPD bei der jüngsten Kommunalwahl in Niedersachsen stimmen uns äußerst nachdenklich.

(B) Sie, liebe Bremer Kollegen, haben sich vorgestern in der Stadtbürgerschaft bereits mit dem beantragten NPD-Aufmarsch in Gröpelingen beschäftigt. In dieser Sache stehen Sie auch nicht allein, wir stehen an Ihrer Seite und unterstützen das, was Sie da in der Stadtbürgerschaft beschlossen haben.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Den Versuch, rechtsextreme Propaganda aggressiv zur Schau zu stellen, und das gezielt im Vorfeld des traditionellen Gröpelinger Gedenkens an die Novemberpogrome von 1938, kann und darf unsere Gesellschaft nicht widerstandslos hinnehmen. Deswegen stehen wir als FDP auch voll und ganz hinter der Diskussion, die in der Stadtbürgerschaft kürzlich stattgefunden hat.

Das, was in den vergangenen Jahren, vielleicht bestärkt durch das gescheiterte Verbotverfahren, an Aktivitäten von der verfassungsfeindlichen NPD vorgebracht wurde, hat in Aggressivität, Öffentlichkeit und Ernsthaftigkeit eine neue Qualität erreicht, eine Qualität, über die sich vielleicht mancher, der nur hier mit den unsäglichen Auftritten des DVU-Aleinunterhalters in Kontakt geraten ist, vielleicht gar keine Vorstellung gemacht hat. Das ist etwas unterhalb dessen, was man strafrechtlich oder hier aus dem

Haus der Bürgerschaft heraus rügen könnte. Das ist der Wolf im Schafspelz, der sich hier äußert. Herr Dr. Güldner hat das vorhin sehr eindrucksvoll dargelegt, wie dieser dann nach außen und anderswo auftritt. Das ist nicht hinzunehmen, und dagegen müssen wir alle aufstehen, dass so etwas nicht passieren kann.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Versuche des Neonazis Rieger, zuerst mit dem Heisenhof in Dörverden und nun mit dem Hotel in Delmenhorst neofaschistischem und rassistischem Gedankengut einen festen Standort in Norddeutschland zu verschaffen, gehören genauso zu den Aktivitäten wie die sogenannte Aktion Schulhof, bei der Propaganda-CDs an Schülerinnen und Schüler in unserer Region verteilt werden beziehungsweise verteilt werden sollten.

Meine Damen und Herren, auch im Hinblick auf die anstehenden Bürgerschaftswahlen in Bremen und Bremerhaven muss für uns Antragsteller gelten, den Kampf gegen den Rechtsextremismus gemeinsam zu führen. Uns allen muss dabei klar sein, dass den Worten auch Taten folgen müssen. Herr Dr. Sieling, Sie haben bestimmte Modalitäten und Bedingungen aufgestellt, diese kann ich nur nachdrücklich und vollständig unterstützen, denn wir müssen politisch mit diesem Themen- und Gedankengut umgehen, und das sollte uns auch in unseren Bemühungen einen, hier Widerstand zu leisten.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei allem politischen Meinungsstreit sollte ein Grundbestand an Gemeinsamkeiten eines freiheitlichen, demokratischen und sozialen Staatswesens verteidigt werden. Es reicht nicht, sich nur solidarisch zu erklären, wir müssen auch solidarisch handeln.

889 000 Euro, also fast 900 000 Euro, hat die Delmenhorster Initiative „Delmenhorst sagt Nein!“ bislang gesammelt, um das zu verhindern, was dort versucht wird, in die Wege zu leiten. Über 5000 Menschen haben sich auf der Internetseite www.fuerdelmenhorst.de als Unterstützer eingetragen, und in Gröpelingen finden erste Treffen der Gegner der NPD-Demo statt. Das sind, denke ich, ermutigende Zeichen, die wir hier von dieser Stelle aus nachdrücklich unterstützen sollten. In diesem Sinne hoffe ich, dass das große Engagement der Bürgerinnen und Bürger von Delmenhorst einen erfolgreichen Abschluss nimmt, und bedanke mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn sich eine braune Kaderschmiede, eine Neonazi-Schule, im Herzen unserer Nachbarstadt Delmenhorst breitmachen will, dann ist das eine Bedrohung für uns alle, in Delmenhorst, in Bremen und wo auch immer wir in Deutschland leben. Wir alle, die wir in Deutschland leben, wir müssen gemeinsam sagen, wir können und wir werden und wir dürfen nicht zulassen, dass sich Neonazis Plätze und Straßen im Herzen unserer Städte unter den Nagel reißen und von dort Hetzkampagnen gegen andersdenkende, andersgläubige Ausländer lostreten. Das werden wir nicht zulassen, weder in Delmenhorst noch anderswo!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, alle Demokraten sind aufgerufen, sich dem entgegenzustellen. Hier ist es schon gesagt worden, und ich schließe mich dem ausdrücklich an, dies ist in beeindruckender Weise in Delmenhorst geschehen. Wie dort eine Stadt zusammensteht, das ist vorbildlich. Wie uns dort breites Engagement, breite Beteiligung an dieser Auseinandersetzung gezeigt wird, das ist eindrucksvoll, und deswegen ist es gut und richtig, dass wir heute von Bremen aus dem Parlament, und ich sage es ausdrücklich für den Senat, das Signal geben: Ganz Bremen steht in Solidarität und Unterstützung an der Seite der Delmenhorster, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Treiben der Neonazis in Delmenhorst – angesprochen worden sind Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, demokratische Wahlhelfer werden zusammengeschlagen, demokratische Wahlveranstaltungen werden gesprengt –,

(Abg. **T i t t m a n n** [DVU]: Das kennen wir zur Genüge!)

all das zeigt, dass wir eine neue, eine starke Verantwortung aller Demokraten wiederbeleben und stärken müssen für ein freiheitliches, für ein soziales, für ein friedliches Deutschland. Dazu gehört, dass wir es niemals als normal betrachten werden, dass Neonazis in unseren Parlamenten sitzen, niemals!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unsere Parlamente sind Sinnbild und Ausdruck von Demokratie, und Leute, die sich zu diesem Bild, zu dieser Vorstellung von Demokratie nicht bekennen können oder wollen, haben hier keinen Platz, meine Damen und Herren. Deswegen ist es richtig, dass wir uns einig sind, dass die Neonazis in unseren Parlamenten keinen Platz haben, aber sie sind hier, weil sie in Wahlen dazu gewählt worden sind. Deswegen ist der entscheidende Punkt, dass wir schauen müssen, was sich in unseren Wahlkämpfen und bei den Wahlen abspielt.

Die Kommunalwahl in Niedersachsen hat uns gezeigt, dass dort, wo die Wahlbeteiligung gering war, Neonazis stark geworden sind. Es hat jemand in den vergangenen Tagen so ausgedrückt: „Der Schlaf der Demokratie stärkt die Rechtsextremisten.“ Darum geht es in Wahrheit, dass wir erkennen, die Demokratie ist nichts, bei der man zuschaut, auf der Tribüne sitzt, die Demokratie ist nichts – wie in dem Datenreport, den wir heute im „Weser-Kurier“ gelesen haben, gezeigt wird –, von der man sich abwendet, bei der man desinteressiert an der Seite steht, sondern Demokratie verlangt, dass wir uns beteiligen, dass wir uns einmischen, dass wir mitmachen, und das ist das Entscheidende, dass wir aufrufen müssen, sich zu beteiligen. Ich bin ganz sicher, ganz viele, die überwiegende Mehrheit der Menschen, die nicht zu Wahlen gehen, hat mit Rechtsextremisten nichts am Hut, aber wir müssen ihnen sagen, wenn sie nicht zu Wahlen gehen, dann stärken sie die, die sie nicht stärken wollen!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Hoffnung ist, nein, ich bin sicher, wir gehen das gemeinsam an, dass wir im Bürgerschaftswahlkampf in diesem Punkt einig sind, dass wir die Menschen aufrufen werden in Bremen und Bremerhaven, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, damit wir es nicht mit dieser Unnormalität der Demokratie in den Parlamenten weiter zu tun haben.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich bin dankbar dafür, dass wir in Bremen ein ganz breites Bewusstsein dafür haben und ganz großes Engagement, dass die Gefahren des Rechtsextremismus uns bedrohen. Ich will erinnern an so wunderbare Projekte wie „Schule gegen Rassismus“, an die „Nacht der Jugend“, die wir auch in diesem Jahr wieder am 9. November zur Erinnerung an die Reichspogromnacht im Rathaus gestalten werden, ein unglaubliches Ereignis, für das uns in Deutschland großer Respekt gezollt wird. Zweibis drei Tausend Jugendliche kommen ins Rathaus, diskutieren, machen Musik, spielen Theater, reden miteinander, vor allen Dingen Jugendliche aller Her-

(A) kunft, aller Religionen. Das ist wunderbar! Wir haben eine interreligiöse Friedensandacht regelmäßig im Rathaus, wir haben den Jugendpreis „Dem Hass keine Chance“, wir haben den One Nation Cup hier in Bremen erlebt, ein Beispiel der Völkerverständigung! Auf diesem Wege müssen wir weitermachen, und wir müssen alle mitwirken, dass die Basis noch breiter wird, damit in der Gesellschaft klar ist, in Bremen hat Hass keine Chance!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn ich davon sprach, dass wir einen neuen Anlauf brauchen, um unsere Verantwortung gegenüber dem Rechtsextremismus deutlich zu machen, dann bedeutet das natürlich auch, und Sie haben am Dienstag in der Stadtbürgerschaft darüber diskutiert, dass wir unsere Straßen und Plätze auch in Bremen den Rechtsextremisten nicht überlassen wollen. Ich will in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass wir mit der Föderalismusreform die Kompetenz zur Regelung des Versammlungsrechts bekommen haben. Das heißt, wir in Bremen müssen uns darüber Gedanken machen, welche Rechtsregeln das Parlament erlassen wird. Da gibt es eine Grundgesetznorm, da gibt es eine Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

(B) Ich möchte hier dazu gern sagen, dass wir nach meiner Auffassung diese Chance der Kompetenzverlagerung auf die Länder, also auch auf Bremen, dazu nutzen sollten, sehr sorgfältig zu prüfen, wie wir es besser als nach gegenwärtigem Recht ermöglichen können, Versammlungen zu untersagen, in denen für neonazistisches Gedankengut geworben werden kann. Ich denke, das ist eine Aufgabe, die sich lohnt anzugehen, zu prüfen, ob wir mit unserer Länderkompetenz dann bessere Regelungen bekommen.

Ich sage das vor dem Hintergrund einer nicht nur bremischen Tradition, sondern auch einer Landesverfassung, die eine Präambel enthält, die uns einen Auftrag gibt, der nicht erledigt ist, der nach wie vor besteht. Ich lese das einmal vor: „Erschüttert von der Vernichtung, die die autoritäre Regierung der Nationalsozialisten unter Missachtung der persönlichen Freiheit und der Würde des Menschen in der Jahrhundert alten Freien Hansestadt Bremen verursacht hat, sind die Bürger dieses Landes willens, eine Ordnung des gesellschaftlichen Lebens zu schaffen, in der die soziale Gerechtigkeit, die Menschlichkeit und der Friede gepflegt wird.“ Soweit das Zitat dieser Präambel!

Wir haben einen Auftrag, der ist nicht traditionell, der ist nicht nostalgisch, sondern der ist aktuell, und ich bin dafür, diese antifaschistische, diese antinationalistische Tradition und diesen Auftrag unserer Landesverfassung zu versuchen umzusetzen, auch in unsere Rechtsregeln, damit wir einschreiten kön-

nen gegen die Rechtsextremisten, wenn sie sich breitmachen wollen!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da ich am Dienstag in der Debatte nicht dabei sein konnte, will ich es hier anfügen, sollte es nicht möglich sein, Anfang November diese Demonstration zu verhindern, dann wollen wir zeigen in Bremen wie in Delmenhorst: „Eine Stadt steht gegen den Rechtsextremismus.“ Wir lassen es nicht zu, dass sie sich in Gröpelingen und anderswo breitmachen, und ich sage hier, der Bürgermeister ist bei dieser Demonstration dabei! – Danke!

(Starker Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Bürgermeister Böhrnsen, das war ja richtig spannend, das war ja richtig niedlich. Solche Reden wie Ihre höre ich jedes Mal vor den Wahlen mit beschönigenden Worten, bis es wieder einmal zu spät ist, und dann ist wieder Ruhe. Daran hat man sich schon gewöhnt. Es hat Ihnen aber auch gerade in Bremerhaven überhaupt nichts genützt.

Herr Dr. Güldner, für die Einladung von Gastrednern auf irgendeine Veranstaltung bin ich selbstverständlich nicht verantwortlich. Sie hätten einmal lieber Zitate aus meiner Rede hier bringen müssen und sollen, da war nämlich nichts Ausländerfeindliches dabei, nichts Antisemitisches, keine Fremdenfeindlichkeit, nichts! Das hätten Sie auch einmal bringen müssen und sogar sollen. Wir von der Deutschen Volksunion haben jedenfalls nicht und niemals Versammlungsräume für verbotene Organisationen wie zum Beispiel PKK und andere Organisationen besorgt und zur Verfügung gestellt. Wir nicht, Herr Dr. Güldner!

Selbstverständlich ist die Deutsche Volksunion gegen jegliche Gewalt, die Übergriffe gegen Wahlvorstände, welcher Partei auch immer, sind auf das Schärfste zu verurteilen, das hat die DVU schon immer gemacht und deutlich gemacht. Aber – nun kommt das Aber, und nun müssen Sie sich selbst einmal hinterfragen – mit solchen gewalttätigen Übergriffen, die Sie jetzt leider erleben müssen, musste die Deutsche Volksunion schon seit Jahrzehnten leben. Wir sind angegriffen worden von Ihren linksfaschistischen Gutmenschen, von Ihren Fußtruppen. Darüber haben Sie nur gelacht, wir wurden nicht vor gewalttätigen linksfaschistischen Gutmenschen beschützt, ganz im Gegenteil! Ich hätte mir solche Aufregung, solche Bestürzung und so einen Aufschrei, was Sie heute zutage

(C)

(D)

(A) bringen, damals auch gewünscht, als es um uns ging, gegen andersdenkende Mitbürger, gegen eine nicht verbotene Partei, gegen die Deutsche Volksunion. Da haben Sie geschwiegen! Allen anderen rate ich jetzt, warten Sie doch das Ergebnis in Mecklenburg-Vorpommern ab, und das wird nicht das einzige erschreckende Ergebnis für Sie werden!

Herr Wedler, fangen Sie doch endlich einmal politisch damit an, Ihrer Meinung nach gegen rechts politisch zu handeln. Gerade in Mitteledeutschland, und das sage ich hier in vollem Bewusstsein und deutlich, darüber sollten Sie nachdenken, helfen keine Sozialarbeiter mehr, denn Ihre sogenannten Rechtsradikalen sind gerade in Mitteledeutschland für viele junge Menschen, für Kinder und Jugendliche die einzigen Sozialarbeiter, die es da überhaupt gibt.

(Abg. Frau Möbius [SPD]: Rattenfänger!)

Das sind die einzigen Sozialarbeiter, die sich da sozial engagieren, aber das wissen Sie wahrscheinlich selbst.

Meine Damen und Herren, dieser Entschließungsantrag ist so lächerlich, so putzig, dass ich mich wirklich kurzfassen kann.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Dieser Antrag ist es inhaltlich nicht wert, dass man durch unendliche Diskussionen wertvolle Zeit verliert. Sie schreiben in Ihrem Entschließungsantrag so großspurig „Solidarität mit den Bürgern der Stadt Delmenhorst“.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

Das finde ich auch gut.

(Abg. C r u e g e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau! Punktum, gut!)

Dass Ihr Antrag gegen das geplante Tagungszentrum geht, ist auch klar. Aber jetzt kommt das Aber. Ihre Überschrift „Solidarität mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Delmenhorst“ bedeutet für mich aber auch: Solidarität mit den Bürgern zeigen, die für einen Verkauf des Hotels, an wen auch immer, sind! Solidarität mit denjenigen Bürgern zeigen, denen es völlig egal ist, ob das Hotel verkauft wird oder nicht,

(Abg. C r u e g e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Da gibt es doch nur einen!)

die sich durch unendliche, laute Pro-Forma-Alibi-Demonstrationen der Mächtigen-Gutmenschen gestört fühlen, die gibt es nämlich auch in Delmenhorst!

(C) Dann gibt es noch eine bekannte Ehrenbürgerin der Stadt Delmenhorst, die bekannte Sängerin Sarah Connor, die sich selbst als Ehrenbürgerin der Stadt nicht solidarisch gegen das geplante Tagungszentrum ausgesprochen hat und deshalb in den Medien in undemokratischer Weise zerrissen und öffentlich an den Pranger gestellt worden ist.

Meine Damen und Herren, gemäß Ihrer Überschrift erkläre ich mich selbstverständlich voll und ganz solidarisch mit den Bürgern und Bürgerinnen der Stadt Delmenhorst. Ich erkläre meine volle Solidarität mit dem Betreiber des bekannten Hotels. Meine volle Solidarität gilt Herrn Günter Mergel, dem Besitzer des Delmenhorster Hotels, der durch unendliche Schikanen der sogenannten demokratisch vertretenden Parteien der Stadt Delmenhorst und der Stadtverwaltung systematisch und gnadenlos in den wirtschaftlichen und finanziellen Ruin geführt worden ist.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Das kann man so nicht stehen lassen! – Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: So ein Quatsch!)

Der Eigentümer des Hotels, Herr Mergel, hat schon über Jahre hinweg auf die unerträglichen Missstände und Schikanen der Stadtverwaltung hingewiesen. Was ist, wie so oft, vonseiten der Politik, der Verantwortlichen passiert? Passiert ist nichts!

(Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Darauf komme ich gleich noch! Herr Mergel wurde von den politisch Verantwortlichen über Jahre hinweg hingehalten, schikaniert und gedemütigt. So sieht das aus! Seine Warnungen und Mahnungen wurden ignoriert. So ist Herr Mergel meines Erachtens auch aufgrund der politischen Mitverantwortung und groben Fehlverhaltens der Stadtverwaltung Delmenhorst rücksichtslos und unweigerlich in den Ruin geführt worden. Diesem Bürger der Stadt Delmenhorst gehört meine volle Solidarität.

Meine Damen und Herren, wir leben in einer Demokratie, falls Sie es noch nicht gemerkt haben! Dazu gehört eine freie Marktwirtschaft mit Angebot und Nachfrage, mit einem gesetzlich geschützten, freien Immobilienmarkt. Wenn Herr Mergel über Jahre hinweg durch diese Delmenhorster Stadtverwaltung schikaniert worden ist, die er flehend um Hilfe gebeten hat, aber immer nur belächelt und nicht ernst genommen worden ist, so braucht sich heute kein Mensch darüber zu wundern, wenn dieser über Jahre hinweg gedemütigte Mensch jetzt ein Angebot von zirka 3,4 Millionen Euro für sein Hotel, von wem auch immer, annehmen würde.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Da können Sie noch so viele Solidaritätsbekundungen abgeben. Wenn Herr Mergel sein Hotel, an wen auch immer, verkauft, so ist es ganz allein seine Sache. Da kann ich der Stadtverwaltung einen sehr guten Ratschlag geben, und der ist kostenlos: Vielleicht sollten sich diese Stadtväter und Sie hier vielleicht auch einmal zukünftig eher Sorgen um das Wohl und die Interessen der Bevölkerung machen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das tun wir! Deshalb ja!)

Meine Damen und Herren, wenn Herr Mergel sein Hotel verkauft und wann und an wen, ist seine Sache. Das nennt man Demokratie. Das noch einmal zu Ihrer Erinnerung, falls Sie das vergessen haben sollten!

Meine Damen und Herren, warten Sie doch erst einmal ab, zu welchem Preis und an wen er das Hotel verkauft, oder aber Sie überbieten ganz einfach das Angebot von 3,4 Millionen und machen daraus ein antifaschistisches, grünes Krabbelgrüppchentagungszentrum! So einfach ist das!

(Abg. Frau W i n d l e r [CDU]: Unerträglich so etwas!)

(B) Ich frage Sie: Welche größeren Summen haben Sie persönlich gespendet, um das geplante Tageszentrum zu verhindern? Das würde mich wirklich einmal interessieren, denn das würde auch die Glaubwürdigkeit, die Ehrlichkeit und die Ernsthaftigkeit Ihres Entschließungsantrags effektiv unter Beweis stellen. Wenn nicht, dann ist Ihr Antrag für mich, für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Delmenhorst ein reiner Wischiwaschi-Entschließungsantrag und sonst gar nichts. Bevor Sie jetzt nach vorn kommen und mich wieder einmal angreifen, was Sie auch schon gemacht haben, darf ich Ihnen im Namen der DVU, des Bundesvorstands, folgende Presseerklärung vorlesen!

(Zurufe: Nein!)

Die Medien dürfen das nicht senden, weil das nicht in ihr Schema passt. Herr Präsident, ich darf zitieren: „Die DVU hat mit dem Tagungszentrum nichts zu tun. Hierzu stellt die DVU fest: Die Deutsche Volksunion hat weder gegenüber Herrn Rieger noch gegenüber einer anderen Person oder Stelle je Interesse an einem festen Tagungszentrum bekundet. Mit entsprechenden Vorhaben, so sie dann tatsächlich existieren, hat die Deutsche Volksunion nichts zu tun.“ Das, meine Damen und Herren, ist wohl eindeutig genug. Diese klare Presseerklärung dürfte sogar Ihnen einleuchten.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Deswegen treten Sie ja auch zusammen in Sachsen auf!)

Bleiben Sie doch ruhig! Das dürfte sogar den letzten grünen Achtundsechziger-Möchtegern-Ho-Chi-Minh-Revolutzer, die letzten Mini-Che-Guevaras überzeugen. Wir haben mit dem Tagungszentrum nichts zu tun. Das ist Solidarität genug.

(C)

Wenn, so wie gestern, Herr Röwekamp hierher nach vorn kommt, dann darf ich Ihnen sagen: Ausgerechnet Sie brauchen bestimmt nicht mit großspurigen Alibireden die Nebel des Grauens wegzuwedeln, denn Sie sind der Nebel des Grauens!

(Unruhe – Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Tittmann, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf!

(Beifall)

Abg. **Tittmann** (DVU): Danke schön! Falls Sie es als Senator für Inneres und Sport nicht wissen sollten, dass ich als Bremerhavener Landtagsabgeordneter kein Mitglied des städtischen Sportausschusses für die Stadt Bremen bin und selbstverständlich aus diesem Grund nicht an dessen Sitzungen teilnehmen, falls Sie das als Senator nicht einmal wissen, würde das nicht gerade für Ihre fachliche Qualifikation als Senator sprechen, meine Damen und Herren!

(Unruhe)

(D)

Nun wird es richtig spannend! Sie reden über angeblichen Rechtsradikalismus, ohne davon die geringste Ahnung zu haben, weil Sie sich in einseitigen, unendlichen Beweihäuerungsdiskussionen und mit Tränen im Gesicht selbst bemitleiden.

Herr Dr. Güldner, ich wurde in diesem Haus schon des Öfteren, Herr Präsident, allerdings ohne Ordnungsruf, schnell einmal als Goebbels und so weiter bezeichnet.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich weiß nicht, ob Sie das gut finden. Bei jeder Gelegenheit behaupten Sie, ich hätte keine Argumente. Dann wäre das doch die beste Gelegenheit, wenn Sie mich doch einmal zu einer Diskussionsrunde über Rechtsradikalismus einladen würden.

(Abg. Frau W i n d l e r [CDU]: Das fehlte uns noch!)

Dort können Sie mir die angeblich rechtsradikale Maske vor einer breiten Öffentlichkeit herunterreißen. Davor haben Sie aber Angst! Also, reden Sie nicht

(A) über mich, sondern mit mir! Dazu bin ich zu jeder Zeit bereit.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Vor Ihnen haben wir keine Angst!
– Zuruf des Abg. C r u e g e r [Bündnis 90/
Die Grünen])

Dann laden Sie mich doch einmal ein! Das ist doch kein Problem, das Angebot steht doch.

Ich spreche auch mit vielen Schulklassen und habe Gesprächsrunden, diese haben dann nach einem Gespräch mit mir eine ganz andere Meinung über Rechtsradikalismus und die Deutsche Volksunion, das kann ich Ihnen versichern!

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Lüge! – Glocke)

Meine Damen und Herren, wie scheinheilig diese ganze Diskussion geführt wird, zeigt die Tatsache, dass Senator Röwekamp auf der einen Seite die geplante NPD-Demonstration verbieten will, obwohl meines Wissens dafür keine rechtliche Möglichkeit besteht.

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Tittmann, Ihre Redezeit ist beendet!

(B) Abg. **Tittmann** (DVU): Ja, ist gut, einen Satz noch! Auf der anderen Seite gehen zum Beispiel in Berlin-Pankow führende ehemalige CDU-Mitglieder des Berliner Kreisvorstands wie zum Beispiel der ehemalige Schatzmeister Lasinski vor, Hand in Hand quasi mit freien Kameradschaften, mit der NPD, und demonstrieren gegen den Bau einer Moschee.

(Unruhe)

Diesen Unterschied müssen Sie mir einmal erklären, diese Ehrlichkeit müssen Sie mir einmal erklären!

Meine Damen und Herren, nach einer nach der Wahl wahrscheinlich rotgrünen Landesregierung –.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Tittmann, ich habe Sie darauf hingewiesen, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist! Ich bitte Sie, die Rede zu beenden!

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Na gut!)

Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die

Besucher aus Haifa haben zwischenzeitlich den Plenarsaal verlassen, und zwar vor der Rede des Abgeordneten Tittmann, und der Kollege Böhrnsen hat eben nach gemeinsamer Absprache diese Gruppe noch einmal unten besucht und Ihnen das versichert, was, ich glaube, auch vor dem Parlament noch einmal ganz deutlich gesagt werden muss. Herr Tittmann, ich gestehe, immer wenn Sie reden, schäme ich mich ein bisschen dafür, dass Sie hier in diesem Parlament sitzen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen möchte ich mich bei all denen entschuldigen, die Ihren hetzerischen und revanchistischen Reden, die in weiten Teilen auch ein deutlich getrübt Verhältnis zur Wahrheit haben, zuhören müssen.

Ich will an dieser Stelle aber auch bekennen, wir können denen versichern, die das hören müssen, und auch den Besuchern aus Haifa, die sicherlich eine ganz andere Beziehung zu dem Nationalsozialismus in Deutschland und sicherlich auch zu den Entwicklungen in unterschiedlichen Ländern in Deutschland haben, dass unsere Demokratie hier in Deutschland so stark und so fest ist, dass sie nicht nur Ihre Reden erträgt, sondern auch noch einen geeigneten Umgang im demokratischen Miteinander dagegen findet. Das ist das, was unsere Stärke ausmacht, und daran müssen wir uns auch bei solchen Reden und Ausfällen, wie Sie sie hier verbreiten, immer wieder erinnern. Unsere Demokratie ist stark genug für solche Menschen wie Sie! Wir werden es schaffen, da bin ich mir ganz sicher!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Als ich das erste Mal 1987 in ein Mandat gewählt worden bin, da war ich Stadtverordneter in Bremerhaven, da hat die DVU das erste Mal den Einzug in die Parlamente geschafft, in die Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven und später auch hier in Fraktionsstärke in die Bremische Bürgerschaft. Wir haben lange gebraucht, aber ich glaube, wir haben es in dem demokratischen Miteinander aller Parteien und Fraktionen und in einer breiten gesellschaftlichen Übereinstimmung geschafft, sie aus diesen Parlamenten zwar noch nicht ganz, aber weitestgehend zu verdrängen. Bremen ist kein Nährboden für Nationalsozialismus, und Bremen ist auch kein Nährboden für die NPD und die DVU. Das werden, da bin ich ganz sicher, die nächsten Wochen und Monate und hoffentlich auch die Wahl am 13. Mai des nächsten Jahres zeigen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Wir müssen als Demokraten in diesen Tagen natürlich auch der Versuchung widerstehen, ganze Regionen, Städte, Gemeinden unter so etwas wie einen Generalverdacht des Nationalsozialismus zu stellen. Darauf bitte ich auch in der öffentlichen Berichterstattung zu achten, wenn wir jetzt miteinander über Kommunalparlamente in dem uns umgebenden niedersächsischen Umland, aber vielleicht auch am Wochenende über Mecklenburg-Vorpommern reden und darüber beratschlagen, wie die Wahlergebnisse sind!

Die NPD und die DVU werden es in solchen Parlamenten nicht schaffen, weil es eine nationalsozialistische, fremdenfeindliche Grundstimmung in der Bevölkerung gibt, sondern sie werden es nur deswegen schaffen, weil sie tricksen, die Menschen täuschen und sich tarnen, versuchen, sich einen demokratischen Anstrich zu geben. Die Menschen, die in diesen Städten und Gemeinden wohnen und leben, die Menschen, die diese Parteien wählen, sind keine Antidemokraten, keine Nationalsozialisten und keine Faschisten wie Ihre Funktionäre der Parteien, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das dürfen wir in diesen Tagen nicht vergessen, und deswegen sollten wir uns auch gemeinsam darum bemühen, sie für unser demokratisches Gemeinwesen zurückzugewinnen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B)

Eines steht fest, machen wir uns nichts vor, Herr Tittmann, Ihre scheinheiligen Versuche, hier eine Distanz zu Nationalsozialisten oder zur NPD aufzubauen, gehen sicherlich ins Leere! Eines steht fest: Sie gehören sicherlich nicht zu den geistigen Führern dieser Bewegung,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

ich denke, das liegt auf der Hand, aber dass Sie hier mit einer solchen Scheinheiligkeit versuchen, sich von einer solchen Bewegung zu distanzieren, obwohl Sie erstens aktiv daran teilnehmen, obwohl Sie zweitens für diese Partei, nämlich die NPD, selbst kandidiert haben, obwohl Sie drittens darum bemüht sind, mit diesen Parteien ein rechtes Bündnis zu schmieden, um Wahlchancen und Ergebnisse für sich selbst, und zwar nur für sich selbst, zu verbessern, das ist so etwas von scheinheilig, wie es dieses Parlament, glaube ich, noch nicht erlebt hat!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Tittmann, wir wissen, was Sie denken. Wir wissen, was Sie für eine Einstellung haben. Wir wissen, dass sie von unserer Demokratie, wie sie in

Deutschland verfestigt und stabil ist, nichts halten. Wir wissen, dass Sie sie durch ein anderes System ersetzen wollen, ob Sie es hier sagen oder nicht. Wir wissen um diese Gefahr, und wir sind gewappnet für diese Gefahr. Deswegen werden wir Demokraten alles Gemeinsame unternehmen, um auch alle Gefahren, die von Ihrem rechten Bündnis ausgehen, zu verhindern.

(C)

Ich finde es besonders betrüblich, dass Sie sagen, Sie hätten viel Verständnis für den Hotelier in Delmenhorst. Wenn es um ein normales Geschäft ginge, dann könnte man auch über Kaufpreise sprechen, aber Sie glauben doch nicht allen Ernstes, dass es dem NPD-Sympathisanten Herrn Rieger darum geht, ein normales Geschäft zu machen, indem er ein Grundstück oder ein Gebäude kauft! Ihm geht es darum, ein Symbol zu schaffen des Nationalsozialismus, des Rechtsradikalismus mitten in unserer demokratischen Gesellschaft. Unser Ziel muss es sein, dies zu verhindern. Es geht nicht um ein normales Geschäft, Herr Tittmann, sondern es geht um ein Symbol, und solche Symbole haben in unserer gefestigten Demokratie nichts zu suchen!

(Anhaltender Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Tittmann.

(D)

(Abg. Frau **W i n d l e r** [CDU]: Er kann es nicht lassen!)

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nein, ich kann es auch nicht lassen, weil ich die Diskussion gut finde!

Herr Senator Röwekamp, Sie brauchen sich für meine Reden hier in diesem Parlament bestimmt nicht zu schämen und auch nicht zu entschuldigen. Schämen und entschuldigen sollten Sie sich aber für Ihre in allen Bereichen gescheiterte Politik, die auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes geht. Dafür sollten Sie sich schämen und entschuldigen, jeden Tag bei den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes und dieser Städte Bremen und Bremerhaven. Das wäre sinnvoller und zweckmäßiger, das wäre auch ehrlicher. Deshalb brauchen Sie das Wort Ehrlichkeit bestimmt auch nicht in den Mund zu nehmen. Die DVU ist keine nationalsozialistische rechtsradikale Partei. Das ist ein Hirngespinnst von den Leuten, die Sie bewusst steuern und die die Medien auch gern mitbetreiben, dankend gern mit einbringen. Wir haben praktisch überhaupt keine Chance, uns objektiv in der Presse und den Medien darzustellen, aber das kennen wir schon.

Wie gesagt, Herr Röwekamp, wie scheinheilig diese Diskussion geführt worden ist, zeigt die Tatsache, dass Sie mir immer noch nicht den Umstand genannt ha-

(A) ben, wie es angehen kann, Sie wettern hier gegen angeblichen Rechtsradikalismus, wenn aber praktisch gesehen in Berlin gleichzeitig CDU-Mitglieder Hand in Hand mit den freien Kameradschaften mit der NPD wohlwollend gegen den Bau einer Moschee demonstrieren. Diesen Unterschied müssen Sie mir einmal erklären, diese Verbindung haben Sie bis heute nicht genannt. Ich darf noch einmal den Namen erwähnen, falls Sie ihn vergessen haben, das waren der ehemalige Geschäftsführer Bernhard Lasinski und noch andere, die ich noch einmal benennen kann, aber dafür habe ich keine Zeit.

(Abg. C r u e g e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie kennen die Namen einfach nicht, Herr Tittmann!)

Im Übrigen glaube ich ganz sicher, dass sich das Problem eines Senators Röwekamp hier bei den nächsten Wahlen nach der zu erwartenden rotgrünen Landesregierung von allein lösen wird. Was ich Ihnen aber versprechen kann, ist, dass sich das für Sie große Problem Tittmann, DVU, hier in diesem Parlament noch verstärken und von Ihnen niemals lösbar sein wird, weil auch die Bürgerinnen und Bürger Ihr großes Problem – Tittmann, DVU – hier in diesem Parlament noch verstärken werden und dies von Ihnen niemals lösbar sein wird, weil auch die Bürgerinnen und Bürger in Bremerhaven erkannt haben, die kennen mich, die kennen meine Einstellungen, die kennen meine Ideologie – –.

(B)

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Tittmann, das ist hier keine Rechtfertigungsveranstaltung für die DVU! Kommen Sie bitte zum Thema!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. **Tittmann** (DVU): Ich mache es kurz! Sie mit Ihrer Politik können die Deutsche Volksunion gerade in Bremerhaven nie und niemals verhindern. – Ich danke Ihnen!

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das werden wir ja sehen!)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Allererstes möchte ich im Namen des ganzen Hauses die Angriffe, die Sie gerade völlig substanzlos gegen die Kollegen von der CDU hier gemacht

*) Vom Redner nicht überprüft.

haben und ohne irgendwelche Beweise und Substanz hier auf den Tisch legen, im Namen des ganzen Hauses zurückweisen als einen völlig polemischen und überflüssigen Angriff auf eine demokratische Fraktion dieses Hauses.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Das Zweite ist: Man muss manchmal auch schauen, was machen die Menschen, die Politiker wirklich, was reden sie nicht nur im Parlament, sondern was tun sie tatsächlich – keine Zwischenfragen jetzt! –, sondern es kommt ja darauf an, was sie tun. Wenn Sie gerade wieder diese scheinheilige Rede von Herrn Tittmann gehört haben, ich habe hier einmal ein Beispiel mitgebracht, einen Aufkleber, der in Bremen und Bremerhaven von der DVU geklebt wird, man sieht es vielleicht aus der Entfernung, mit dem deutlichen Hitlersymbol, was immer verwendet wird, dieser schwarze Schrägstrich, das auf die Frisur Ihres großen ehemaligen Führers anspielen soll: „Istanbul den Türken, Bremen den Deutschen, DVU“.

Das ist das, was Sie tun. Was Sie hier reden, ist etwas völlig anderes, aber die Menschen wissen auch, was Sie tatsächlich tun, wenn Sie Politik betreiben oder das, was Sie Politik nennen, Herr Tittmann! Deswegen werden wir das hier ganz entschieden zurückweisen, nicht nur das, was Sie hier reden, sondern auch das, was Sie tun!

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Nicht nur Ihre unsachlichen, polemischen und meistens vollkommen aus der Luft gegriffenen und verlogenen Angriffe auf alle Fraktionen hier im Hause mit irgendwelchen dubiosen Vorwürfen weisen wir hier zurück, ich möchte noch auf einen letzten Punkt aufmerksam machen. Sie haben nicht den Mut dazu, hier vor diesem Hause dazu zu stehen, was Sie tatsächlich tun im Bündnis mit der NPD und mit Neonazis. Sie brauchen nicht zu lachen, jeder kann es inzwischen nachvollziehen: militante Neonazis, Straftäter, NPD und DVU immer gemeinsam Hand in Hand! Kommen Sie doch hierher, wenn Sie nicht so feige sind, uns hier immer etwas anderes vom Bären zu erzählen, dann stehen Sie doch zu dieser Politik und legen Sie diese Politik, die Sie tatsächlich betreiben, den Wählerinnen und Wählern zur Abstimmung vor! Dann werden Sie einmal sehen, was für ein Ergebnis Sie erreichen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(A) Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der SPD sowie des Abgeordneten Wedler mit der Drucksachen-Nummer 16/1129 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. **W e d l e r** [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

(Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag zu.

Bleiberecht für Familien mit langjährigem Aufenthalt

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. August 2006 (Drucksache 16/1107)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Rówekamp.

(B) Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es war Herr Sieling, der in der vergangenen Debatte schon den Zusammenhang angesprochen hat zwischen dem, was wir gerade diskutiert haben, und der Debatte, die wir jetzt führen, nämlich über den Antrag „Bleiberecht für Familien mit langjährigem Aufenthalt“, den die Grünen hier in die Bremische Bürgerschaft eingebracht haben.

Es geht um ein Thema, das uns alle gemeinsam schon sehr lange beschäftigt. Die Innenministerkonferenz hat sich schon viele Jahre mit diesem Thema beschäftigt, in den jeweiligen Bundesländern, aber auch im Bund. Wir haben gestern im Zusammenhang mit dem Zuwanderungsgesetz auch darüber gesprochen, dass wir ein Problem haben, wie wir mit Menschen, mit Familien, vor allen Dingen auch mit Kindern und Jugendlichen, die über einen langen Zeitraum, manchmal zehn, 15, 20 Jahre lang hier in Deutschland immer nur geduldet worden sind und hier bereits sehr gut integriert sind, in Zukunft verfahren wollen. Es ist an der Zeit – das haben der Bundesinnenminister Schäuble und viele andere deut-

*) Vom Redner nicht überprüft.

lich gemacht –, dass wir für dieses Problem und diese Frage endlich nach vielen Jahren eine Lösung finden, und zwar nicht nur für Bremen, sondern eine Lösung, die dieses Problem in allen Ländern ein für alle Mal zu den Akten legt. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg, nach all den Jahren endlich zu dieser Lösung zu kommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht darum, dass Menschen in einer Art Grauzone leben. Einerseits können sie nicht zurück in ihre Heimatländer, andererseits haben sie aber auch keinen Rechtsanspruch auf ein Aufenthaltsrecht hier bei uns. Sie hängen sozusagen zwischen Baum und Borke. Das heißt nach unserer Gesetzeslage, dass sie in aller Regel – und der Innensenator ist auch schon gestern in der Debatte darauf eingegangen, als wir über das Zuwanderungsgesetz gesprochen haben – keine Arbeitsgenehmigung bekommen, und das heißt für die Jugendlichen, sie können keine Ausbildung machen. Das bedeutet auch, wenn wir uns einmal realistisch anschauen, wie bei uns der Arbeitsmarkt verfasst ist, dass man es auf Dauer nicht schafft, in dieser Gesellschaft Fuß zu fassen, wenn man weder Ausbildung noch Arbeit bekommt.

Es ist so, dass wir in vielen Einzelfällen in Bremen und Bremerhaven Diskussionen über Familien haben, bei denen dies zutrifft, und in jedem dieser Einzelfälle war es sehr schwierig, eine adäquate Lösung zu finden. Das heißt auf der anderen Seite, es ist allerhöchste Zeit, eine allgemeine Lösung auf der Basis neuer Regelungen zu finden, um mit diesem Problem letztendlich anders umzugehen, als wir es bisher getan haben.

Es sind, wie ich finde, sehr bemerkenswerte Signale ausgegangen, nicht nur vom Bundesinnenminister in dieser Frage, das haben wir sehr wohl vernommen, sondern vielleicht noch bemerkenswerter ist auch der Wandel, der sich über die Sommerferien in Bremen beim Senator für Inneres abgespielt hat, ich nehme an, auch in Abstimmung mit der gesamten Fraktion und Partei der CDU. Im Frühjahr noch haben wir sehr kontrovers und durchaus auch demokratisch scharf darüber diskutiert, was mit diesen langjährig Geduldeten, die gut integriert sind, die keine Straftäter sind, die aber gleichwohl ausgesperrt sind aus unserer Gesellschaft, passieren soll. Noch im Frühjahr hat da ein sehr scharfer Ton vorgeherrsch, so dass wir den Eindruck hatten, dass hier quasi eine Mauer aufgebaut werden soll gegen eine Lösung, die sowohl humanitär als auch für die aufnehmende Gesellschaft sinnvoll wäre, nämlich endlich von diesem Zwischenstatus der langjährigen Duldung wegzukommen.

Ganz offensichtlich hat sich da über die Sommerferien – es ist immer einmal ganz gut, wenn man ein bisschen aus dem alltäglichen Stress herauskommt, die Sonne scheint – ein Wandel vollzogen, und ich

(C)

(D)

(A) bin ganz weit davon entfernt, diesen Wandel nun zurückzuweisen oder als möglicherweise nicht ernsthaft zu bezeichnen. Ich glaube, dass dies ein ernsthafter Wandel ist, dass wir heute nicht nur andere Worte und andere Statements zu diesem Thema vonseiten der CDU und von Herrn Röwekamp hören, sondern ich gehe einmal davon aus, dass wir hier auch tatsächlich einen Sinneswandel in Bezug auf diese Menschen erleben. Ich kann hier nur sagen, dass ich sehr begrüße, wenn wir dort in diesem Bereich eine sehr viel größere Einigung erreichen, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Es ist so, dass die Intention aller Parteien und Fraktionen bei der Abfassung des Zuwanderungsgesetzes eindeutig war, in der Begründung des Gesetzes steht auch immer noch, die sogenannte Kettenduldung abzuschaffen, das heißt das wiederholte Erneuern eines Aufenthaltsstatus, der kein richtiger Aufenthaltsstatus ist, sondern sozusagen in diese Grauzone führt. Allerdings hat es das eigentliche Gesetz letztendlich nicht geschafft, dieses Ziel, das alle politischen Kräfte hatten, dann tatsächlich umzusetzen. In der Praxis der Ausländerbehörden ist es nach wie vor so – auch in Bremen, wir haben uns ausführlich damit auseinandergesetzt –, dass diese aufeinanderfolgenden Kettenduldungen ausgesprochen werden.

(B) Das ist ein Phänomen, das man sich auch noch einmal in Zahlen anschauen muss. Wir hatten Anfang der neunziger Jahre etwa 500 000 Asylbewerber in Deutschland, wir haben heute noch etwas mehr als 20 000 Asylbewerberinnen und -bewerber in Deutschland, immer – nach Königssteiner Schlüssel – etwa ein Prozent auf Bremen heruntergebrochen bedeutet das einen Unterschied von 5000 für Bremen oder von 200 Asylbewerbern pro Jahr in Bremen. Gleichwohl ist der Stand der Geduldeten auf einem sehr hohen Niveau von etwa 3500 Menschen in dieser Zeit gleich geblieben, obwohl sich der Zuzug von Asylbewerbern so dramatisch verringert hat.

Hier kann im System etwas nicht stimmen, und wir Grünen haben immer an erster Stelle gefordert, dass hier eine ganz wichtige Lücke in unserem Ausländerrecht geschlossen werden muss und dass wir für diese konkreten Fälle, für diese Menschen, für diese Kinder und Jugendlichen, aber auch für ihre Eltern endlich eine Regelung brauchen, die wirklich diesen Namen verdient.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt – wir haben in einem Gutachten darauf hingewiesen, auch darüber gab es Diskussionen vor den Sommerferien – jetzt schon die Möglichkeit, nach Paragraf 25 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes eine solche Aufenthaltserlaubnis für bisher Geduldete auszusprechen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern, vor allen Dingen aber das Land Rheinland-Pfalz mit einer SPD/FDP-Regierung, mit inzwischen einer absoluten Mehrheit der SPD geht dort voran und hat

in sehr vielen Fällen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Andere Bundesländer, unter anderen Bremen, haben verneint, dass das möglich sei. In der Praxis ist es auch so gewesen, dass über diesen Paragrafen 25 Absatz 5 kaum irgendjemand aus diesem Duldungsstatus herausgekommen ist.

(C)

In einem jüngsten Gespräch mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge hat er bestätigt, dass seiner Meinung nach der Paragraf 25 Absatz 5 durchaus geeignet wäre, um für Menschen diesen Duldungsstatus zu beenden. Das ist immerhin sozusagen der oberste Migrationsberater der Bundesregierung und auch der Länderregierungen. Ich hoffe, dass sich diese Einsicht da dann noch durchsetzt. Es spricht aber auch nichts dagegen, in einer Bleiberechtsregelung, wie sie jetzt von den Innenministern angestrebt wird, dies auch noch einmal neu zu regeln.

Es kommt allerdings, meine Damen und Herren, bei dieser Frage zum einen darauf an, die grundsätzliche Haltung, den Sinneswandel darzustellen, ob man bereit ist, hier an einem Strick zu ziehen und für die Menschen, für die Kinder und Jugendlichen und ihre Familien zu einer Regelung zu kommen, dass sie endlich Ausbildung und Arbeit aufnehmen können und einen festen Aufenthaltsstatus haben. Es kommt aber nicht nur auf diesen Willen und auf diesen Sinneswandel an, es kommt natürlich dann in der Regelung, die abschließend verabschiedet werden wird, sehr auf das Kleingedruckte, sehr auf die Details an.

(D)

Man kann, das haben wir schon bei vergangenen Altfallregelungen gesehen, sie so ausgestalten, dass praktisch niemand am Ende wirklich in den Genuss dieser Regelungen kommt, das hatten wir auch schon. Da wurde eine große Bleiberechts- und Altfallregelung ins Leben gerufen, aber nur sehr wenige Menschen hatten aufgrund der Kriterien tatsächlich die Möglichkeit, sie auch in Anspruch zu nehmen. Ich glaube, wenn den Worten Taten tatsächlich folgen sollen und dieser Sinneswandel doch beim Großteil der Unionsinnenminister tatsächlich ernst gemeint ist, dann brauchen wir eine Regelung, bei der die Hürden, die wir für eine solche Regelung aufbauen, nicht so hoch sind, dass sie letztendlich niemand überspringen kann, sondern hier werden wir sehr genau hinschauen, welche konkreten Regelungen dann getroffen worden sind.

Wenn man den Menschen ein Arbeitsverbot auferlegt und gleichzeitig von ihnen fordert, dass sie dann ihren Lebensunterhalt vollständig durch eigene Arbeit sichern sollen, dann ist das ja fast wie eine Anforderung zur Schwarzarbeit. Wie, wenn sie nicht arbeiten dürfen, sollen sie denn sonst auf legalem Wege ihren Lebensunterhalt durch Arbeit sichern? Mit solchen Dingen ist den Menschen nicht geholfen, sondern es ist ihnen geholfen mit offenen, klaren Regelungen, die auch realistisch und tatsächlich die Möglichkeit schafften, sich hier endgültig in unsere Gesellschaft zu integrieren.

(A) Ein letzter Satz, Herr Präsident! Es ist so, dass wir in diesem Antrag angeführt haben, und da folgen wir dem Land Berlin, das es ähnlich handhabt, es macht keinen Sinn, wenn die Innenminister nun mehrheitlich angekündigt haben, in ihrer Innenministerkonferenz zu einer solchen Regelung kommen zu wollen, nun im Vorfeld noch Menschen etwa ganz schnell abzuschieben, die dann von dieser Regelung begünstigt wären. Deswegen, denke ich, ist unser Antrag logisch und absolut sinnvoll. Wir sagen, wir vertrauen darauf, dass es im Herbst zu dieser Regelung kommt. Wir hoffen, dass sie nicht nur Alibi sein wird, sondern dass sie auch tatsächlich von Menschen, die sich hier integriert haben und die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, genutzt werden kann. Wir bitten darum, dass hier das Parlament einen Antrag beschließt, dass bis dahin eine Übergangsregelung gefunden wird, damit diese Menschen nicht vorzeitig, noch bevor sie aus so einer Regelung den Nutzen ziehen können, abgeschoben werden. Ich denke, das ist logisch und sinnhaft.

Ich hoffe sehr, dass Sie uns in dieser Argumentation folgen, dass also den Worten auch Taten folgen und wir hier gemeinsam eine solche Regelung beschließen. Wie gesagt, die Vorbilder in diesem Fall in Berlin sind da, dass man das so machen kann. Dann wären wir, glaube ich, auf einem guten Weg. Jetzt komme ich wieder zurück auf die vorhergehende Debatte, auch hier ein Zeichen zu setzen, dass auch in solch konkreten Fragen, in denen es schwieriger ist und die Grundpositionen der Parteien vielleicht ein bisschen weiter auseinandergehen, wir in der Lage sind, an einem Strang zu ziehen! – Vielen Dank!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kleen.

Abg. **Kleen** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir heute über eine Bleiberegulation oder eine Altfallregelung reden, dann räumen wir schlicht mit einer Lebenslüge auf, die wir mindestens seit der Novellierung des Zuwanderungsgesetzes mitschleppen, in der wir damals so etwas nicht vorgesehen haben.

Vorausgeschickt: Wir reden von über 190 000, fast 200 000 Migranten, die in Deutschland mit einer Duldung ohne gesichertes Aufenthaltsrecht leben, über 120 000 leben schon länger als fünf Jahre hier, über 48 000, fast 50 000, leben schon länger als zehn Jahre hier. Herr Dr. Güldner hat auch Ausnahmen angesprochen von Menschen, die 15 oder 20 Jahre mit einer Duldung hier leben.

Auf der einen Seite wird hier das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Fähigkeit des Staates, geltendes Recht durchzusetzen, berührt, aber an

*) Vom Redner nicht überprüft.

dererseits erleben wir auch selbst häufig, dass die Beendigung solch irregulärer Aufenthalte im Einzelfall ausgesprochen gravierende humanitäre Probleme auslöst und in der Bevölkerung auch wenig Verständnis findet. Geduldete sind weitgehend rechtlos, sie leben vielfach unter erniedrigenden Bedingungen, das Damoklesschwert der Abschiebung schwebt immer über ihnen. Deshalb werden sie nicht nur nicht integriert, sondern oft offen desintegriert, immer unter dem zweifelhaften Anspruch, einer Verfestigung des Aufenthaltes entgegenwirken zu wollen.

(C)

Das wirkt, sage ich einmal, beim Familienvater, der seit zehn, zwölf oder 15 Jahren hier geduldet wird und seine Familie mit Taxifahren über die Runden bringt, schon reichlich zynisch. Für Geduldete heißt es in der Regel, dass sie keinen oder einen nachrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, dass sie Bremen oder den Landkreis nicht verlassen dürfen, dass sie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen und damit 30 Prozent unter den normalen Sozialleistungen liegen. Insbesondere bei den Jugendlichen wächst eine große Zahl junger Menschen heran, deren Potenzial ungenutzt bleibt, deren weiterer Werdegang größere Sorgen bereitet.

(Vizepräsident R a v e n s übernimmt den Vorsitz.)

In dieser Situation besteht zur Integration, von der wir sprechen und die wir alle befürworten, überhaupt keine Chance. Wir schulden nicht nur diesen Jugendlichen, sondern auch unserer Gesellschaft, diesen Missstand zu beheben und die Potenziale zu nutzen.

(D)

Das Aufenthaltsgesetz hat dazu keine Möglichkeiten, keine Lösungen angeboten. Gedacht war möglicherweise bei dem einen oder anderen an die Härtefallregelung, aber in Wirklichkeit, auch vom Gesetz her, war sie dafür nicht gedacht und deshalb auch nicht ausgestattet. Allerdings hört man aus südlichen Bundesländern, dass Industrie und Gewerbe richtig Druck auf die Behörden und die Härtefallkommissionen ausüben, weil sie die Geduldeten als gewünschtes Arbeitskräftereservoir sehen. Die Zahlen auch der Härtefallkommission in Bremen lassen vermuten, dass diese Härtefallregelung kein probates Mittel ist, um eine bremenspezifische Lösung des fehlenden Bleiberechts zu erreichen.

In der Frage der Kettenduldung, dazu hat Herr Dr. Güldner etwas gesagt, sind wir nicht weiter als vor 15 Monaten. Hier könnte ein Aufenthaltsrecht Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eröffnen, doch nicht nur in Bremen machen die Ausländerbehörden davon ungern Gebrauch. Vor allem die Jugendlichen bereiten uns große Sorgen. Darauf hat Herr Dr. Güldner hingewiesen, ich möchte das gern noch einmal sehr unterstützen, was Herr Bürgermeister Röwekamp gestern angekündigt hat, dass er sich dafür einsetzen möchte, bei dem Wettbewerb um Ausbildungsplätze, um Arbeitsplätze die Vorrang-

(A) prüfung abschaffen zu wollen. Ich finde, an dieser Stelle muss man ihn unterstützen.

Ich möchte gern noch einen zweiten Punkt ansprechen, der immer ein bisschen schwierig bei diesem Thema ist. Wir reden bei Bleiberegungen grundsätzlich von sehr vielen Personen, die sich inzwischen sozial, kulturell und wirtschaftlich gut integriert haben. Ich glaube, da gibt es auch überhaupt kein Problem. Wir haben aber auch in Bremen sehr häufig darüber zu sprechen, wie mit Menschen umgegangen wird, die nicht in der Lage sind, ihren eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Da, finde ich, müssen wir auch Lösungen finden, damit Bleiberegungen nicht ins Leere laufen. Da könnte man zum Beispiel mit einem vorübergehenden Aufenthaltsrecht sozusagen eine Art Bewährungsprobe erreichen.

Wir reden aber eben auch oft über Menschen, die zum Beispiel, um ihre Abschiebung hinauszuzögern, Unregelmäßigkeiten begangen haben, die sich möglicherweise kleinere Dinge haben zuschulden kommen lassen. Ich rede nicht über Menschen, die mit großer krimineller Energie bereit sind, größere Aktenberge bei der Staatsanwaltschaft aufzubauen. Ich finde, wir müssen darüber nachdenken, insbesondere wenn Sie bei denen schauen, die ihre Identität verschleiern haben und an dieser Lüge über Jahre festgehalten haben, ob wir denen nicht eine zweite Chance geben wollen, sollen und müssen, die mitwirken wollen, bei denen es keine große kriminelle Energie gibt und die sich im Grunde genommen nicht sehr viel haben zuschulden kommen lassen. Ich finde, das würde uns auch auszeichnen, wenn wir an der Stelle sagen würden, jawohl, wir bieten euch eine zweite Chance.

(B)

Ich glaube, dass die allgemeinen politischen Rahmenbedingungen noch nie so gut waren wie jetzt. In den Bundestagsfraktionen, in den Innenministerien der Länder wird sehr darüber nachgedacht, dieses Problem zu lösen. Wer sich Hoffnungen macht, dass wir mit einer Bleiberegung anschließend aus 200 000 Geduldeten 200 000 mit gesichertem Aufenthaltsrecht machen, der wird enttäuscht werden. Es wird nur für einen Teil gelingen, und wir werden uns auch über die anderen, über die Schattenseite einer solchen Regelung dann Gedanken machen, aber ich bin sehr dafür, dass wir wenigstens diesen ersten Schritt schaffen.

Da müssen wir uns, das wissen Sie selbst, in Bremen ganz besondere Mühe geben, weil wir leider in einem konjunkturellen Umfeld arbeiten, in dem der Druck der Industrie nicht sehr groß ist, hier schnelle Lösungen zu schaffen. Das ist in Baden-Württemberg ganz anders, aber Herr Bürgermeister Röwekamp hat ja schon angedeutet, dass er an dieser Stelle nach vorn gehen will. Wir wären sehr gern bereit, immer wenn Herr Bürgermeister Röwekamp nach vorn gehen will, sind wir an seiner Seite oder vorweg. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD – Abg. B ö d e k e r
[CDU]: Oder im Rücken!)

Vizepräsident Ravens: Nächster Redner ist der Abgeordnete Tittmann. (C)

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Güldner, wie blauäugig sind Sie eigentlich?

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/
Die Grünen]: Braunäugig!)

Glauben Sie wirklich allen Ernstes, dass ich hier irgendwelche Behauptungen in den Raum stellen würde, ohne dafür Beweise zu haben? Das glauben Sie doch selbst nicht! Wenn Sie meinen, ich würde hier Lügen verbreiten, dann gibt es die Möglichkeit, mich anzuzeigen, und darauf freue ich mich jetzt schon. Dann kann ich nämlich endlich die Beweise einer breiten Öffentlichkeit vorstellen.

Wenn die große türkische Tageszeitung „Hürriyet“ jeden Tag auf Seite eins „Türkei den Türken!“ schreibt, was ist dann daran ausländerfeindlich, wenn ich dieser Zeitschrift recht gebe? Ich bin ja auch dafür, dass die Türkei den Türken gehört. Also, was wollen Sie? Dieser Aufkleber ist nicht ausländerfeindlich, sondern „Hürriyet“-mäßig ausländerfreundlich.

Meine Damen und Herren, ich werde Ihren Antrag „Bleiberecht für Familien mit langjährigem Aufenthalt“ ablehnen. Herr Senator Röwekamp hat gestern hier, und ich glaube, wider besseres Wissen erklärt, Bremen und Bremerhaven hätten ihre wirtschaftliche Stärke quasi der Zuwanderung von Ausländern zu verdanken. Nun frage ich Sie, Herr Senator Röwekamp: Welche wirtschaftliche und finanzielle Stärke meinen Sie eigentlich damit? Meines Wissen ist Bremen, nur die Stadt Bremen, mit 13 Millionen, nein mit 13 Milliarden, da hätte ich ja beinahe etwas gesagt, mit 13 Milliarden Euro, das sind 26 Milliarden DM, sehr hoch verschuldet und wirtschaftlich und finanziell völlig ruiniert. (D)

Unsere Bürgerinnen und Bürger fühlen sich auch durch die steigende Kriminalität von hier lang lebenden ausländischen Jugendlichen im Bundesland Bremen doch schon lange nicht mehr sicher, siehe Diskomeile und so weiter. Sie haben unverantwortlich und fernab jeder Realität erklärt, wir bräuchten noch mehr Zuwanderung, noch mehr Ausländer in Deutschland, insbesondere Fachkräfte, Studierende und so weiter, und wir könnten solche Zuwanderer nicht nach Hause schicken. Das brauchen Sie auch gar nicht, denn genau solche hier lang lebenden, studierenden Personen und bis dahin unauffällige Ausländer sind es doch gewesen, die mit dem Flugzeug in das World Trade Center geflogen sind.

(Abg. C r u e g e r [Bündnis 90/Die Grünen]:
Herr Tittmann, nun ist aber auch einmal gut!)

Habe ich recht oder nicht? Aber, meine Damen und Herren, beruhigen Sie sich doch! Das ist doch eine Tat-

(A) sache, dass einige dieser Terroristen in Hamburg studiert haben. Das können Sie doch nicht abstreiten! Haben die Bombenleger von Dortmund und Koblenz nicht auch in Deutschland schon lange studiert und langjährig völlig unauffällig in Deutschland gelebt, oder die sieben Türken, die jetzt vor Gericht stehen, die in Gelsenkirchen ein Attentat auf das Nena-Konzert geplant hatten, ja oder nein?

Wenn ich hier etwas Falsches sage, dann kommen Sie doch bitte nach vorn und korrigieren mich! Das wäre wünschenswert, aber ich glaube, das können Sie nicht! Sie haben gestern erklärt, wir hätten keine Probleme mit Ausländern. Das wäre ja richtig niedlich! Das Lachen von den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern in den jeweilig betroffenen Stadtteilen konnte man sogar bis hier in dieses Parlament hören.

Sie fordern in Ihrem Antrag ein dauerhaftes Bleiberecht für ausländische Familien. Die Deutsche Volksunion hat schon immer deutlich gemacht – das muss ich immer wieder erklären, sonst begreifen Sie es ja nicht oder wollen es nicht begreifen –, dass die hier lebenden anständigen Ausländer, die einen rechtlichen Asylanspruch haben oder einen sonstigen rechtlichen Anspruch, selbstverständlich das Recht dazu haben, hier in Deutschland in Ruhe und Frieden leben zu dürfen. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit. Die zirka 95 Prozent abgelehnten Asylbewerber aber, die Scheinasylanten, die hier schon seit Jahren illegal wohnen, müssen aber hinaus. Das ist auch im Interesse und zum Schutz der vielen hier lebenden anständigen Ausländer. Das nennt man Realismus und nicht Rechtsradikalismus.

(B) Meine Damen und Herren, nach den Gott sei Dank fehlgeschlagenen Attentaten in Dortmund, Koblenz und Gelsenkirchen fragen sich doch viele Deutsche und auch selbstverständlich ausländische Bürger zu Recht: Wie sicher lebe ich eigentlich noch in Deutschland? Sie schreiben in Ihrem Antrag: Bleiberecht für Familien mit langjährigem Aufenthalt. Sie vergessen dabei aber die Tatsache, oder Sie wollen diese Tatsache nicht erkennen, dass wir es heute mit einer neuen Form und einer neuen Generation und bei den weltweiten Einsätzen der Bundeswehr mit einer zunehmenden Gefahr islamistischer Attentäter zu tun haben. Das heißt, sie leben schon lange in Deutschland, sie sind freundlich und unauffällig und zum Teil angepasst, doch im Herzen sind sie vielleicht radikalisiert bis hin zum Terrorismus. Das ist eine neue Generation von Attentätern. Diese langjährige Unauffälligkeit ist eine große Gefahr und ein Alptraum für unsere Sicherheitsbehörden. Es befürchten doch viele zu Recht, dass Ausländer, die von uns ernährt und ausgebildet werden, uns dann vielleicht, siehe Dortmund, Koblenz und Gelsenkirchen, mit ihrem erworbenen Wissen umbringen wollen.

Ich frage Sie, Herr Senator Röwekamp: Wo leben Sie eigentlich, wenn Sie als Innensenator angesichts solch einer Bedrohung noch mehr Zuwanderung, noch mehr Ausländer fordern? In welcher Scheinwelt le-

ben die Grünen, wenn Sie angesichts solch einer Bedrohung ein dauerhaftes Bleiberecht für ausländische Familien fordern? Ich habe nie gesagt, dass alle Moslems Terroristen sind, aber alle Terroristen waren Moslems. Vor dieser Realität dürfen Sie sich nicht verschließen, dürfen Sie sich nicht verstecken, denn ansonsten gibt es sehr bald ein böses Erwachen. Ich frage mich, ob es wirklich erst zu ernsthaften Anschlägen kommen muss, damit endlich einmal offen und realistisch über diese Thematik hier diskutiert werden kann.

Meine Damen und Herren, die Deutsche Volksunion lehnt in jeder Hinsicht Gewalt, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus ab. Hierzu aber gehört eine realistische Ausländer- und Einwanderungspolitik. Dazu ist die Deutsche Volksunion immer und zu jeder Zeit bereit. Ich betone, eine realistische Politik! Hierzu sind Sie aber mit Ihrem übersteigerten unrealistischen Multikulti-Wahn überhaupt nicht in der Lage. Deshalb werde ich Ihren Antrag ablehnen.

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben es hier bei diesem Antrag mit einem Problem – das ist vorhin auch schon erwähnt worden – zu tun, das nach dem neu geregelten Zuwanderungsgesetz, das wir Anfang des letzten Jahres bekommen haben, so eine Altfall- oder Resteregelung ist. Diese Reste- oder Altfallregelung ist tatsächlich ein Problem, mit dem wir uns näher beschäftigen müssen. Deswegen sind die Überlegungen, die in dem Zusammenhang angestellt werden, nicht nur legitim, sondern auch dringend notwendig.

Es muss uns klar sein, dass wir, wenn wir über solche Fälle reden, über eine ganze Reihe von Einzelschicksalen reden. Wenn wir über die Duldung und Abschiebung reden, dürfen wir nicht vergessen, dass hinter diesen Themen immer einzelne Menschen stehen, und das ist etwas anderes, als wenn es um Sachgegenstände, Geldbewegungen oder sonst etwas geht. Es geht hier um Menschen, und das sollte man sich immer vergegenwärtigen.

Derzeit sind, die Zahl ist vorhin schon genannt worden, etwa 200 000 geduldete Ausländerinnen und Ausländer hier in Deutschland. In den letzten 15 Jahren, auch das muss man sich einmal vergegenwärtigen, gab es, was diese Duldung betrifft, wenn ich es richtig weiß, bis zu zehn verschiedene aufeinanderfolgende Bleiberechtsregelungen. Die sind von Zeit zu Zeit immer wieder einmal verändert worden. Das sollten wir jetzt in eine endgültige Lösung überführen, damit wir dieses Problem dann gelöst haben. Ich denke, dass wir jetzt, wenn ich das richtig verfolgt habe, auf einem guten Weg sind, zu einer vernünftigen, abschließenden und hoffentlich dann endgültigen Lösung zu kommen.

(C)

(D)

(A) Es geht, auch darüber muss man sich im Klaren sein, hier nicht um Menschen, die bei der Rückkehr in ihr ursprüngliches Heimatland verfolgt wären. Das wäre ja bereits beim Asylverfahren schon Gegenstand gewesen und hätte dann sicherlich zu einem gesicherten Aufenthaltsrecht hier bei uns geführt. Es geht zu einem Großteil um Menschen, die seit Jahren unauffällig und gut integriert in Deutschland leben, die die deutsche Sprache beherrschen und deren Kinder hier geboren oder zumindest aufgewachsen sind und hier zur Schule gehen oder gegangen sind. Für uns von der FDP geht es bei einer Neuregelung des Bleiberechts vor allem um die Belange dieser gut integrierten Ausländer. Unsere Gesellschaft insgesamt kann kein Interesse an einer Abschiebung gut integrierter Menschen haben.

Was für meine Partei in diesem Zusammenhang elementar ist, das ist vorhin schon erwähnt worden, wir müssen den Betroffenen die Möglichkeit eröffnen, auch wirtschaftlich unabhängig vom Staat leben zu können. Sicherlich haben sich bereits viele geduldete Ausländer diese wirtschaftliche Eigenständigkeit erarbeitet. Für diejenigen aber, die sich zwar um Arbeit bemühen, aber wegen des Vorrangs deutscher Arbeitsuchender bislang keine Aussicht auf Erfolg haben und auch sonstigen Restriktionen unterliegen, muss dringend etwas getan werden. Die Bundesregierung ist hier gefragt, die Möglichkeiten zur Arbeitsaufnahme auszubauen. Es ist gestern schon angedeutet worden, Herr Senator Röwekamp, dass Sie in diese Richtung marschieren wollen und das auch unterstützen. Das finden wir richtig und gut.

(B) Wir von der FDP verknüpfen mit der Neuregelung des Bleiberechts große Hoffnungen auf eine humanere Lösung im Interesse der Beteiligten, eine Lösung, die schon lange überfällig ist. Ich hoffe, dass sich die Innenminister und Innensenatoren des Bundes und der Länder auf einen gemeinsamen Weg in die richtige Richtung einigen können. Wenn ich die Signale und die Zeichen in der Presse richtig deute, dann scheint das wohl bald der Fall zu sein.

Jetzt noch ein Wort zu meinem Abstimmungsverhalten! Wenn es zu einer Sachabstimmung kommen sollte, dann würde ich um eine getrennte Abstimmung der beiden Absätze bitten. Den ersten Absatz kann ich uneingeschränkt unterstützen, da geht es ja um ein Moratorium, bis die Innensenatoren und Innenminister der Länder zu einer vernünftigen abschließenden Regelung gekommen sind. Bei dem zweiten Absatz würde ich mich dagegen aussprechen, weil ich meine, dass die Innenminister und die Innensenatoren freie Hand haben sollten, zu einer vernünftigen Lösung zu kommen, und die Zeichen, die wir hören und sehen, und auch die jüngsten Äußerungen, die wir von unserem Innensenator gehört haben, gehen in diese Richtung, so dass man eine Festlegung auf das, was in Berlin derzeit praktiziert wird, nicht braucht. Sollte es, was ich nun eben gerade gehört habe, zu einer Überweisung kommen, dann

würde ich natürlich dieser Überweisung in die Innen-
deputation zustimmen. Ich habe jetzt noch nicht
wahrgenommen, wie sich die CDU zu dem Antrag
verhält, vielleicht wird sie sich ja noch dazu äußern.
– Vielen Dank!

(C)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das
Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU*): Herr Präsident, meine
Damen und Herren! Ich möchte vorab kurz nur auf
einige Punkte eingehen, die Herr Dr. Güldner hier
vorgetragen hat! Unter anderem hat er ja gesagt, dass
es sich hier um diesen Kreis von Menschen handelt,
der nicht in seine Heimatländer zurückkonnte. Dies
möchte ich dann doch ergänzen, weil es sich auch
um Menschen handelt, die zum Teil nicht in ihre Hei-
matländer zurückwollten.

Das Zweite ist: Wir müssen uns sicherlich darüber
unterhalten – und Sie haben das als einziges Krite-
rium auch in Ihrem Antrag herausgestellt –, inwie-
weit allein Straftaten möglicherweise hinderlich sind
und wo bei Straftaten im Sinne eines Gesetzes, das
dann verabschiedet würde, die Grenze ist, ob bei 50
Tagessätzen, so wie es im Gespräch ist, oder ob man
herunter- oder auch noch heraufgeht. Da, meine ich,
muss man schon genauer hinschauen, weil ja auch
die Rechtsprechung mitunter in gleicher Sache un-
terschiedlich ist und man von daher nachher mit
zweierlei Maß messen würde.

(D)

Das Dritte ist: Die geduldeten Personen sind zah-
lenmäßig in der Tat gleich geblieben. Das liegt aber
sicherlich auch daran, dass auf der einen Seite eine
große Zahl dieser Menschen nicht freiwillig in ihre
Heimatländer zurückgekehrt ist, obwohl sie dazu ver-
anlasst gewesen wären, weil rechtskräftig und letzt-
instanzlich festgestellt worden ist, sie müssten wieder
in ihre Heimatländer zurückkehren. Die Herausnahme
der Duldung nach Paragraf 25 Absatz 5 Aufenthaltsgesetz,
Herr Dr. Güldner, halte ich im Angesicht dessen,
was im Moment diskutiert wird, für nicht mehr
realisierbar oder für überflüssig, sie noch zu realisieren.
Ob das möglich ist oder nicht, lassen wir dann
dahingestellt. Ich setze da dann doch schon auf die
einheitliche Haltung der Innenminister des Bundes
und der Länder.

Meine Damen und Herren, bevor ich es vergesse
– der Kollege Kleen hat es eben auch vergessen –,
will ich sagen, wir möchten diesen Antrag an die
Innendeputation überweisen und würden dort auch
noch einmal im Detail und in die Tiefe hinein sicherlich
uns darüber unterhalten können; auch dies in Anbe-
tracht der Tatsache, dass die Innenminister ja schon
sehr weit in dieser Zielrichtung vorgedrungen sind
und insofern auch zu erwarten ist, dass sie voraus-
sichtlich in der Sitzung im November, glaube ich, dann
auch eine Entscheidung herbeiführen werden. Auf

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) dem Wege dahin ist sicherlich noch eine Reihe von Problemen rechtlicher oder auch tatsächlicher Natur zu klären.

Insbesondere aber, denke ich, ist die Zielrichtung klar, die da lautet, ich darf das mit Genehmigung des Präsidenten zitieren: „Ausreisepflichtigen ausländischen Staatsangehörigen, die faktisch, wirtschaftlich und sozial im Bundesgebiet integriert sind und bei ihrer Rückkehr eine eigenständig geschaffene und gesicherte Lebensgrundlage aufgeben müssten, soll auf der Grundlage des Paragraphen 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz ein Bleiberecht gewährt werden.“ Das ist die Zielrichtung, und da werden wir dann sicherlich auch ein Ergebnis hören. Ich habe gesagt, auch der Antrag, in dem Punkt die Regelung von Berlin zu übernehmen, ist im Grunde hinfällig, weil die Innenminister hier so weit in der Beratung vorgezogen sind.

Es ist auf der anderen Seite aber auch – und das will ich hier auch nicht verhehlen – sicherlich richtig, die ganze Geschichte nicht zu pauschal zu betrachten, sondern sehr wohl zu differenzieren und eben nicht nur auf Grundlage der Frage zu entscheiden, hat jemand eine Straftat begangen, sondern auch darüber hinaus zu schauen, um welche Personengruppe handelt es sich, welche Grundlagen, welchen Status haben sie et cetera, insbesondere auch, warum sind sie hierher gekommen. Da differenziere ich schon zwischen Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern oder aber auch Ausländern, die aus arbeitsmarktpolitischen Gründen hier in unser Land gekommen sind und die nach meinem Erkenntnisstand die Gruppe darstellen, die am wenigsten auffällig ist, ob positiv oder negativ, die sich mit anderen Worten integriert und in das soziale Gefüge eingefügt hat.

(B)

Insofern ist auch die Frage, die hier immer so in den Raum gestellt wird, wer integriert ist, der soll es sein, welche Kriterien führen wir dazu an! Außer der deutschen Sprache – darüber hatten wir gestern schon gesprochen – gibt es meines Erachtens auch noch andere Kriterien, die berücksichtigt werden müssen, um feststellen zu können, diese Menschen haben sich hier so in diesem Sinne, wie es auch die Innenminister anstreben, wirklich integriert. Man müsste vielleicht einmal etwas genauer darüber nachdenken, welche Kriterien und welcher Maßstab da angesetzt werden sollen.

Ich habe auch noch leichte Bauchschmerzen, wenn diese Menschen – natürlich richtigerweise – in Beschäftigung überführt werden sollen, wer denn diese Beschäftigung jeweils tatsächlich überprüft, insbesondere dann, wenn vorgelegt wird, ich bekomme dort oder dort Arbeit. Wer prüft dann nach, dass tatsächlich die Arbeit aufgenommen wird et cetera? Das sind sicherlich Details, aber, ich meine, nicht ganz unwichtige Details, denn wir wissen, dass es auch viele Menschen in diesem Personenkreis gibt, die eben alles daransetzen, hier bleiben zu können, und dabei nicht immer so genau hinschauen, was denn eigentlich er-

forderlich ist und was nicht. Ich will damit sagen, dass sie teilweise sogar auch gegen Recht verstoßen.

(C)

Meine Damen und Herren, deswegen und weil ich glaube, dass wir gut daran tun, in dieser Frage wirklich differenziert vorzugehen und das Ganze nicht nur unter Zugrundelegung der Kriterien wirtschaftlich und sozial integriert zu betrachten, sollten wir uns auch darauf konzentrieren, was sich real auch aus Teilen dieses Personenkreises ergibt und vollzieht. Das ist auch nicht immer das, was wir eigentlich in diesem Zusammenhang erwarten.

Ich will hier jetzt nicht, weil es so toll ist, noch einmal auf das Jahr 1999 zurückgehen. Ich will aber daran erinnern, dass es damals zum Beispiel eine Berichterstattung gab, Märchen aus 1001 Nacht, die Polizei deckte den bundesweit größten Fall von Asylbetrug auf. Der Schaden beträgt mehr als 20 Millionen DM. Diesen Personen, die mittlerweile in Teilen, weil sie noch nicht abgeschoben worden sind, nicht abgeschoben werden konnten und auch nicht freiwillig ausgewandert sind, muss man allerdings sehr kritisch gegenüberstehen, auch wenn sie hier mittlerweile 18 und 20 Jahre aus den verschiedensten Gründen leben. Ich will das hier jetzt nicht alles aufzählen, aber es reicht vom Widerspruch bis zum obersten Gerichtspruch und dann anschließend neue Klageverfahren für jedes einzelne Familienmitglied und so weiter bis hin zur Reiseunfähigkeit einer Person dieser Familie und dann Verbleib hier im Lande.

(D)

Dorthin müssen wir also kritisch sehen, genauso wie wir kritisch sehen müssen, was in Bezug auf wirtschaftliche Integration stattgefunden hat. Ich will nur beispielhaft sagen, und das ist leider auch die Realität, dass sich zum Beispiel im Autohandel blühende Landschaften aufgetan haben. Wer einmal näher hinschaut, wird seine wahre Freude haben, abgesehen davon, dass dort für den Staat erhebliche Steuern verloren gehen und so weiter. Das sind also alles Dinge, die man sehen muss.

Wenn man über Integration redet, muss man auch sehen, dass nicht alles positiv ist, was Integration darstellt. Wir haben es damit zu tun – und da bitte ich auch wirklich, die Realität zu sehen –, dass wir in verschiedensten Stadtteilen zumindest Anfänge von Ghettoisierung haben. Ich fahre mit dem Fahrrad oft durch Huckelriede. Da stelle ich fest, dass ein Haus nach dem anderen von Ausländern aufgekauft wird und dass sich dort Vereine bilden, die nicht kontrolliert werden. Ich will nicht gleich unterstellen, dass dort etwas Schlechtes passiert und möglicherweise kriminelle Handlungen vorgenommen werden, aber wir müssen darauf achten, dass sich das nicht erweitert und wir letztendlich, wie in einigen Stadtteilen in Berlin, nicht auch in unserer Stadt solche Verhältnisse bekommen.

Meine Damen und Herren, ich denke, dass es richtig ist, hier im Rahmen dieser Regelungen, die angestrebt werden, auch so zu verfahren, dass wir das Ganze

- (A) sehr differenziert in den Vollzug bringen. Ich erinnere auch daran, dass das Zuwanderungsgesetz auch ein Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz ist.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Nächster Redner ist Herr Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Berliner Republik setzt sich zurzeit die Erkenntnis durch, dass alles mit allem zusammenhängt. Diese Erkenntnis kann man auch in Bremen spüren. Von der Diskussion über die Frage eines Pilotprojektes in Berlin und die damit zusammenhängende Frage der Ausräumung der Vorrangberechtigung über die gestrige Diskussion zur Novellierung des Zuwanderungsgesetzes bis heute zur Bleiberechtsregelung hängt natürlich auch im Ausländerbereich irgendwie alles mit allem zusammen.

Der Einzige, der noch Schwierigkeiten hat, diese komplexen Zusammenhänge zu erkennen, ist – und auch das überrascht nicht – jemand, der eher in einfachen Parolen denkt. Herr Tittmann, es ist eben nicht wie bei Pippi Langstrumpf, dass man sich die Welt so machen kann, wie sie einem gefällt! Deshalb ist auch die Frage der Bleiberechtsregelung eine sehr schwierige Fragestellung, über die man an vielen einzelnen Punkten noch unterschiedlich nachdenken muss.

- (B)

Ich glaube, dass man trotzdem mit einer gewissen Selbstverständlichkeit für sich selbst zunächst einmal eine Grundhaltung entwickeln muss. In der Grundhaltung unterscheiden wir uns sicherlich, Herr Dr. Güldner, bei allen Gemeinsamkeiten, die Sie mit mir zusammen in den letzten Wochen und Monaten entdeckt haben. Wir unterscheiden uns in den grundsätzlichen Fragen, erstens: Wollen wir aus anderen Gründen einen weniger gesteuerten Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern nach Deutschland? Da sage ich ganz klar nein, ich bin mit den Regelungen des Zuwanderungsgesetzes, insbesondere mit der Beibehaltung des Anwerbstopps, einverstanden. Dann stellen sich auch die Fragen: Wie gehen wir mit hier lebenden Flüchtlingen um? Wollen wir eine Bleiberechtsregelung, wie Herr Wedler das angedeutet hat, für alle, die hier noch in Deutschland leben, obwohl sie eigentlich ausreisepflichtig sind, oder wollen wir auch hier unterscheiden?

Ich sage Ihnen ganz offen: Ich bin dafür, dass wir an dieser Stelle auch weiterhin sehr deutlich unterscheiden, und wir haben auch eine Verantwortung dafür, zwischen denen zu unterscheiden, die wirtschaftlich und sozial hier in Deutschland integriert sind – für die müssen wir eine Lösung finden –, und denjenigen, die sich außerhalb unserer Gesellschaft stellen und auch weiterhin stellen werden. Für diese müssen wir auch eine Lösung finden, und diese

Lösung kann allerdings nur Abschiebung heißen, das ist meine feste Überzeugung. Deswegen habe ich auch nichts von dem, was ich hier im Parlament an einigen exemplarischen Stellen der Vergangenheit gesagt habe, zurückzunehmen.

(C)

Es ist für mich selbstverständlich, dass einer, der auf der Diskomeile wie ein Geisteskranker auf Unschuldige schießt und Ausländer ist, nach strafrechtlicher Verurteilung unser Bundesland und Deutschland zu verlassen und in seine Heimat zurückzukehren hat!

(Beifall bei der CDU)

Deswegen dürfen wir auch nicht nachlassen in dem Bestreben sowohl bei den hier lebenden Ausländern, die auch über eine Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis verfügen, aber auch bei denen, die wir hier in Deutschland nur dulden: Diejenigen, die straffällig sind, müssen den Aufenthalt in Deutschland beenden und in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Das ist eine der Grundvoraussetzungen. Da muss man unterscheiden, da gibt es keine standardisierte Lösung. Da muss es unterschiedliche Lösungen geben.

Die zweite Frage, die sehr unterschiedlich dazu gesehen werden muss, ist: Wie gehen wir mit denen um, die nur noch hier sind, weil sie sich selbst über Tricks, Tarnung und Täuschung der bisherigen Ausreise und Abschiebung widersetzt haben? Auch da bin ich für eine sehr differenzierte Lösung. Ich höre bei Ihnen eher heraus, dass Sie sagen: Im Prinzip sollten wir damit großzügig sein. Ich sage ganz offen: Nein! Wir können nicht diejenigen belohnen, die sich ihrer Abschiebung am geschicktesten widersetzt haben, weil wir damit gleichzeitig diejenigen bestrafen, die sich rechtstreu verhalten und nach Ablehnung ihres Asylantrags entweder freiwillig aus Deutschland abgereist sind oder durch uns haben abgeschoben werden müssen.

(D)

Wir müssen eine gerechte Lösung finden, und das bedeutet, dass wir bei den rund 3500 hier lebenden geduldeten Flüchtlingen in Bremen und Bremerhaven natürlich zunächst einmal auf die größte Gruppe schauen müssen. Die größte Gruppe sind mit 1800 Menschen immer noch diejenigen, die keine Pässe oder Passersatzpapiere haben. Sie haben sie nicht deshalb nicht mehr, weil wir sie ihnen weggenommen haben, sondern sie haben sie nicht mehr, weil sie sie entweder an Schleuserbanden weggeben haben, weil sie uns bewusst und gewollt über ihre wahre Identität getäuscht haben, um sich einen längeren Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen, oder weil sie die Ausweispapiere selbst vernichtet haben. Ich möchte diese Menschen jetzt nachträglich nicht durch einen verfestigten Aufenthaltsstatus in Deutschland belohnen. Das wäre nicht gerecht!

(Beifall bei der CDU)

(A) Aus diesem Grund bietet sich auch dort nur eine differenzierte Lösung an. Es ist auch deswegen nicht in Ordnung, will ich an dieser Stelle sagen, weil wir aufpassen müssen, dass wir nicht eine Sogwirkung erzeugen. Wenn es sich herumspricht, dass man in Deutschland so lange leben kann, wie man will, wenn man sich nur trickreich genug anstellt, dann ist das ein völlig falsches Signal, das wieder zu mehr Fremdenfeindlichkeit und zu mehr Zuspruch für extreme Parteien führen kann. Da sind wir gerade in einer Welle, wie ich finde, dass wir dieses Problem der Ausländerpolitik einvernehmlich demokratisch und auch gemeinsam gelöst haben.

Ich will es noch einmal sagen, Herr Tittmann: Wir haben kein Problem mehr mit Menschen, die zurzeit zu uns kommen. Ich will das so deutlich sagen. Sie kommen gesteuert und geregelt durch das Zuwanderungsgesetz, und sie kommen in erheblich verminderter Zahl als Asylsuchende zu uns. Diese Verfahren werden ordnungsgemäß abgehandelt.

(B) Wir haben noch ein kleines Restproblem, so will ich das einmal sagen, wenn man bei rund 200 000 Menschen über ein kleines Restproblem reden kann. Das sind nämlich Menschen, die über viele Jahre aus vorhergehenden Asylverfahren noch bei uns sind und für die wir noch keine geeignete Antwort gefunden haben. Dieses Thema eignet sich nicht für eine Überfremdungsdiskussion, das will ich an dieser Stelle sagen, weil wir eben nicht über den massenhaften Ansturm von Ausländerinnen und Ausländern nach Deutschland reden, sondern wir reden über eine überschaubare Gruppe von per 30. Juni 2006 186 056 Menschen, rund 3500 in Bremen, für die wir noch eine gerechte Lösung finden müssen. Dann haben wir das Problem der Ausländerpolitik in Deutschland auf Dauer gelöst. Das ist die Wahrheit, und da nützen auch Ihre vereinfachenden Parolen nichts.

Es wird sich also die Frage stellen, wie wir mit ihnen umgehen. Ich bin dafür, dass wir natürlich diejenigen, die wirtschaftlich und sozial bei uns integriert sind, auch auf Dauer bei uns hier in unser Gemeinwesen integrieren, denn, meine Damen und Herren, wir haben sowohl bei den geduldeten als auch bei den rechtmäßig hier lebenden Ausländern in der Regel kein Problem mit denen, die sich in unsere soziale und wirtschaftliche Lebensgrundlage integriert haben, sondern wir haben in beiden Bevölkerungsgruppen Probleme mit denjenigen, die sich der Integration nachhaltig widersetzen.

Das sind nicht nur die geduldeten Flüchtlinge, das will ich an dieser Stelle deutlich sagen, sondern das ist ganz besonders eine Problemgruppe von vorwiegend männlichen Jugendlichen dritter, vierter Generation, bei denen man davon ausgehen müsste, weil sie hier in Deutschland in den Kindergarten und in die Schule gegangen sind und hier eine Ausbildung gemacht haben, dass sie eigentlich die geborenen integrierten Bestandteile unseres Gemeinwesens sind. Bei denen haben wir ein Problem. Deswegen ist eine

Bleiberechtsregelung auch kein Ersatz für Integrationspolitik, sondern wir alle müssen bestrebt sein, diese Menschen noch zu erreichen, um sie darauf einzuschwören, dass man sich in unserer Gesellschaft entweder rechtstreu und vor allen Dingen integriert verhält oder dass man in unserer Gesellschaft nichts zu suchen hat. Diese Wahrheit muss man auch diesen Menschen sagen, egal, welchen aufenthaltsrechtlichen Status sie in Deutschland haben.

(Beifall bei der CDU)

Beim Bleiberecht wird es deswegen entsprechende Ausnahmeregelungen geben müssen. Diese Ausnahmeregelungen betreffen insbesondere diejenigen, die die Ausländerbehörden über aufenthaltsrechtlich relevante Umstände über viele Jahre hinweg getarnt und getäuscht und unkorrekte Angaben gemacht haben. Sie sollen nicht belohnt werden. Auch diejenigen, die behördliche Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung, zum Beispiel durch Untertauchen, Wiedereinreise und so weiter, vereitelt haben, sollen durch ein Bleiberecht nicht belohnt werden. Auch diejenigen, bei denen wir über eine Straftat sprechen, wobei ich der Ansicht bin, dass 50 Tagessätze additiv ausreichen müssten, kommen nicht in Betracht, genauso, Herr Tittmann, wie natürlich diejenigen, die Bezüge zum Extremismus und Islamismus haben, also Terroristen sind und bei uns in Deutschland sozusagen nicht geduldet werden sollen. Das hat auch niemand wirklich ernsthaft vor Augen, egal, welcher inhaltlichen Auffassung er zuneigt.

Wenn Herr Dr. Güldner hier sagt, anders als beispielsweise in Rheinland-Pfalz hätte Bremen von dieser Möglichkeit nach Paragraph 25 Absatz 5 Aufenthaltsgesetz keinen Gebrauch gemacht, so muss ich sagen, dass das keine geeignete Grundlage für die Frage der Kettenduldung ist. Das war auch nie beabsichtigt, sondern dieser Paragraph 25 Absatz 5 sagt: Nur für eine ganz bestimmte Personengruppe kann man eine humanitäre Lösung finden, nämlich bei denjenigen, die faktisch sozusagen unschuldig an ihrer Ausreise gehindert wurden. Bei den 3500, über die wir hier in Bremen reden, reden wir aber vorwiegend über Menschen, die aus persönlichen Gründen die Ausreise nicht gewollt haben, die also nicht gehindert waren auszureisen, sondern sich ihrer Ausreise widersetzt haben. Deswegen ist das keine Lösung, und deswegen diskutiert die Innenministerkonferenz über eine Bleiberechtsregelung.

Ich gehe davon aus, dass wir in der Novembersitzung zu einer einvernehmlichen Lösung kommen werden. Es gibt eine länderoffene Arbeitsgruppe, die, glaube ich, am 9. Oktober das erste Mal zu der Frage der Kriterien tagen wird, und ich glaube, dass man sich dort auch auf bestimmte Kriterien verständigen will.

Ich will an dieser Stelle sagen, dass es noch einen Streitpunkt gibt, der in der letzten Woche auch zu ein

(C)

(D)

(A) bisschen mehr Dynamik unter den Innenministern der CDU/CSU geführt hat. Das ist nämlich die Frage: Wie gehen wir eigentlich mit Kindern und Jugendlichen um, also denjenigen, die ihre vermeintliche Heimat eigentlich nie gesehen haben? Sie sind in Deutschland geboren, aufgewachsen, in den Kindergarten und in die Schule gegangen. Da reden wir über diejenigen, die sich hier sozusagen deswegen illegal aufhalten, weil ihre Eltern den eigenen Aufenthalt teilweise illegal herbeigeführt haben.

Es sind sich eigentlich alle einig, dass Kinder und Jugendliche, die hier aufgewachsen und gut integriert sind, auch in Deutschland bleiben können sollen. Das ist die übereinstimmende Auffassung aller. Der Weg dahin ist aber wie immer, wenn Juristen etwas damit zu tun haben, schwierig, weil wir natürlich nicht isoliert darüber reden können, was mit den Kindern und Jugendlichen passiert. Bei Minderjährigen reden wir auch darüber, was eigentlich mit den Eltern passiert.

Darum wird die Politik am Ende eine Abwägungsentscheidung zu treffen haben zu der Frage: Jawohl, ich will, dass gut integrierte Kinder und Jugendliche, die hier in Deutschland schon immer gelebt haben und noch nie ihre vermeintliche Heimat gesehen haben, hier bleiben, und dabei nehme ich in Kauf, dass auch ihre Eltern, die sich illegal hier aufhalten, bis zum 18. Lebensjahr, bis zur Vollendung der Volljährigkeit der Kinder und Jugendlichen hier bleiben. Eine andere Lösung wird sich nicht anbieten.

(B) Die andere Möglichkeit ist zu sagen, nein, die Eltern haben es zu verantworten, die Kinder teilen das Schicksal der Eltern, und weil die Eltern sich falsch verhalten haben, müssen die Kinder mit den Eltern gemeinsam abgeschoben werden in eine Heimat, die die Kinder selbst teilweise gar nicht kennen. Ich habe mich in dieser Abwägungsentscheidung, weil es auch ein überschaubarer Personenkreis ist, dafür ausgesprochen, dass man dem Wohl der Kinder und Jugendlichen folgt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich werde auch in den nächsten Wochen und Monaten dafür werben, meine Damen und Herren, dass man diesen zeitlich befristeten Nachteil hinsichtlich der Eltern in Kauf nimmt.

Das gilt für mich im Übrigen auch bei der Frage der Straftäter. Warum muss ich eigentlich ein minderjähriges Kind abschieben, nur weil der Vater straffällig geworden ist? Das ist mit meinem Rechtsverständnis nicht zu vereinbaren. Deswegen werbe ich dafür, auch hier eine Lösung zu finden, die die Familie vor die Wahl stellt: Entweder, dass der Rest der Familie ohne den straffällig gewordenen Vater gemeinsam den Aufenthalt in Deutschland fortsetzen will oder dass er sagt, uns ist die Familie wichtiger, wir sind bereit, gemeinsam das Schicksal zu teilen. Dann müssen sie aber auch gemeinsam ausreisen,

weil wir über diesen Weg natürlich nicht Straftäter in Deutschland dulden wollen. Das muss auch klar sein.

Ich werbe für großzügige Lösungen für Kinder und Jugendliche, aber ebenso für konsequente Lösungen für diejenigen, die sich illegal hier in Deutschland der Ausreise widersetzt haben und die nicht integriert sind. Ich hoffe, dass es uns gelingen wird, in diesem Punkt, der jetzt wirklich nur noch von Details abhängt, weil wir darüber streiten, welche Kriterien wir entwickeln, an welchem Stichtag das gelten soll, welche Kriterien für die Ausgeschlossenen gelten sollen und wie wir mit den Kindern und Jugendlichen umgehen können, schnell zu einer humanitären, aber vernünftigen Lösung zu kommen. Eines ist völlig klar: Ich kann Menschen nicht erklären, weshalb wir Kinder und Jugendliche in die Sittenhaft ihrer Eltern nehmen.

Deswegen, glaube ich, werden wir eine Lösung finden müssen, die auch diesen Interessen der Kinder und Jugendlichen Rechnung trägt, aber gleichzeitig, betone ich noch einmal, geht es auch darum, die Maßnahmen zur Abschiebung derjenigen, die uns getrickst und getäuscht haben und getarnt über viele Jahre hier in Deutschland gelebt haben, zu intensivieren. Das wird Aufgabe der Bundesregierung sein, insbesondere mit den Herkunftsländern in Rückführungsübereinkommen dafür zu sorgen, dass wir auch konsequent in die Heimatländer abschieben können.

Wir werden es der Bevölkerung nur vermitteln können, wenn wir beides tun, wenn wir für die wirtschaftlich und sozial integrierten Menschen hier in Deutschland eine Lösung finden, wenn wir aber gleichzeitig für die Straftäter und diejenigen, die sich über viele Jahre widerrechtlich der Abschiebung entzogen haben, eine Lösung durch Abschiebung und Ausreise finden werden. Für diese Lösung, glaube ich, gibt es eine breite gesellschaftliche Mehrheit. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist die Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres beantragt.

Wer der Überweisung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/1107 zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

(C)

(D)

(A) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Entwicklung der Integrationsförderung in der BAgIS und der ARGE Job-Center Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 9. Juni 2006
(Drucksache 16/1046)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Juli 2006

(Drucksache 16/1077)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Röpke.

Frau Senatorin, ich frage Sie: Möchten Sie die Antwort mündlich wiederholen? – Das ist nicht der Fall.

Dann wollen wir in eine Aussprache eintreten. – Das ist der Fall.

Redezeit fünf Minuten pro Fraktion, bis zu dreimal, wenn es sein muss!

Ich rufe auf den Kollegen Peters.

(B) Abg. **Peters** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dem schwierigen Jahr 2005, wobei fast aus dem Stand die BAgIS und die ARGE in Bremerhaven ihre Arbeit von null auf hundert fahren mussten, zeichnet sich für 2006 eher ein ruhiges Fahrwasser ab. Zu Beginn 2005 stand die komplette Grundversorgung aller SGB-II-Empfänger im Vordergrund, und erst in der Folge entwickelten sich die Strukturen zur Betreuung der arbeitslosen Menschen. Dies stellte deutlich erkennbar die BAgIS und die ARGE vor große Herausforderungen und Schwierigkeiten, wie auch die Antwort zu Frage acht unserer Großen Anfrage deutlich macht. Klar wird dabei auch, dass dies kein Bremer und Bremerhavener Problem allein war, sondern ein bundesweites. Hierbei belegen die Bremer und Bremerhavener Zahlen die großen Anstrengungen der BAgIS und der ARGE. Natürlich ist es bedauerlich, wenn nicht alle Mittel den hilfsbedürftigen Menschen zur Verfügung gestellt werden können, aber technisch war es letztes Jahr einfach nicht leistbar.

Die Antwort zu Frage neun zeigt auf, dass die in 2005 geschaffenen Strukturen in 2006 voll greifen und ab 1. Januar 2006 alle arbeitsmarktpolitischen Instrumente sinnvoll und effektiv eingesetzt werden. Hierbei gilt es, ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass diese Maßnahmen angepasst an die tatsächliche Bedarfslage der SGB-II-Kunden sind. Ich halte das für eine ganz wichtige Maßnahme, dass wir nicht am Markt und an den Menschen vorbei etwas fördern.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Dabei wird in der Antwort klar, dass in 2006 die Mittel voll ausgeschöpft werden können und es Steuerungsmaßnahmen gibt, die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen immer den aktuellen Bedarfen anzupassen.

Eine ebenfalls wichtige Rolle spielt die bundeseinheitliche Festlegung von vier geschäftspolitischen Zielen für die Argen in Deutschland. Durch diese dabei auch vereinbarte vereinheitlichte Berichterstattung im Rahmen der monatlich durch die Bundesagentur für Arbeit erstellten Controllingberichte und das damit verbundene Benchmarking mit strukturell vergleichbaren Argen im Bundesgebiet erhalten die ARGE/BAgIS selbst einen regelmäßigen Einblick in die Entwicklung hinsichtlich der Umsetzung der bundesweit einheitlich vereinbarten vier geschäftspolitischen Ziele.

Ich nenne diese hier noch einmal: Was deutlich kontrolliert und dokumentiert wird, ist einmal die Summe der passiven Leistungen, also Sachleistungen und Ähnliches, zweitens die generelle Integration von SGB-II-Kunden und langzeitarbeitslosen Menschen, besonders die Integration der unter Fünfundzwanzigjährigen wird dokumentiert, und viertens die Kosten der Integration, wobei da noch deutlich gemacht wird, dass das im Moment noch etwas schwieriger zu erfassen ist.

(D) Die BAgIS gehört der Vergleichsgruppe III an, zu der neben Bremen unter anderen Städte wie Kiel, Kassel, Hamburg und Bremerhaven zählen. Es sind alles kreisfreie Städte mit einer ungünstigen Arbeitsmarktlage. Schaut man sich die Zahlen aus den Antworten unserer Anfrage an, sind Bremen und Bremerhaven im Vergleich zu den Vergleichsstädten 2006 gut aufgestellt. Auch die Maßnahmen zur Qualifizierung von Arbeitslosen erreichen schon eine ansprechende Zahl von Menschen. Sicherlich könnte man wünschen, immer noch mehr zu tun, aber man muss auch die Grenzen des Möglichen zur Kenntnis nehmen.

Zum Schluss noch ein paar Worte zur räumlichen Situation der BAgIS im Westen und besonders im Bremer Norden! Für den Westen scheint es ja laut der Antwort vielleicht bald eine Lösung zu geben. Für Bremen-Nord hoffe ich, dass es hier bald zu einer vernünftigen Lösung der doch hier ziemlich unhaltbaren Situation kommt.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wenn ich aber Presseveröffentlichungen glauben darf, scheint es hier ja auf jeden Fall Bewegung zu geben, wobei das mit der Kramer-Immobilie und den Besitzverhältnissen im Moment so ein kleiner Rückschlag ist, aber es gibt ja doch wieder andere Immobilien, die vielleicht ins Spiel kommen könnten.

Als Fazit möchte ich feststellen, dass BAgIS und ARGE alles in allem gut aufgestellt sind und es in diesem Jahr so scheint, als wenn kein Geld zurückfließen muss und dieses alles den Bedürftigen und hilfs-

- (A) bedürftigen Menschen zur Verfügung gestellt werden kann, um möglichst viele wieder in Arbeit bringen zu können. – Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Kollegin Ziegert.

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde, das Erfreuliche, was man der Antwort auf diese Große Anfrage der CDU-Fraktion entnehmen kann, ist ja, dass es der BAGIS und der ARGE in Bremerhaven im letzten Jahr trotz der organisatorischen Schwierigkeiten im Anlaufen, über die wir ja auch häufiger und reichlich geredet haben, gelungen ist, ihre Arbeit schon vergleichsweise gut aufzunehmen in Bezug auf Integration und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.

- (B) Man konnte dem Bericht entnehmen, dass bei der Integrationsquote sowohl Bremen als auch Bremerhaven, was die Integration in den ersten Arbeitsmarkt betrifft, und das ist ja eigentlich das Wichtigste, mit an der Spitze im bundesweiten Vergleich liegen. Ich persönlich muss gestehen, dass ich angesichts der Misere auf dem Arbeitsmarkt Integration von über 8000 Menschen in Bremen und 3000 in Bremerhaven eine wirklich durchaus beachtliche Leistung der BAGIS und der ARGE finde, zumal es eben auch bei den Langzeitarbeitslosen um Menschen geht, die nicht so leicht Zugang zum ersten Arbeitsmarkt finden.

Auch was die Integration in Ausbildung betrifft, ist ja eine besonders überdurchschnittliche Quote erreicht worden, das finde ich auch sehr erfreulich. Das ist auch einmal ein Gegengewicht gegen den Eindruck, den man immer so hat, dass es heißt, da wird ja nichts gemacht, da wird Arbeitslosigkeit nur verwaltet, und die Leute werden höchstens in Maßnahmen oder in irgendwelche Integrationsjobs geschickt, und sonst passiert nichts.

(Beifall bei der SPD)

Das sollten wir auch hier durch Beifall im Parlament durchaus einmal würdigen.

Die andere Seite ist, und ich hatte den Eindruck, die Anfrage der CDU wäre auch ein bisschen dadurch motiviert gewesen, dass es Auseinandersetzungen gegeben hat – Herr Peters hat ja das Benchmarking erwähnt, das die Bundesagentur für Arbeit diesen Arbeitsgemeinschaften vorgeschrieben hat –, um wie viel diese Quote noch zu steigern ist. Da war zunächst einmal gesagt worden, noch eine weitere Steigerung der guten Vermittlungsquote in Arbeit trauen wir uns zu, und bei den Jugendlichen wird es schwierig werden. Das geht auch aus der Antwort auf die Große Anfrage hervor.

Ich finde es trotzdem richtig, dass hier Bremen als Gesellschafter der BAGIS und auch Bremerhaven da-

rauf bestanden haben, dass trotzdem dieses ehrgeizige Ziel noch einmal angestrebt wird und dass eine weitere, höhere Integration auch in Ausbildung angestrebt wird, als sie im vorigen Jahr schon erreicht worden ist, auch prozentual. Ich glaube und habe bisher aus den Zwischenberichten, die wir aus der BAGIS und aus der ARGE haben, den Eindruck, dass es auch möglich sein wird, dieses Ziel zu erreichen. Insofern denke ich, dass hier die Arbeitsgemeinschaften nach all der schlechten Presse und nach allen Beschwerden, die es teilweise sicher zu Recht über die Leistungsgewährung gibt, auf einem guten Wege sind, hier ihre Zielsetzung einer besseren Betreuung und Integration von Arbeitslosen zu erreichen. Das muss das Ziel sein, das mit diesen Arbeitsgemeinschaften angestrebt wird.

Ich will noch eine Frage ansprechen, Herr Peters hat sie ja auch erwähnt. Wir mussten voriges Jahr feststellen, dass im Zuge der Anlaufschwierigkeiten nicht alle Mittel für die Arbeitsmarktförderung ausgegeben worden waren. Wir haben am Freitag in dem Deputationsausschuss, der die Tätigkeit der BAGIS und der ARGE beaufsichtigt, mitbekommen, dass die ARGE in Bremerhaven in diesem Jahr 2006 wohl eine Punktlandung erreichen wird, wenn entsprechende Verpflichtungsermächtigungen noch erfüllt werden, womit zu rechnen ist. Das finde ich sehr erfreulich, denn die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik sollen natürlich in sinnvoller Weise ausgegeben werden, da stimme ich Herr Peters völlig zu, aber sie müssen den Menschen in Bremen und Bremerhaven auch zugute kommen.

In Bremen, das will ich hier nicht verschweigen, gibt es noch eine kleine Irritation, weil ein kleiner Rest von 2,6 Millionen Euro im Augenblick unklar ist. Den hatte die BAGIS für die Aufstockung von Betreuungspersonal zurückgelegt, und das ist wegen Schwierigkeiten in der Personalversetzung von den städtischen Ämtern in die BAGIS bisher noch nicht realisiert worden. Auch hier ist uns aber versichert worden, dass auf jeden Fall versucht werden wird, diese restlichen 2,6 Millionen Euro noch in sinnvolle Maßnahmen umzusetzen. Damit werden wir dann am Ende des Jahres etwa 22 000 Aktivierungen von Arbeitslosen in Bremen und noch einmal von 8000 in Bremerhaven erreicht haben. Das ist auch schon eine gute Zahl, dass nämlich Arbeitslose, die zur BAGIS und zur ARGE kommen, nicht alleingelassen werden, sondern dass ihnen Angebote gemacht werden.

Ich will trotzdem zum Schluss noch sagen, dass es natürlich für den einzelnen Arbeitslosen eher wichtig ist, wieder in Arbeit zu kommen. Daher gibt es da sicher immer wieder Enttäuschungen, aber man muss auch sehen, dass die BAGIS und die ARGE nur so gut sein können, wie der Arbeitsmarkt in Bremen und Bremerhaven aufnahmefähig ist. Auch wenn wir eine erfreuliche Zunahme des Stellenangebots gegenüber dem letzten Jahr zu verzeichnen haben, wir haben zum Beispiel im August dieses Jahres einen

(C)

(D)

(A) über 80 Prozent höheren Bestand an offenen Stellen beim Arbeitsamt in Bremen als im vorigen Jahr, muss man natürlich einfach noch sehen, dass die Arbeitsmarktentwicklung und das Verhältnis von offenen Stellen zu Arbeitslosen schwierig sind und dass wir deswegen wahrscheinlich damit leben müssen, dass wir noch eine ganze Weile Schwierigkeiten haben werden, Arbeitslose dann auch wirklich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Alles in allem glaube ich aber, dass der Weg steinig, aber richtig ist und dass es auch einmal wichtig ist festzustellen, dass hier auch Erfolge in der Arbeitsmarktpolitik und dem schwierigen Geschäft erzielt werden können, in dem sich insbesondere die Arbeitsgemeinschaften befinden, die ja mit den Langzeitarbeitslosen zu tun haben. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Frau Kollegin Schön.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir freuen uns, dass nicht nur wir hier Anfragen zur BAgiS stellen, sondern dass auch die CDU das mittlerweile tut. Die Antwort, die sie bekommen hat, finden wir allerdings sehr dünn. Wir sind damit nicht zufrieden. Wir haben bei unserer eigenen Kleinen Anfrage ja auch keine richtig zufriedenstellende Antwort bekommen.

(B) Ich will auf ein paar Aspekte dieser Großen Anfrage eingehen! In der Antwort auf die Große Anfrage wird ja sehr betont, dass die BAgiS und auch die ARGE so wahnsinnig tolle Integrationserfolge feiern. Bitte gestatten Sie mir an dem Punkt, dass ich mich hauptsächlich auf die BAgiS beziehe! Bei der ARGE – vielleicht eine kleine Kalamität am Rande – tobt ja der Streit darüber, ob das Land Bremen nun die Rechtsaufsicht oder auch die Fachaufsicht hat. Was Bremerhaven anbelangt, wird uns das auch eher freiwillig mitgeteilt und nicht unbedingt so, wie wir das eigentlich wissen sollten und müssten.

Zur Integration! Da sagen die BAgiS und auch die ARGE, sie hätten bei den über Fünfundzwanzigjährigen 12,9 Prozent Integration erreicht. Dazu kann man erst einmal sagen, dass 83 Prozent schlicht nicht integriert worden sind. Das halte ich erst einmal nicht für einen supertollen Erfolg.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei den Jugendlichen liegt man ein bisschen besser. Da ist es dann in beiden Städten um die 20 Prozent. Das hört sich besser an.

Nun wollen wir kurz darüber sprechen, was denn Integration überhaupt ist! Da wird jeder Minijob mit-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

gerechnet. Da wird auch ergänzendes ALG II mitgerechnet. Es wird nicht gerechnet, dass das existenzfördernd ist und dass die Integration in den Arbeitsmarkt so definiert wird: Jede Integration, die länger als acht Tage dauert, ist eine Integration. Ich finde, an der Stelle werden die Leute veräppelt, wenn sie am neunten Tag wieder bei der Agentur für Arbeit stehen und sagen, sie müssen wieder in den Leistungsbezug zurück. Acht Tage als Definition für Integration ist ein Hohn aller Menschen in diesem Bundesland, die arbeitslos sind!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie sieht es denn aus auf dem Arbeitsmarkt? Wir haben auch gestern darüber geredet. Im Zusammenhang mit dem Kombilohn im Bundesland Bremen haben wir 70 000 arbeitslose Hilfeempfänger im letzten Jahr gehabt. Jetzt haben wir knapp 72 000. Wir haben also einen Anstieg, und wir haben keine Abnahme. Wenn die Integration so toll wäre, müsste hier ja wohl mittlerweile auch einmal ein Rückgang kommen. Wir haben sicherlich leichte Rückgänge bei der Arbeitslosenquote. Das bezieht sich aber hauptsächlich auf den Arbeitslosengeld-I-Bereich. Dazu muss man dann auch sagen, dass sie im Bundesgebiet unterdurchschnittlich ist. Von Integration und tollen Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt sind wir hier also weit entfernt. Wenn man dort einmal genauer hinschauen würde, würden die Zahlen auch klarer werden, aber das will man ja offenbar nicht.

(D)

Ich komme kurz zum Fallmanagement! In der Großen Anfrage wird beschrieben, ich will es kurz sagen, dass SGB-II-Kunden häufig multiple Integrationshemmnisse aufweisen, dass sie eine individuelle Förderung brauchen, dass sie qualifizierte Beratung brauchen, dass sie persönliche Ansprechpartner brauchen und dass sie ein Profiling und verbindliche Eingliederungsvereinbarungen abzuschließen haben. Leider wird nicht gesagt, ob das überhaupt getan und wie schnell mit welchem Ergebnis gemacht wird. Das ist an der Stelle ziemlich unbefriedigend. Dass eine Notwendigkeit besteht, ist klar, aber ob das auch passiert, ist relativ unklar.

Wie viel Personen setzt die BAgiS denn überhaupt für die Arbeitsplatzakquise in den ersten Arbeitsmarkt ein? Das sind genau sieben Personen. Mit sieben Personen bei der Arbeitsmarktsituation möchte die BAgiS Arbeitsplätze akquirieren. Gleichzeitig stellt sie jetzt aber zwölf Personen für die sogenannten Hausbesuche ein. Zwölf Personen sollen schauen gehen, wie viele Zahnbürsten zu Hause herumstehen, wie viele Butterdosen es im Kühlschrank gibt und so weiter. Darauf wird ein Schwergewicht gelegt, statt einmal Arbeitsplatzakquise zu machen und die Menschen dort hinzuschicken, wo sie gebraucht werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Dann wird gesagt, ein Schwerpunkt sollen unter Fünfundzwanzigjährige sein, und dort soll es Sofortvermittlung geben. Das finden wir ganz falsch. Wir haben gestern darüber gesprochen, dass gerade Langzeitarbeitslose ein hohes Defizit an Qualifizierung haben und dass gerade Langzeitarbeitslosigkeit mit mangelnder Bildung zu tun hat. Das Schwergewicht muss doch darauf liegen, dass man sagt, mehr Ausbildung, mehr Qualifizierung und nicht Sofortvermittlung. Junge Leute müssen ausgebildet werden, und da geht es nicht so sehr darum, jetzt zu schauen, ob überhaupt eine Arbeitsbereitschaft besteht, ja oder nein, sondern bei einem Nein muss geschaut werden, ob sie denn eine ausreichende Qualifizierung an der Stelle haben.

(B) Noch kurz zum Mittelbindungsstand! Das hat Frau Ziegert schon angesprochen. Die BAGIS wird da keine Punktladung erreichen. Es geht um 2,6 Millionen Euro. Ich würde an dieser Stelle nicht so leicht darüber hinweggehen, wie Frau Ziegert das macht. Mit 2,6 Millionen Euro kann man eine ganze Menge Maßnahmen durchführen. Die BAGIS hat bis vor ein paar Tagen noch behauptet, dass sie eine Punktladung machen kann. Das ist offenbar nicht mehr der Fall. Hier sollen an der Stelle, insbesondere in Bezug auf die Integration, nicht Erfolge gefeiert werden, wo keine sind! Acht Tage in den Arbeitsmarkt integrieren ist für uns keine nachhaltige Integration. Da werden die Leute veräppelt. Wenn nur sieben Personen für Arbeitsplatzvermittlung eingesetzt werden und zwölf Personen für Schnüffeldienste, dann ist das nicht die Richtung, die wir uns hier wünschen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Ziegert.

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Schön, bei Ihrem Beitrag ist mir die Frage eingefallen, ob halbe Wahrheiten nicht manchmal nah an ganzen Lügen stehen. Wenn Sie diese Geschichte mit der Integration von acht Tagen vorbringen, so ist es natürlich so, dass bundesweit in den Statistiken und den Erfassungssystemen der Bundesagentur für Arbeit in der Tat Integration ab acht Tagen steht.

(Abg. Frau **Schön** [Bündnis 90/Die Grünen]: Habe ich doch gesagt!)

Das ist übrigens ein Fortschritt gegenüber früheren Zeiten, als jede Integration, also auch Weihnachtsmänner und so weiter, da stand.

(Abg. Frau **Schön** [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

Daraus jetzt aber zu schließen, dass jetzt alle Integrationen nur von acht Tagen sind, und dann stehen

(C) die armen Bremer Arbeitslosen am neunten Tag wieder arbeitslos da und fühlen sich veräppelt, ist genauso absurd.

(Abg. Frau **Linnert** [Bündnis 90/Die Grünen]: Hat sie doch gar nicht gesagt!)

Doch, so haben Sie das gesagt! Ich bedauere, dass die Statistik und die Erfassungsmöglichkeiten im Augenblick nicht besser sind. Die Schlussfolgerungen, die Sie daraus ziehen, sind demagogisch, aber nicht logisch.

(Beifall bei der SPD)

(D) Das Nächste ist: Ich sehe diese Große Anfrage ganz anders. Ich kann ohne Große Anfrage und ohne genau hinzuschauen feststellen, dass die Arbeitsmarktlage in Bremen beklagenswert ist. Da brauche ich mir auch nichts genau anzuschauen, wie Sie das behauptet haben, dass Sie das getan hätten, sondern da brauche ich nur auf die Arbeitsmarktzahlen und auf die Arbeitslosenquoten zu schauen, um auch Bremen und Bremerhaven mit dem Bund zu vergleichen. Da muss ich feststellen, das ist schlecht, und da sind wir uns alle einig. Wir haben ja gestern sehr ausführlich darüber geredet, auf welche Art und Weise wir Arbeitslosigkeit bekämpfen oder vermindern können, und wir sind uns auch alle darüber einig, welche große Aufgabe wir noch haben. Auch heute Morgen im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Rechtsradikalismus ist sehr ernsthaft darüber geredet worden.

Hier geht es um die Arbeit der beiden Agenturen, der BAGIS und der ARGE. Da darf man ja vielleicht einmal feststellen, wie das auch hier in diesem Benchmarking herausgekommen ist, dass unter diesen schwierigen Bedingungen Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, gute Arbeit geleistet haben. Das heißt nicht, dass das tolle Erfolge gewesen sind. Das hat hier niemand gesagt, aber wir haben gesagt: Unter den schwierigen Bedingungen ist eine hohe Quote an Integration, auch im Vergleich mit anderen Agenturen, geleistet worden. Nicht mehr und nicht weniger ist gesagt worden. Wenn Sie dann sagen, das gilt ja alles gar nicht, denn die Arbeitslosigkeit ist ja immer noch hoch, haben Sie damit natürlich recht, aber dann brauchen wir auch nicht darüber zu diskutieren. Das können wir auch so feststellen. Da brauchen wir auch keine Große Anfrage zu stellen.

Zum letzten Punkt, die verbliebenen Restmittel! Ich setze mich mit aller Kraft dafür ein, und das habe ich auch so von der CDU-Seite gesehen, dass wir diese Restmittel noch sinnvoll und für Maßnahmen verwenden sollten. Da gibt es noch eine ganze Menge Möglichkeiten. Hier geht keiner leichtfertig darüber hinweg. Ich wundere mich auch, dass Sie das sagen, denn Sie sind in der Sitzung gewesen, in der wir darüber diskutiert haben, und Sie haben dort meine Position gehört. Auch da kann ich mich nur über die Wertung wundern, die Sie hier abgeben. Alles in allem gesagt,

(A) meine ich, sollten wir dann auch wissen, worüber wir hier diskutieren. Darüber sollten wir auch diskutieren. Den großen Bogen der ganzen Probleme sollten wir nicht aus den Augen verlieren, aber wir müssen uns nun eben auch mit den kleinen, konkreten Dingen beschäftigen, gerade als Arbeitsmarktpolitiker, und ich finde, wir sind auch verpflichtet, das zu tun.
– Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Nächster Redner ist der Abgeordnete Peters.

Abg. **Peters** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Schön, Sie haben mich doch gereizt, auch einige Klarstellungen zu machen! Sie tun so, als wenn das alles sinnlos ist, was wir überhaupt veranstalten, weil es ja keine Erfolge bringt und Ähnliches. Ich glaube, wir müssen erst einmal davon ausgehen, wie sich die Situation hier in Bremen auf dem Arbeitsmarkt darstellt, wie der Stellenmarkt ist und wie die Wirtschaft sich hier darstellt. Ich glaube, wichtig dabei ist, sicherlich eingeschränkt, aber auf dem guten Weg, sich zu bewegen.

(B) Wenn ich überlege, auf dem Vulkan-Gelände haben wir wirklich so einen Ausgleich hinbekommen der Menschen, die zuletzt dort gearbeitet haben, jetzt aber natürlich nicht nur ein Betrieb, sondern viele Betriebe, aber ähnliche Beschäftigungszahlen. Hätten wir dort auch nichts machen sollen? Die Situation hier in Bremen ist sehr schwierig, und wir haben sehr viele Menschen, die ohne Arbeit sind, und auch sehr viele, die sogar langzeitarbeitslos sind. Diese arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Elemente, die über die BAGIS oder die ARGE dort versucht werden einzubringen, politisch von uns begleitet und auch gefordert, halte ich für richtig. Dass diese Menschen darüber eine Arbeit und auch eine Tagesstruktur bekommen haben, sehe ich als Erfolg.

(Beifall bei der CDU)

Dass der Erfolg natürlich noch viel größer sein könnte, halte ich für richtig, aber sprechen Sie doch einmal mit den Menschen! Ich habe Leute auf der Straße sprechen können, die mit 55 Jahren darüber Arbeit bekommen haben. Sie sind froh, dass sie wieder von morgens bis abends zur Arbeit gehen können und nicht zu Hause sitzen, nachdem sie 40 Jahre Arbeit hatten und dann fünf Jahre arbeitslos waren. Ich glaube, dann kann man sehr wohl von einem Erfolg sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Schauen Sie sich doch einmal an, Sie sagen, wie das Benchmarking ist, wir sind doch gar nicht gut!

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Es sind nicht ohne Grund Gruppen von Städten gebildet worden, die eine ähnliche Situation haben. Da stellt sich heraus, dass in Bremen die Anstrengungen im Vergleich gute Früchte tragen, alle zusammen, auch dass es hier in Bremen aus diesen Agenturen und aus der BAGIS heraus eine ganze Reihe von Personen gibt, die nicht nur den einzelnen Arbeitslosen betreuen, sondern auch in die Betriebe gehen und versuchen, die Betriebe zu motivieren, noch mehr zu machen, noch mehr Arbeitsplätze zu schaffen oder vielleicht hier und da den Versuch zu unternehmen, Menschen über ein Arbeitsmarktförderinstrument erst einmal einzustellen, um daraus einen langfristigen Arbeitsplatz werden zu lassen. Ich halte es für richtig, man muss das machen und kann nicht sagen, wir machen lieber nichts, das alles bringt sowieso nichts. Ich finde, jeder Arbeitsplatz, der zusätzlich geschaffen wird, bringt etwas.

(Beifall bei der CDU)

Zum Schluss möchte ich auf die 2,6 Millionen Euro eingehen. Man kann natürlich nicht sagen, jetzt haben sie ein Problem. Ja, sie haben ein Problem, dass sie da sind, aber sie mussten die Gelder ja eine Zeit lang vorhalten in der Hoffnung, noch mehr Personal einstellen zu können, um vielleicht auch darüber mehr begleiten zu können. Ich bin fest davon überzeugt wie Frau Ziegert auch, wenn wir alle Anstrengungen unternehmen, wird es auch da eine Punktlandung geben. Es gibt hier viele Menschen, die noch Hilfe brauchen. Ich glaube, gemeinsam bekommen wir das auch hin, und am Ende wird diese Summe nicht zurückgehen, sondern hier die Menschen in Bremen erreichen und vielleicht noch ein paar Arbeitsplätze mehr schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Schön, ich würde ganz gern auch zu Anfang gleich auf Ihre Anmerkungen eingehen. Zunächst einmal möchte ich klarstellen, dass hier nichts abgefeiert wird, sondern dass wir in der Antwort auf die Große Anfrage ganz sachlich darstellen, was gefragt worden ist. Wir haben an vielen Stellen intensive Arbeit geleistet, wir haben an vielen Stellen Erfolge erzielt, aber es gibt eben auch noch viele Baustellen zu bewältigen, das wissen wir hier alle. Insofern gibt es eine differenzierte Antwort, das bitte ich doch noch einmal aus Ihrer Sicht auch zu würdigen!

Im Übrigen würde ich mich freuen, Frau Schön, es würde Ihnen bestimmt kein Zacken aus der Krone fallen, wenn Sie sich auch einmal dazu durchringen könnten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu lo-

(C)

(D)

- (A) ben, die hier seit 2005 einen verdammt schweren Job machen,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

die Aufbauarbeit geleistet haben, die das tun, was notwendig ist. Ich finde, das sollte das Parlament hier heute auch wirklich einmal anerkennen. Ohne das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser schwierigen Aufbauphase, vor allen Dingen im letzten Jahr, wären wir noch überhaupt nicht so weit, wie wir es heute sind. Das ist mir wichtig, das an dieser Stelle noch einmal klarzustellen.

Herr Peters hat es gesagt, wir haben 2005 fast aus dem Stand, von Null angefangen, diese ganze neue Struktur mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit Räumlichkeiten, neuer EDV, neuen Softwareprogrammen und Schulungen aufgebaut. Das Jahr 2005, Frau Ziegert hat es schon dargestellt, war trotzdem relativ erfolgreich, wenn natürlich auch der Aufbausituation geschuldet nicht an vielen Stellen und auch nicht bei der Frage der Mittelbindung, darüber haben wir hier häufig diskutiert. Aber 2006 zeigt doch deutlich, dass sich das sehr stark konsolidiert hat, dass die BAGIS und die ARGE angekommen sind, und das zeigt auch die ambitionierten Ziele, die sich beide, BAGIS und ARGE, gesetzt haben und diese Ziele, nachdem, was hier ausgewertet worden ist, zu größten Teilen auch erreicht haben.

- (B) Auch der Schwerpunkt unter Fünfundzwanzigjährige, also junge Menschen in den Blick zu nehmen, ist aus meiner Sicht wichtig, dass wir uns weiter auf diese Menschen konzentrieren, die wir nicht hängen lassen dürfen. Darüber kann man lange streiten, Frau Schön. Ich bin aber der Meinung, dass die jungen Menschen, die von sich aus eben das Potenzial, die Kapazitäten und die Bildung nicht mitbringen, dass sie aus dem Stand heraus auch wirklich einen Ausbildungsplatz ausfüllen können, dann besser aufgehoben sind, erst einmal eine Qualifizierungsmaßnahme in einem Injob zu machen, wo sie zum Beispiel ihren Hauptschulabschluss nachholen können, als dass wir sie in eine Situation bringen, in der sie selbst überfordert sind und nicht klarkommen und dann zwangsläufig abbrechen.

Insofern ist es ein sehr mühsames Geschäft auf der einen Seite, das wissen Sie auch, wenn Sie zu den Trägern gehen, die mit den jungen Menschen arbeiten, wenn Sie es sich dort einmal erklären lassen, wie sich die Arbeit vollzieht, wenn Sie mit den jungen Menschen sprechen. Aber es ist immer dann ein Erfolg, wenn bei den jungen Menschen das eingetreten ist, was notwendig ist, dass sie nämlich selbst erkennen, wo ihre Hemmnisse in der Vergangenheit lagen, dass sie selbst sagen, jawohl, ich habe es begriffen, ich muss morgens pünktlich zur Arbeit kommen, ich muss meine Aufgaben erledigen, ich darf nicht einfach fehlen, wenn ich keine Lust habe. Da gibt es ganz tolle Beispiele von jungen Menschen,

die es für sich gepackt haben und die auch etwas wollen und es dann auch schaffen werden. Daran müssen wir arbeiten, und das tun wir auch. Das sind die Erfolge, über die ich mich dann persönlich ganz besonders freue.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Gerade in dem Sektor Integration von jungen Menschen haben sowohl die BAGIS als auch die Arbeitsgemeinschaft sehr gute Ergebnisse erzielt. Das gilt genauso für die anderen beiden Bereiche in diesem bundesweiten Benchmarking, die ausgewertet worden sind, einmal die passiven Leistungen und dann die Integration für die Erwerbstätigkeit. Auch dort liegen beide Arbeitsgemeinschaften im Benchmarking gut.

Ich möchte gern noch etwas zu der Frage der Mittelbindung sagen. Wir haben 61,2 Millionen Euro vom Bund für die BAGIS, davon sind nach der Auswertung der Mittelbindung, das haben Sie ja auch diskutiert, 95 Prozent gebunden. Das ist, finde ich, ein Erfolg. Da braucht man diesen Erfolg auch nicht schlechtzureden, indem man sagt, wir haben jetzt noch über 2 Millionen Euro als Reserve. Sie waren selbst dabei, als der Auftrag an die BAGIS erteilt worden ist, dass alles dafür getan wird, dass auch diese rund 2 Millionen Euro gebunden werden. Die BAGIS wird sich dazu anstrengen.

Ich möchte Ihnen nur noch einmal, damit Sie einen Vergleich haben, wo wir stehen und wo andere stehen, einige Zahlen nennen. Der Bund hat die Mittelbindung der einzelnen Kommunen ausgewertet und hat die Kommunen zum Ausgleich intern, weil der Osten zum Beispiel noch Bedarfe hat, gebeten, Mittel zurückzugeben. Da sind aufgefordert worden zum Beispiel, weil sie eben noch nicht so viel gebunden haben, Hannover, 12 Millionen Euro zurückzugeben, Köln, 12 Millionen Euro, Essen, 9 Millionen Euro, Düsseldorf, 5 Millionen Euro, Hamburg, 5 Millionen Euro, Bremerhaven, 0,3 Millionen Euro und Bremen, 700 000 Euro. Das zeigt doch schon, dass wir allein in diesem Vergleich, was die Bindung betrifft, im Vergleich mit anderen Großstädten gut liegen. Wie gesagt, wir werden uns anstrengen, dass wir die rund 2 Millionen Euro, die wir jetzt noch als Reserve gebildet haben, auch für sinnvolle Integrationsleistungen und -maßnahmen verwenden werden.

Natürlich haben wir auch noch Probleme, das ist doch keine Frage, das wissen wir. Diese Probleme sind auch bekannt. Wir müssen noch weiter an der Qualität des Personals arbeiten, das heißt, es werden weiterhin Fortbildungen und Schulungen stattfinden. Wir haben räumliche Probleme, das ist angesprochen worden, die die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Westen und im Norden sehr stark erschweren. Auch die Situation für die Kundinnen und Kunden ist sehr unbefriedigend. Da brauchen wir drin-

(C)

(D)

(A) gend räumliche Lösungen, es wird daran gearbeitet. Ich hoffe sehr, dass es jetzt endlich im Norden zu einer guten Lösung kommt. Im Westen gibt es eine Option, aber die Umsetzung gestaltet sich zeitlich noch schwierig.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kämpfen nach wie vor mit den Vorgaben, die wir aus Bremer Sicht nicht ändern können. Das muss an dieser Stelle auch noch einmal gesagt werden. Das wissen auch alle, die sich damit beschäftigen, dass die IT-Unterstützung bundesweit vorgegeben ist, dass wir da Schwierigkeiten haben, die zu deutlicher Mehrarbeit führen, die zu einem wirkungsorientierten Controlling Hemmnisse aufbauen. Dieses bundesweite Problem ist eines, das der Bund lösen muss, das können wir von Bremen aus nicht lösen. Aber wir machen immer wieder Druck, dass da etwas passiert und dass auch endlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Arbeitsmittel haben, die sie brauchen, um noch effektiver und effizienter im Interesse der Kundinnen und Kunden zu arbeiten.

Insofern haben wir noch die eine oder andere Baustelle. Aber insgesamt ist das, was wir jetzt hier als Zwischenstand der Arbeit der BAGIS und der ARGE in Bremerhaven bewerten können, durchaus eine positive Zwischenbilanz. – Danke!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(B) **Vizepräsident Ravens:** Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Schön.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Ziegert, Ihren Vorwurf, ich sei demagogisch, weise ich hier in der Tat auf das Schärfste zurück!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie sagen jetzt, das wäre Demagogie, weil ich das der BAGIS anlaste. Das alles habe ich überhaupt nicht gesagt, dass ich der BAGIS anlaste, dass sie acht Tage Integration als Integration wertet. Dass das eine bundesweite Statistik ist, das wissen wir beide ganz genau. Es wäre aber einfach auch eine Sache der Klarheit gewesen, wie die Definition an der Stelle überhaupt ist und dass man dann nicht eine angebliche Integration von 8000 Personen in den Arbeitsmarkt, die nur acht Tage dauern muss, als solche ansehen kann. Darüber hinaus weiß die BAGIS nicht, wie lange sie dauert, weil die Statistik das nicht genau ausweist.

Ich finde, es ist in der Tat ein Skandal, dass man das als Integration wertet, denn wir sind doch auch beide der Meinung, dass Integration in den Arbeitsmarkt etwas mit Existenzsicherung zu tun haben muss. Dass es nachhaltig sein muss, dass das bei acht Tagen nicht möglich ist, wissen wir beide. Was das mit

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Demagogie zu tun hat, ist mir an dieser Stelle sehr schleierhaft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich komme zu den weiteren Punkten von Herrn Peters und Frau Senatorin Röpke! Wir sind in der Tat der Meinung, dass es in der Arbeitsmarktpolitik in der BAGIS eine falsche Weichenstellung gibt. Wir behaupten nicht, dass da alles nur sinnloses Zeug getan wird. Wir finden, dass es einfach eine falsche Weichenstellung gibt. Wir wollen einfach mehr Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für Stellenakquise auf den ersten Arbeitsmarkt, anstatt dass man sie für Hausbesuche abstellt, die da die Zahnbürsten kontrollieren. Wir wollen, dass die Leute in Arbeit gehen und dass sie nicht für angeblichen Sozialmissbrauch abgestempelt werden. Sie sollen in Arbeit gehen, das ist uns wichtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen, dass junge Leute eine Ausbildung und eine Qualifizierung bekommen, und nicht, dass es da um Sofortvermittlung geht. Das wollen wir auch. Man kann nicht so tun, so wie hier irgendwie der Eindruck entstanden ist, wir haben hier jetzt 72 000 arbeitslose Hilfebedürftige, als wenn das alles Menschen sind, die man erst einmal wieder daran gewöhnen müsste, dass sie morgens aufstehen und dass sie dann ihren Tag strukturieren. Das ist doch eine Minderheit, bei der das der Fall ist. Die Mehrheit war insgesamt nur kurz arbeitslos, das hat Herr Peters auch gesagt, die haben 40 Jahre gearbeitet. Da geht es nicht um tagesstrukturierende Maßnahmen, da geht es auch darum, dass der Arbeitsmarkt so ist, wie er ist. Insbesondere geht es dann genau darum, dass wir mehr Mitarbeiter in der BAGIS brauchen, die sich darum kümmern, dass Arbeitsplätze akquiriert werden, und nicht zu Hause herumgeschnüffelt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine weitere grundsätzliche Kritik an der Arbeitsmarktpolitik ist, dass Sie Schwerpunkte auf sehr kurzfristige Maßnahmen anstatt auf längerfristige Qualifizierung setzen. Es ist Ihnen auch unbenommen, dass Sie vielleicht auch dadurch auf die hohe Zahl von 22 000 kommen. Aber was sind denn das am Ende für Maßnahmen, wenn Eignungsfeststellungen, Herausfinden von Arbeitsbereitschaft und Bewerbercenter, wenn das da alles mit eingerechnet wird? Damit bekommen Sie da doch keine Qualität hinein. Das ist unsere grundsätzliche Kritik daran. Das heißt auch nicht, dass da nichts getan wird, und das heißt im Übrigen auch nicht, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Rahmen ihrer Vorgaben keine hervorragende Arbeit leisten. An keinem Punkt habe ich hier die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen kritisiert,

(C)

(D)

- (A) sondern es sind die Vorgaben, die an der Stelle gemacht werden, die wir zum großen Teil für falsch halten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Benchmarking und zum Vergleich! Womit vergleichen wir uns da denn an der Stelle? Es sind zum Beispiel Städte wie Hamburg, da würde ich erst einmal sagen, diese haben eine ganz andere Struktur. Dass das alles so vergleichbar ist, da habe ich dann einmal meine Zweifel. Wenn wir da im Vergleichscluster im Mittelfeld liegen und die anderen auch nicht sehr viel besser sind, dann kann das doch für uns überhaupt kein Maßstab sein. Unsere Aufgabe ist es doch, die Menschen in Arbeit zu bringen und uns nicht darin zu sonnen, dass andere das möglicherweise auch nicht besser machen als wir.

Kurz noch einmal zur Mittelbindung! Frau Röpke hat darauf hingewiesen, im Gegensatz zum letzten Mal sind wir jetzt supergut. Klar sind wir besser geworden. Das habe ich nach eineinhalb Jahren aber auch nicht anders erwartet. Wenn wir dieses Jahr dann auch wieder 40 Millionen Euro zurückgegeben hätten, das wäre ein Skandal unendlicher Größenordnung gewesen. Wir haben gestern über ein Haushaltsdefizit von 25 Millionen Euro gesprochen. Das wäre dann deutlich mehr gewesen.

- (B) Was Ihre Antwort aber doch auch deutlich gemacht hat, Frau Röpke, es gibt zwar Kommunen, die möglicherweise Geld abgeben können, aber das heißt auf der anderen Seite doch genauso, dass es offenbar sehr viele Kommunen gibt, die in der Lage waren, ihr Geld auszuschöpfen, und die zusätzlichen Bedarf hatten, die ihr Geld binden konnten und sogar zusätzliche Maßnahmen für ihre Menschen vor Ort finanzieren können. Das ist Bremen an dieser Stelle dann offenbar doch wieder nicht gelungen. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Ziegert.

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Schön, ich schlage Ihnen vor, dass wir uns vielleicht einmal im Beirat genau die Struktur der Arbeitslosen bei der BAGIS und bei der Arge anschauen und uns auch von den Vermittlern, die vor Ort arbeiten, erklären lassen, welche Vermittlungshemmnisse vielleicht vorliegen und welche Maßnahmen von daher angepasst sind.

Sie hätten bereits in der Antwort auf die Große Anfrage lesen können, dass es seitens der BAGIS deswegen so große Bedenken gegeben hat gegen eine nochmalige Steigerung der Vermittlungsquote in Ausbildung bei den Jugendlichen, weil der Anteil der marktnahen Jugendlichen, so wird es genannt, die nämlich sofort vermittelbar sind in eine Ausbildung, nach

der Auffassung und nach dem Benchmarking, nach dem Profiling der Agentur, der BAGIS oder der ARGE ausgeschöpft war und dass ein großer Teil der Jugendlichen nicht unmittelbar und ohne Hilfen in Ausbildung vermittelbar ist, sondern dass sie dann eben solche Unterstützung brauchen wie auch tagesstrukturierende Maßnahmen, zum Beispiel durch diese Integrationsjobs. Sie wissen so gut wie ich, dass gerade bei den Jugendlichen kein Integrationsjob ohne einen Anteil von mindestens 50 Prozent an Ausbildung läuft. Also, im Grunde genommen ist das hier eine Ausbildung, aber auf dem Wege der Anbindung an einen Arbeitsplatz, und nach meinen Erfahrungen ist das eine sehr sinnvolle Maßnahme.

Bei solch einer Gelegenheit könnten wir uns dann auch gleich erklären lassen, wie diese Cluster gebildet sind, da gibt es gewisse wissenschaftliche Untersuchungen. Ich habe den Eindruck, dass Sie natürlich besser wissen, wie dort die Arbeitsmarktverhältnisse sind und dass es völlig unsinnig ist, Bremen in dem Cluster zu haben, in dem sich Bremen nun befindet. Ich weiß nur, dass vonseiten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung dort sehr an dieser Clusterbildung gearbeitet wird, dann könnten Sie vielleicht auch nachvollziehen, wie es zu dieser Clusterbildung kommt.

Einen zweiten Punkt wollte ich eigentlich schon vorhin ansprechen, weil ich das auch demagogisch finde – oder ich will es nicht qualifizieren, um Sie nicht wieder so zu reizen. Also, es ist nicht richtig, und das ist Ihnen auch im Beirat gesagt worden, dass nun von den sieben dort beschäftigten Personen, nur noch fünf mit Arbeitsplatzaquise beschäftigt sind und sieben schauen, wo Butterdosen im Kühlschrank stehen oder so etwas. Ich sage, was ich auch neulich im Beirat deutlich gesagt habe, ich bin gegen diese Verschärfung der Kontrollen im Zuge dieser Hartz-IV-Veränderungen gewesen. Das ist, finde ich, ein Fehler, der dort in Berlin vom Bundesgesetzgeber gemacht worden ist, und man kann jetzt nicht der BAGIS vorwerfen hier vor Ort, dass sie das umsetzen muss, was ihr durch den Gesetzgeber vorgegeben ist.

Es ist aber so, dass hier über 150 Vermittler tätig sind, die Arbeitsplätze für die Arbeitslosen suchen, und es ist keineswegs so, dass wir hier fünf haben, die sich um Arbeitsplätze bemühen, und sieben, die die Kontrollen machen. Letztlich können wir uns immer wieder über längerfristige Qualifizierungsmaßnahmen streiten, auch würde ich Ihnen vorschlagen, dass wir uns das einmal konkret anschauen, was bringt das und was es nicht bringt und wo längerfristige Qualifizierungsmaßnahmen sinnvoll sind und wo sie nicht sinnvoll sind.

Ich plädiere wirklich sehr ernsthaft dafür, und das ist das, was ich auch gelernt habe in meiner Tätigkeit in der Arbeitsmarktpolitik, dass man sich doch sehr genau befassen muss mit der Materie und dass man sich sehr genau auch die Schicksale und die Einzelfälle ansehen muss. Dabei will ich nicht alles gut

(C)

(D)

(A) finden, was die BAgiS oder was die ARGE tut, ich kenne auch viele Schicksale und auch Beschwerden von Arbeitslosen, die sich dort nicht richtig und gut betreut fühlen. Ich kann auch sehr gut verstehen, dass Arbeitslose sich schikaniert fühlen durch verschärfte Kontrollen. Das, finde ich, muss man auch alles deutlich sagen, aber ich finde, man muss dann auch sehen, wo die positiven Ansätze sind, man muss sehen, wo wir dies verstärken können und wo wir dort bereits Erfolge erzielen. Nur dafür plädiere ich, und ich plädiere dafür, dass wir uns diese Dinge genau anschauen und dass wir dann auch genau wissen, worüber wir reden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Peters.

Abg. **Peters** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hätte gar nicht geglaubt, dass diese Debatte so eine Dynamik erhält, aber, Frau Schön, Sie schaffen es dann doch, einen immer wieder zu Äußerungen zu reizen. Bei dem, was Sie sagen, ich glaube, verkennen Sie eines, es gibt einen Arbeitsmarkt, der sich von selbst regelt. Da gibt es Arbeitsplätze, da gibt es Menschen, die wechseln dorthin, die wechseln teilweise aus der Arbeit dorthin, weil sie sich verändern möchten. Dann gibt es einen Arbeitsmarkt, der über die Agenturen läuft, und dann gibt es ganz viele Menschen hier, die arbeitslos sind, mehr oder weniger lange arbeitslos. Wenn es so viele Arbeitsplätze gäbe, dass diese Menschen alle Arbeit hätten, so ohne Weiteres, dann hätten wir diese Probleme nicht. Leider gibt es die Arbeitsplätze nicht, und da finde ich – Sie sagen ja ständig, das sind alles Misserfolge –, wenn ich es schaffe, von diesem Kreis von Menschen trotzdem noch einen großen Anteil in Arbeit zu bringen, in Beschäftigung zu bringen, ist das für mich ein Erfolg, weil sie sonst zu Hause säßen und gar nichts machen dürften.

Schauen Sie sich die Menschen an! Die meisten, und das habe ich auch nie jemandem anders unterstellt, möchten arbeiten, wollen arbeiten, wollen eine Ausbildung haben. Die, die das nicht wollen oder vielleicht auch noch irgendwo Missbrauch treiben, was ich nicht pauschaliert sehen will, das sind Einzelfälle, da muss man hinschauen, und das muss man auch kontrollieren und abstellen. Dann gibt es auch Maßnahmen und Möglichkeiten, dass man die Menschen zu ihrem Glück tragen muss, dass sie dann verstehen, dass Arbeit doch sinnvoll ist, und die nachher viel Spaß daran haben. Diese Maßnahmen sind für mich auch ein Erfolg, und deshalb finde ich es nicht richtig, dass Sie sich hier hinstellen und sagen, das sei alles kein Erfolg oder eine falsche Weichenstellung.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Ich sage noch einmal, wenn wir reichlich Arbeitsplätze hätten, dann bräuchten wir einfach viele Dinge gar nicht, und dann könnten wir auch die Weichen anders stellen. Wir müssen uns aber damit abfinden, dass wir eben im Moment und vielleicht auch noch längerfristig nicht für alle Menschen Arbeit haben. Deshalb halte ich es für richtig, dass gerade in der BAgiS und ARGE die Mitarbeiter alles daran setzen, für diese Menschen Arbeit zu finden, dann in wenigen Fällen den Missbrauch abzustellen, um dieses Geld vielleicht auch für die noch zur Verfügung zu haben, die arbeiten wollen. Dann, meine ich, ist das auch ein Erfolg.

Warum kann ich mich denn mit anderen Städten nicht vergleichen, warum denn nicht? Das hat doch einen Grund, warum diese Städte dabei sind, sie haben ähnliche Situationen, dort sind wir gut aufgestellt, und das finde ich positiv. Sie sagen, andere Kommunen sind noch viel besser als wir, weil diese mehr Geld brauchen als wir und alles verbrauchen können. Schauen Sie sich doch einmal an, welche Situationen die Kommunen haben, die dieses Geld jetzt auch bekommen! Dort gibt es Städte, und die sind meistens in den eher östlichen Gebieten anzusiedeln, in denen es gar keine Arbeit mehr gibt, und deshalb haben diese noch höhere Bedarfe für die Menschen, die dort leben, auch etwas tun zu müssen. Das ist doch der Grund, nicht weil sie Meister darin sind, Arbeitsplätze zu schaffen. Deren Situation ist noch schlechter als bei uns! Fahren Sie doch in diese Landstriche, und schauen Sie sich das an!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Schön [Bündnis 90/Die Grünen]: Die kümmern sich aber offensichtlich besser um ihre Leute!)

Deshalb bleibe ich abschließend dabei, jeder, für den wir es schaffen, dass er Arbeit bekommt, Beschäftigung bekommt oder einen Ausbildungsplatz oder auf den Weg dahin gebracht wird, jeder Einzelne ist ein Erfolg!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft Landtag nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/1077, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Meine Damen und Herren, angesichts der Zeit sieht das Präsidium davon ab, einen weiteren Tagesordnungspunkt aufzurufen.

Wir treten in die Mittagspause ein bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.54 Uhr)

(A) Vizepräsidentin Dr. Mathes eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Meine Damen und Herren! Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft ist wieder eröffnet.

Nachträglich wurde interfraktionell vereinbart, bei dem Tagesordnungspunkt 20, „Gesetz zur Änderung des Bremischen Ruhelohngesetzes“, auf eine Debatte zu verzichten und den Punkt außerhalb der Tagesordnung „Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft“, Drucksache 16/1120, heute als vorletzten Punkt vor dem „Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Hochschule für öffentliche Verwaltung“, Drucksache 16/1136 zu behandeln.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

IT-Support an Schulen

(B) Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 9. Juni 2006
(Drucksache 16/1047)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 1. August 2006

(Drucksache 16/1096)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.

Wir treten in eine Aussprache ein.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Bensch.

Abg. **Bensch** (CDU)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wer glaubt, so ein Thema wie IT-Support sei ein weiches und ein eher unwichtiges Thema, ein Nebenthema hier im Parlament, der irrt. Wenn wir hier in der Bürgerschaft über IT-Support sprechen, möchte ich Ihnen sagen, was das eigentlich ist. IT-Support ist die Unterstützung von Informations- und Kommunikationstechnologien an Bremens Schulen. Wenn wir hierüber sprechen, dann behandeln wir einen ganz besonders wichtigen Bereich aus dem großen Aufgabenfeld Bildung. Dass sinnvolle Investitionen in die Bildung gut für unsere beiden Städte und gut für unsere Schülerinnen und Schüler sind, ist in allen Fraktionen sicherlich unbestritten.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der CDU hat ein sehr großes Interesse daran, die Lage des IT-Supports deutlich zu verbessern, und sie hat eben aus diesem Grund die Große Anfrage an den Senat gestellt, denn die tatsächliche Lage des IT-Supports ist an vielen Schulen des Landes eher unbefriedigend. So lautet eine häufige Rückmeldung bei unseren häufigen Stadtteil- und Schulbesuchen. Lassen Sie mich einmal plakativ schildern, was das bedeutet. Wir sind hier in einer Stadt, in der auch Autos produziert werden, und vielleicht kann man es, wenn man das bildhaft beschreibt, besser verstehen.

Wir leisten uns, was die Ausstattung an sich, die Hardware, die Computer angeht, sehr viel. Wir haben einen der allerbesten Schlüssel, wenn man sieht, wie viele Computer wir für die Schüler bereitstellen. Das heißt, wir haben nicht nur einen oder zwei, wir haben sehr viel Mercedes in unserer Garage. Es nutzt aber nichts, wenn man diese tollen Autos hat, sie entweder gar nicht fahren kann, auch das gibt es, oder wenn man sie fährt und sie einmal eine Panne haben, aber diese Panne nicht rechtzeitig behoben wird.

Übertragen auf die IT-Ausstattung an den Schulen bedeutet dies: Neben einer Hardwareausstattung und einer pädagogischen Konzeption ist die Sicherstellung eines professionellen IT-Supports an den Schulen die wichtigste Voraussetzung für den Ausbau des Lernens mit den Neuen Medien. Wer sich vor Ort an den Schulen umschaute, der erfährt folgende Kernforderungen: Nur wenn technische Ausstattungen und Netze jederzeit verfügbar sind und professionell betreut werden, dann ist der Einsatz neuer Medien in der Unterrichtspraxis effektiv und überhaupt gewährleistet.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Fraktion der CDU ist der Meinung, dass der derzeit oftmals von Lehrerinnen und Lehrern und dann auch noch quasi nebenbei stattfindende IT-Support keine zukunftstaugliche Lösung darstellt. Die Fraktion der CDU ist der Meinung, dass es ökonomisch wenig Sinn macht, in den Schulen kostenintensive Hardware und Netze zu installieren, ohne gleichzeitig den notwendigen IT-Support zu regeln und damit in Kauf zu nehmen, dass die teure Technik nicht oder nur unzureichend einsetzbar ist.

Meine Damen und Herren, die drei Ziele, die wir als CDU mit unserer Großen Anfrage verfolgen, sind folgende: Erstens: Die Schulen brauchen moderne Medien und Computerbildungsplätze. Zweitens: Die Schulen brauchen eine hervorragende Medienerziehung. Drittens: Die Schulen brauchen eine ebenso hervorragende Netzwerkbetreuung und Hilfe bei der Behebung technischer Probleme.

Herr Senator Lemke, Sie als zuständiger Bildungssenator verantworten die materielle und die personelle Ausstattung des IT-Supports. Die Fraktion der

(C)

(D)

(A) CDU ist sich sicher, dass Sie, Herr Senator, die von mir genannten Ziele auch verfolgen, und bedankt sich in diesem Sinne schon jetzt für Ihre ausführlichen, sehr ehrlichen und letztlich nach vorn gerichteten Antworten zur Großen Anfrage, auf die ich nun direkt eingehe.

Herr Senator, Sie haben in der Beantwortung zugesagt, dass im Herbst dieses Jahres der Bildungsdeputation ein Bericht vorgelegt wird, der deutlich aufzeigen wird, in welchem Umfang der zuständige Schul-Support-Service in der Lage ist, den technischen Support zu leisten. Sie haben auch zugesagt, Defizite klar zu benennen, und Sie bemerken selbstkritisch, dass die derzeitigen Regelungen, die oftmals von Wartezeiten und Unterrichtsauswahl geprägt sind, von manchen Schulen doch als erhebliche Störung empfunden werden.

Herr Senator, Sie verdeutlichen in der Antwort, dass ein künftiges umfassendes IT-Support-Konzept auch den ganz besonderen Bedarf der beruflichen Schulen Rechnung tragen muss und hoffentlich auch Rechnung tragen wird. Sie bemerken auch kritisch, dass die Schulen derzeit sehr darüber klagen, dass sie aus dem für Unterricht zugewiesenen Lehrerkontingent Kapazitäten für die technische Betreuung bereitstellen müssen. Sie stellen auch klar, dass künftig, wie auch immer, für den neu zu organisierenden IT-Support mehr Ressourcen als bisher benötigt werden, da es sich um zusätzliche und vor allem auch um ansteigende Aufgaben handelt.

(B) Meine Damen und Herren, dies ist eigentlich das Beste an der Antwort des Senats. Es ist eine hervorragende Botschaft für alle Schülerinnen und Schüler sowie für alle Lehrerinnen und Lehrer, dass in der Vorlage ganz deutlich davon die Rede ist, dass die Lehrkräfte vor Ort sich künftig wieder ihrer Kernaufgabe des Unterrichtens widmen sollen, meine Damen und Herren.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Beifall von Ulrike Hövelmann!)

Gerade an diesem Punkt, Herr Senator, warten wir mit Spannung auf das Konzept, das dann im Herbst der Bildungsdeputation vorgelegt werden soll, denn für den rein technischen Support müssen nicht teure Lehrerstunden erhalten. Wenn Sie sich einmal an einzelnen Schulen umschauchen, stellen Sie fest, dass es durchaus flexible, moderne Lösungen gibt, was den technischen Support angeht. Beispielhaft erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang das Schulzentrum in Walle, das Schulzentrum in der Grenzstraße. Dort ist es übrigens ein In-Jobber, der in hervorragender Art und Weise den technischen Support leistet. Ich kann mir durchaus vorstellen, Herr Senator, dass zum Beispiel dieser Mann als Systembetreuer erstens sicherlich auch regulär beschäftigt werden könnte und zweitens kostengünstiger wäre als ein Lehrer.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss im Namen der Fraktion der CDU folgendes Fazit ziehen: Erstens: Nur Computer hinzustellen, aber diese nicht professionell zu pflegen, ist letztlich ökonomisch unsinnig.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Das ist ja ganz neu!)

Zweitens: Für einen gelingenden und erfolgreichen Einsatz neuer Medien an Bremer Schulen ist Professionalität gefragt. Drittens und letztens: Die CDU ist sehr erfreut darüber, dass es auch aufgrund dieser Großen Anfrage gelungen ist, die Modifizierung des IT-Supports an Bremer Schulen voranzutreiben. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Stahmann.

(Zuruf des Abg. Focke [CDU])

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Focke, genau das habe ich eben auch gesagt, es ist jetzt ganz schwer zu überbieten, was Herr Bensch hier vorgetragen hat.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich werde mich aber bemühen!

Ich bin eigentlich der Fraktion der CDU sehr dankbar, dass sie die Große Anfrage gestellt hat, weil das Thema IT-Support eine Thema ist, das uns in der Bildungsdeputation, aber auch in der Bremischen Bürgerschaft in den vergangenen Jahren schon mehrfach beschäftigt hat. Bei IT-Support geht es ganz einfach darum, wie die Schulen, die Computer im Unterricht einsetzen oder eben auch sogenannte Web-Punkte an den Schulen haben, dabei unterstützt werden können, wenn es mit der Technik nicht funktioniert.

Es geht ganz konkret darum, wie Lehrer beraten werden können, welche Programme sie einsetzen, was eigentlich passiert, wenn das Netzwerk nicht richtig funktioniert. Dafür hatte Professor Kubiczek von der Bremer Universität aus Amerika eine wirklich gute Idee mitgebracht, die wir hier auch als grüne Bürgerschaftsfraktion weiterhin unterstützen, den sogenannten Schul-Support-Service, S3, mit dem man es geschafft hat, dass die Schulen eine Hotline anrufen und sagen: „Hallo, unsere Rechnersysteme funktionieren nicht, wir brauchen dringend Hilfe!“ Dann ist es die Aufgabe dieses Services zu kommen oder

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) auch telefonisch zu beraten, um die Computer wieder zum Laufen zu bekommen.

Das ist eigentlich eine sehr gute Idee, die man hier in Bremen eingeführt hat. Man kann sich sicherlich darüber streiten, Herr Bensch, ob dieser Service das nun gut genug macht, ob er personell gut genug ausgestattet ist und was man an diesem System verbessern kann. Ich finde, dass Professor Breiter, der das mitbetreut, das in der Vergangenheit sehr gut gemacht und auch viele Impulse in die Bildungsdeputation gegeben hat, um dieses Thema an den Schulen auch voranzutreiben. Es ist ungeheuer wichtig, dass wir Computer in den Schulen einsetzen, dass die Kinder und Jugendlichen schon vom Kindergarten und dann durch die Grundschule bis in die weiterführenden Schulen, Sekundarschule, Gymnasien, Oberstufen, lernen, dass alle Kinder jederzeit Zugang zu den Neuen Medien haben und diese auch benutzen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

1999 wurde vom Bremer Senat das sogenannte T.I.M.E.-Programm aufgelegt. Damit wurden damals 100 Millionen DM verteilt, und der Bildungssenator hatte durch geschicktes Verhandeln, das muss man sagen, erwirkt, dass auch im Bereich Bildung damals 20 Millionen DM für die Anschaffung von neuen Technologien und Computern investiert wurden. Das ist erst einmal ein Erfolg gewesen, den wir hier auch als Bildungsdeputierte begrüßt haben.

- (B) Die Kritik der grünen Bürgerschaftsfraktion war damals, da hatten wir hier genau an dieser Stelle auch eine Debatte, wie man das Geld am sinnvollsten ausgibt, und damals haben wir hier kritisiert, dass zu wenig Geld für Aus- und Fortbildung für die Lehrkräfte ausgegeben wird. Man stellt zwar die neueste Technologie in die Schulen, und, Herr Bensch, Sie werden es sicherlich erlebt haben, man besucht Schulen, und manche Schulen nutzen die Computer im Klassenraum, haben Web-Punkte, Computerarbeitsplätze, die offen zugänglich sind, aber es gibt auch Schulen, da kommt man in schöne Räume, und es stapeln sich die Kartons bis unter die Decke, und man sieht, darin sind noch Computer, die gar nicht ausgepackt, geschweige denn verkabelt worden sind.

Das ist natürlich nicht Sinn der Medienoffensive des Bildungssenators gewesen, sondern das Geld soll dafür ausgegeben werden, dass die Computer auch tatsächlich angeschlossen und benutzt werden und dass die Lehrer damit umgehen können. Da sehe ich noch deutlich Nachholbedarf.

Es muss genau geschaut werden, und da gibt es durch die Große Anfrage der CDU leider keine Antwort, der Senat wurde dazu auch nicht gefragt, es wäre interessant gewesen zu wissen, wie viele Lehrer eigentlich eine Fortbildung in dem Bereich „Wie setzt man Neue Medien im Unterricht ein, und wie kann man den Unterricht auch inhaltlich und qualitativ

durch den Einsatz Neuer Medien verbessern“ gemacht haben. Das ist ein Punkt, der sicherlich bei der weiteren Debatte noch eine viel größere Rolle spielen muss.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Als 2001 das Programm gestartet worden ist, da kann ich mich gut an diverse Schulbesuche mit Dieter Mützelburg erinnern. Man traf immer Schulleiter oder Lehrer in den Sommerferien oder auch während der Unterrichtszeit mit Kabelrollen über der Schulter und Bohrmaschinen in der Hand, die die Löcher gebohrt und Kabelstrippen gezogen haben. Auch das war eigentlich nicht Sinn des Programms. Das ist Eigeninitiative von Lehrern. Das begrüßen wir, aber, ich sage einmal ein bisschen prosaisch verärgert, ein Lehrer ist ein Lehrer, ist ein Lehrer! Lehrer sollen den Unterricht gestalten. Für das Kabelziehen, darauf bitte ich den Bildungssenator für die Zukunft zu achten, muss anderes Personal bereitgestellt werden. Das kann nicht Aufgabe unserer Lehrkräfte an den Schulen sein.

Die Antwort des Senats sagt, Bremen ist bundesweit gesehen gut ausgestattet. Da ist in der Großen Anfrage eine Zahl zu finden, und man kann sehen, in Bremen gibt es ganz ordentlich viele Computer in den Schulen. Mit dem Ergebnis der Iglu-Untersuchung muss ich aber etwas Wasser in den Wein schütten. Das ist die Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung, die 2003 veröffentlicht worden ist, bei der Bremen nicht berauschend abgeschnitten hat und die zu dem Ergebnis kam, dass Bremen zwar viele Computer hat, aber sie nicht benutzt. Herr Bensch hat gesagt, das ist noch einmal als Aufforderung zu verstehen an den Bildungssenator, darauf zu achten, dass die Lehrkräfte fortgebildet werden, dass es an jeder Schule Verantwortliche gibt, sollte es noch keine geben, die für dieses Thema im Kollegium verantwortlich sind.

(D)

Die Forderung, die ich aus der Großen Anfrage der CDU ableiten würde, möchte ich kurz zusammenfassen! Ich finde, man muss über eine personelle Aufstockung dieses Schul-Support-Services nachdenken mit dem Ziel, dass nicht den Schulen künftig erst in fünf Tagen geholfen wird. Darin steht, die Schulen rufen an, und fünf Tage bekommen sie Zeit. Das ist für Berufsschulen eine Katastrophe. Wenn da die kaufmännischen Programme nicht laufen, oder man bildet junge Leute aus, die für Arbeiten oder ihren Job bestimmte Computerprogramme lernen sollen, und der Schul-Support-Service sagt, am Freitag kommen wir, dann hilft das den Schülern nicht weiter. Wir müssen dahin kommen, dass künftig innerhalb von 24 Stunden dann auch konkret Hilfe vor Ort geleistet wird.

Als ich früher zur Schule gegangen bin, traf man an den Schulen nicht nur Reinigungskräfte, sondern auch den berühmten technischen Assistenten. Eigent-

(A) lich kann man diese Große Anfrage auch als Aufhänger dafür benutzen, noch einmal darüber nachzudenken, dass die Schule ein guter Arbeitsplatz ist für Menschen, die in diesem technischen Bereich arbeiten. Viele Schulen haben auch Geld statt Stellen, und ich denke, Schulen müssen künftig verstärkt Menschen einstellen, die als technischer Assistent arbeiten. Früher waren das diejenigen, die sich auskannten mit dem Kopierer, dem Videorekorder, mit dem Fernseher, der Kamera. Da musste man hingehen, und man bekam auch nichts ohne diese Person ausgehändigt. Ich glaube, das sind auch wichtige Schlüsselpunkte, um die Qualität der technischen Anlagen an den Schulen hochzuhalten, dass die Computer dann auch funktionieren und nichts verloren geht.

Man sollte auch noch darüber nachdenken, dass im Augenblick jede Schule sich ihre eigenen PC anschafft oder bestellt. Man muss die Balance halten zwischen Autonomie der Schulen, aber auch einer sinnvollen zentralen Beschaffung. Ich bitte den Bildungssenator, darüber nachzudenken. Ich weiß, dass beim Finanzsenator über eine IT-Struktur für die bremische Verwaltung gerade nachgedacht wird und dass diese vorangetrieben wird. Ich glaube, dass man für die Schulen zentraler als bisher, auch mit gewissem Mitspracherecht, die Computer bestellen kann, aber dass man künftig auch Vereinbarungen trifft, dass die Computer fertig in die Schule kommen, vernetzt werden und mit Software ausgestattet werden, ohne dass die Schulen sich darum noch einmal kümmern müssen.

(B) Da kann man auch Vereinbarungen treffen über Software, die für alle Grundschulen gleich sein sollte, also von Antolin angefangen und über andere Rechen- und Schreibprogramme. Ich glaube, das wäre auch eine sinnvolle Maßnahme, um Geld und Zeit zu sparen und an dieser Stelle effizienter mit den Mitteln umzugehen.

Ich finde es gut, noch einmal darauf hinzuweisen – in der Anfrage wird auch darauf eingegangen –, die Schulen haben oft kaputte Computer geschenkt bekommen, oder es steht etwas verklausuliert, den Schulen wurden gebrauchte PC-Anlagen angeboten. Die hat man damals gern genommen, um auch die Ausstattung zu verbessern. Das Problem war, dass diese alten Computer nur mit großem Aufwand in die bestehenden Computer zu integrieren waren, dass da seitens der Lehrer viel Tüftlei gefragt war. Das ist für mich noch einmal ein Argument zu sagen, man sollte mit einheitlichen Computern an der Schule arbeiten, also mit gleicher Technik. Man sollte sich bemühen, dass die Computer auf dem neuesten Stand sind.

Das Problem, dem wir jetzt gegenüberstehen, ist auch, Herr Senator Lemke, dass die Computer, die wir 2001 angeschafft haben, jetzt schon der alten Generation angehören und wir uns dem Thema stellen müssen, wie wir die Schulen teilweise – Frau Hövelmann, das ist ein Thema – besser ausstatten können,

damit die Jugendlichen und auch die Lehrkräfte up to date sind. Das sind die Punkte, die ich an dieser Stelle sagen wollte, und ich freue mich jetzt noch einmal auf eine interessante Debatte. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kauertz.

Abg. Frau **Kauertz** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wer sich in diesem Saal noch an den Slogan erinnert, „Mehr Computer – Netze knüpfen“. Das war der Slogan 1999/2000. Unter diesem Motto hat die SPD-Fraktion zusammen mit Herrn Senator Lemke die Einführung der Informationstechnologie in den Schulen stark forciert. Zweifellos ist die IT an Schulen für den Unterricht, aber ebenso für die Verwaltung und für die Organisation der Schule von hoher Bedeutung und heute nicht mehr wegzudenken.

(Beifall bei der SPD)

Gleichzeitig ergibt sich aber daraus, dass die hier getätigten Investitionen sich nur rechtfertigen, und da stimme ich Herrn Bensch durchaus zu, wenn diese Technik sich auch jederzeit nutzen lässt, das heißt konkret, es ist eine angemessene technische Betreuung insbesondere der für unterrichtliche Zwecke eingesetzten Geräte unabdingbar.

Der Senat hat in seiner Antwort deutlich gemacht, dass IT-Support im Sinne von Unterstützung in einer ganzheitlichen Betrachtung zu verstehen ist und dabei folgende Bereiche umfasst: einmal den technischen Support, nämlich die Unterstützung der Schulen in der technischen Bereitstellung der Hard- und Software und der Netzstrukturen, in der Anwenderbetreuung, nämlich der Unterstützung der Anwenderinnen und Anwender bei kleineren Problemen vor Ort, der Bereitstellung von Inhalten, den technischen Support, nämlich die Unterstützung auf der Basis der Ausstattung mit dem vorhandenen oder zu erzeugenden Content Wissen vermitteln zu können. Dazu gehören Angebote der Fortbildung, Softwareberatung und Ähnliches, zum Beispiel mit der Unterstützung durch das IT-Team im LIS.

Die hier von der CDU-Fraktion gestellten Fragen bezogen sich im Wesentlichen auf einen Teilaspekt, nämlich auf die Frage der Unterstützung der Schulen in der technischen Betreuung der für unterrichtliche Zwecke eingesetzten Geräte. Dazu nimmt der Senat mit seiner Antwort im Wesentlichen auch Stellung.

Bei der Einführung der Informationstechnologien in den Unterricht war es zunächst noch so, dass die Schulen das jeweilige Nutzungskonzept im Rahmen

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) ihrer Möglichkeiten der IT-Planung selbst konzipierten und auch die Wartung der Geräte selbst übernahmen. Auch das ist eben schon ausführlich geschildert worden. Nicht unerwähnt bleiben soll aber dabei das besondere Engagement einzelner Lehrkräfte, das Engagement einzelner Eltern und darüber gewonnener Firmen, die zwar örtlich begrenzt, aber dennoch sehr bemerkenswert tatkräftige Hilfe leisteten. Ohne diese Unterstützung wäre so mancher Start weniger erfolgreich ausgefallen.

(Beifall bei der SPD)

Die Sicherung schulischer IT-Infrastruktur gehört zu den Schulleitungsaufgaben, und dementsprechend nutzen Schulen gegebenenfalls Freistellungsstunden aus dem Schulleitungskontingent. Der technische Support ist am Anfang weitgehend den Schulen überlassen worden. Der Zeitaufwand der Lehrkräfte beruht allerdings auf Schätzungen, weil nicht getrennt dargelegt wurde, wie hoch der Anteil der unterrichtsbezogenen Arbeiten im Verhältnis zum technischen Support ist. Wir gehen insgesamt von einem Volumen von 13 Vollzeitstellen hier in Bremen aus. Für Bremerhaven wird vom Senat darauf hingewiesen, dass der IT-Support durch drei Mitarbeiter der Stadtbildstelle gewährleistet ist, und eine Unterstützung für Service und Support erfolgt dort auch durch die technischen Angestellten in den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarbereiche I und II. Umgerechnet auf den IT-Anteil entspricht dies einem Volumen von weiteren drei Vollzeitstellen.

- (B) Wenn ich an die Ausführungen von Herrn Bensch denke, könnte man meinen, in Sachen technischer Support sei da noch nicht so richtig viel getan worden, aber wenigstens Frau Stahmann hat eben hervorgehoben, ab 2001 wurde dann der stadtbremische Verein Schul-Support-Service e. V., kurz S3, aufgebaut. Hierbei handele es sich um einen Verein, der die Schulen bei der technischen Betreuung der für unterrichtliche Zwecke eingesetzten Geräte doch tatkräftig unterstützte. Ich will es hier nicht mehr so langatmig vortragen, aber über S3 ist in Schulen doch ganz ordentlich Unterstützung geboten worden, wenngleich ich sage: Kritik gibt es dort berechtigt, denn es stimmt schon, dass eingehende Anfragen bei S3 in der Regel zwar in 24 Stunden beantwortet werden und wenn eine telefonische Lösung des Problems nicht möglich war, ein Vor-Ort-Termin innerhalb von fünf Schultagen vereinbart wurde, zweifellos führt das aber im schulischen Leben zu erheblichen Störungen. Wir wünschen uns alle, dass wir hier deutliche Verbesserungen zustande bringen.

(Beifall bei der SPD)

Die Analyse der Störungsmeldungen zeigt die Notwendigkeit einer stärkeren Trennung von technischer und pädagogischer Unterstützung, auch das haben wir hier eben schon ausführlich begründet bekom-

men. Deshalb möchte ich hier nicht den ganzen Teil meiner Rede vortragen, sondern beschränke mich da auch auf kleinere Teile. Die anwenderorientierte Seite der IT in Schule, die Unterstützung zum Einsatz im Unterricht, soll weiter und auch verstärkt Aufgabe der dafür fachlich qualifizierten Lehrkräfte bleiben, der sogenannten IT-Koordinatoren. Dazu gehört auch die Vermittlung von Möglichkeiten des Medieneinsatzes im pädagogischen Bereich, dazu gehören aber auch schulinterne Unterweisungen des Kollegiums im Umgang mit der vorhandenen Anwendersoftware und im Besonderen der erfolgreiche Einsatz von Unterrichtsmedien. Die hierfür erforderliche Stundenentlastung der Lehrkräfte müssen im Einzelnen die Schulen regeln.

Auch die Beseitigung kleinerer Störungen fällt in den Aufgabenbereich dieser IT-Koordinatoren, auf die wir auch in Zukunft nicht verzichten wollen. Für den engeren technischen Bereich müssen künftig andere Unterstützungsstrukturen aufgebaut werden, weil die Menge wie auch die inhaltlichen Anwendungen andere Anforderungen an die Lehrkräfte stellen. Für die rein technische Seite des Supports wird angestrebt, ein mit privaten Partnern organisiertes Betreibermodell zu realisieren, und ich denke, das ist zukunftsweisend und allein richtig.

Leider liegt uns aber der zum Ende Oktober erwartete Bericht des Instituts für Informationsmanagement Bremen zur Ausstattung der Bremer Schulen mit IT und deren Nutzung noch nicht vor. Von diesem Bericht werden weitere Erkenntnisse zur Nutzungsintensität erwartet, die eine bessere Einschätzung ermöglichen. Als konzeptioneller Ansatz für die Lösung des Supports wird im Rahmen des Kooperationsvertrags der Freien Hansestadt Bremen und der Deutschen Telekom AG mit deren Tochterunternehmen T-Systems das Projekt Service- und Betriebskonzept für die IT-Infrastruktur der Schulen der Stadtgemeinde Bremen aufgelegt. Dieses Projekt wird vom Institut für Informationsmanagement Bremen begleitet und wird im Herbst den Abschlussbericht für das Projekt vorlegen.

Dieser Bericht wird Grundlage für Entscheidungen über das künftige Betriebsmodell sein. Auch in diesem Zusammenhang ist leider festzustellen, dass eine Beantwortung dieser Großen Anfrage zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht wirklich zufriedenstellend erfolgen konnte, weil wesentliche Erkenntnisse eben erst im Herbst zur Verfügung stehen und Schlussfolgerungen beziehungsweise Entscheidungen davon wesentlich abhängen.

Unstrittig ist aber schon heute, dass für einen erfolgreichen Einsatz Neuer Medien an Schulen ein möglichst professioneller IT-Support notwendig ist. Unstrittig ist ebenso, dass es notwendig ist, die anfallenden Kosten durch ein technisch homogenes System mit einem möglichst hohen Grad an Standardisierung zu begrenzen. Außer der angestrebten und notwendigen Rückführung von Lehrerkapazitäten in

(C)

(D)

(A) den unterrichtlichen Kernbereich sind bisher Einsparungen an anderen Stellen nicht zu erkennen.

Wir kommen also nicht umhin festzustellen, dass für den zentral zu organisierenden IT-Support künftig deutlich mehr Ressourcen als bisher benötigt werden, weil wir hier über zusätzliche und ansteigende Aufgaben sprechen. Wer heute feststellt, dass für einen erfolgreichen Einsatz Neuer Medien an Schulen ein möglichst professioneller IT-Support wichtig ist und alles andere ökonomisch unsinnig sei, muss sich auch im Rahmen künftiger Haushaltsaufstellungen entsprechend verhalten und dazu beitragen, dass diesen Herausforderungen im Bildungsbereich entsprochen werden kann,

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: So ist es!)

ohne an anderen Stellen ebenso wichtige Felder zu vernachlässigen. Es kann nach Mitteilung des Senats gelingen, mit einer Zentralisierung der technischen Dienstleistungen in Verbindung mit einer Standardisierung der Technik den neu aufzubauenden beziehungsweise zu erweiternden zentralen Betrieb und den Support effektiv, effizient und finanzierbar zu gestalten. Ich hoffe, es wird uns gelingen, und ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

(B) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als Nächster erhält das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Redner haben die Problemlage sehr korrekt dargestellt, obwohl mir bei Herrn Bensch der Begriff des in der Garage stehenden Mercedes nicht ganz zutreffend erscheint, und zwar deswegen nicht, weil in der Tat die Anschaffung der Computer im Schwerpunkt in den Jahren 2001/2002 erfolgt ist.

Wenn Sie einmal mit Ihren Söhnen, Enkeln oder, nicht zu vergessen, natürlich auch den Töchtern sprechen, die interessieren sich auch sehr für den PC, dann werden Sie sehen, dass ein Gerät, das im Jahr 2001 angeschafft worden ist, nicht mehr den allerneuesten Stand der Technik vorweist. Das ist gerade bei Schülerinnen und Schülern, die nicht nur an Lernsoftware interessiert sind, sondern zum Missfallen der Mütter und Väter eher an Video- oder PC-Spielen interessiert sind, ein sehr wichtiges Argument, das alles ganz modern anzuschaffen. Das ist aber nicht der primäre Wunsch des Bildungssenators, und deshalb bekomme ich aus den Schulen auch immer wieder Rückmeldungen, dass man auch mit gebrauchten PCs, die wir häufig aus den Firmen zur Verfügung gestellt bekommen, gut mit den Programmen arbeiten kann, die wir dort zum Beispiel für Grundschularbeit laufen lassen. Sie sind nicht geeignet für die

modernen PC-Spiele, aber für eine Lernsoftware sind sie absolut ausreichend.

(C)

Ich habe das Gefühl, wir haben da einen Gebrauchtwagen in der Garage stehen, und der muss allerdings, da haben Sie völlig recht, laufen. Damit soll man nicht luxuriös auf die Fahrt gehen, aber man muss ihn bedienen, und ihn nutzen können. Insofern teile ich da Ihre Auffassung.

Ich möchte nur kurz zwei Felder skizzieren! Es reicht mir nach wie vor nicht aus, wie wir die PCs im Unterricht nutzen. Wir haben trotz der Haushaltsnot, die muss man auch berücksichtigen, eine sehr ordentliche Grundausstattung an PCs. Da liegen wir über dem Durchschnitt in Deutschland, und das ist, denke ich, zunächst einmal zufriedenstellend zur Kenntnis zu nehmen. Allerdings ist die Umsetzung, die Nutzung noch längst nicht so, wie ich mir das wünsche. Da gibt es noch viele Barrieren zu durchbrechen. Es gibt nach wie vor Lehrkräfte, die sagen: Ich begeben mich nicht mehr in dieses Medium. Das ist sehr bedauerlich.

Wir haben seit einigen Monaten eine Fortbildungsverpflichtung, und selbstverständlich werden wir als Politik oder wir als Behörde auch darauf achten, dass diese Angebote, die vorhanden sind, auch genutzt werden. Übrigens möchte ich zum positiven Aspekt sagen, dass in keinem Bundesland damals die Intel-Kurse, Sie erinnern sich, im Jahr 2003/2004 sind die gelaufen, so nachgefragt worden sind, wie das bei unseren Lehrerinnen und Lehrern in Bremerhaven und in Bremen der Fall war. Das muss man auch nur einmal zur Klarstellung sagen. Das war der Einführungskurs von Intel. Darüber hinaus gibt es unter anderem am LIS ein breit gefächertes Angebot für Lehrkräfte, die sich hier speziell einarbeiten können.

(D)

Wir müssen darauf achten, dass sie diese Angebote auch vermehrt annehmen. Allerdings haben wir auch dadurch ein klein wenig Hoffnung, dass wir in den letzten Jahren erheblich viel mehr junge Lehrkräfte eingestellt haben. Je jünger die Lehrkräfte sind, desto leichter fällt ihnen der Umgang mit diesen Medien. Von daher habe ich die ganz große Hoffnung, dass sich das dort in den nächsten Jahren auch aufgrund der Grunderneuerung des Personals verbessern wird. Man kann es schwer einem 62 oder 63 Jahre alten Lehrer klarmachen, dass er hier in den letzten Jahren dann auch noch einmal in einen Bereich eintauchen soll, den wir für dringend notwendig erachten.

Natürlich, Frau Busch, verlangen wir von den Lehrern, dass sie den Kindern ein lebenslanges Lernen beibringen. Ich finde es also auch gerechtfertigt, dass wir dies den Lehrkräften abverlangen. Die Praxis, nun bin ich schon etwas länger dabei, spricht aber in manchen Bereichen eine andere Sprache. Ich möchte hier dem Parlament nicht etwas vorgaukeln, was ich anschließend nicht umsetzen kann. Ich denke, das muss ich der Wahrheit halber hier einfach so vortragen.

Zu dem anderen Bereich des technischen Supports sage ich Ihnen, das, was wir erreicht haben, ist nicht

(A) besser als befriedigend bis ausreichend. Aber angesichts der dramatischen Haushaltslage sage ich: Wofür gebe ich denn den Euro jetzt aus? Gebe ich ihn aus, um zum Beispiel eine Förderstunde zu realisieren, zum Beispiel für die Ostercamps? Oder gebe ich ihn aus, um hier diese zurzeit nur 316 000 Euro auf das, was eigentlich notwendig ist, nämlich das Zehnfache, aufzustocken? Wir müssten ungefähr drei Millionen Euro für den technischen Support ausgeben, wenn wir die Lehrkräfte völlig befreien und das Ganze wesentlich professionalisieren wollten.

Dazu sage ich Ihnen, meine Damen und Herren, wenn ich so knapp bei Kasse bin, und das bin ich, dann muss ich Prioritäten setzen und sagen, wie wir ein schlaues Modell erreichen, das letztendlich doch noch zu befriedigenden und ausreichenden Leistungen führt. Wenn mir das Parlament, und das wird in nächster Zukunft nicht der Fall sein, das Geld dafür zur Verfügung stellt, dann nehme ich es mit Freuden, gebe es nach Bremerhaven und Bremen und freue mich dann, dass ich die Lehrkräfte entlasten kann.

Trotzdem sage ich Ihnen, vor Ort wird es immer Probleme geben. Da kann ich gar nicht anders, als auf die Hilfe von Lehrkräften zurückzugreifen, mitunter sind es auch schon Schüler der Mittel- und Oberstufe, die sich so gut am PC auskennen, dass im Zweifel, wenn es darum geht, ein technisches Problem zu lösen, der Schüler dem Lehrer dabei assistiert oder ihn unterstützt. Das wird, so ist meine Erfahrung, in den Schulen nicht kontraproduktiv gesehen, sondern ist mittlerweile ein normales Bild an den Schulen, und ich finde es völlig in Ordnung, dass es so ist.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einen wichtigen Punkt zu den Berufsschulen ansprechen! Es darf hier auf keinen Fall der Eindruck entstehen, dass unsere Berufsschulen hier fünf, sechs Tage auf den technischen Support warten müssen. Wir haben dort unsere qualifiziertesten Lehrkräfte, die in diesem Bereich so fit sind, wie wir das in kaum einem anderen schulischen Bereich erleben. Dort haben die Schulleiter in Rücksprache mit der Behörde und natürlich auch mit unserem Segen dafür Sorge getragen, dass es richtig verantwortliche Personen im Hause gibt, die nur für den technischen Support zuständig sind, und das ist eine Selbstverständlichkeit. Eine Berufsschule wie in Utbremen kann nicht zwei, drei, vier, fünf Tage warten, bis das Netz wieder funktioniert. Das ist durch ein Modell sichergestellt, dass diese Schulen, wo das zum täglichen Handwerkszeug gehört, total abgesichert sind. Darum haben sich die Schulleiter auch hervorragend gekümmert.

Das ist nicht das Thema, das uns hier heute befassen muss, sondern ich rede über die Grundschulen, über die Mittelschulen oder auch über die gymnasialen Oberstufen, die eben nicht über diese Fachkräfte an der Schule verfügen. Da bin ich sogar dankbar, dass

es die eine oder andere Hilfe gibt. Ich kenne eine Grundschule, da arbeitet eine Kollegin, deren Mann arbeitet genau in der Branche, und sie sehe ich dann ab und zu einmal am Wochenende in der Schule an den Computern. Ich freue mich von Herzen und bin überaus dankbar, dass es solche hilfreichen Menschen gibt, denn gäbe es sie nicht, dann hätten wir in der Tat ein viel größeres Problem.

(C)

Ich habe nicht die Möglichkeit zu sagen, geht zu professionellen Firmen. Sie sollten sich einmal die Stundensätze dieser Firmen anschauen! Sie lagen vor Jahren, als ich noch einen anderen Beruf hatte, bei 250 DM für eine Stunde plus An- und Abfahrt. Wenn ich das in den Schulen so organisieren würde, wie ich es früher in meinem vorherigen Beruf organisiert habe, würde ich mit 3,2 Millionen Euro ganz sicher nicht auskommen, sondern das wäre noch ein wesentlich höherer Betrag.

Deshalb, denke ich, ist es auch ein Akt des gemeinsamen Handelns zu sagen, wir haben Probleme in der Schule, und diese Probleme wollen wir auch innerhalb der Schule lösen. Ich kann Ihnen nur sagen, am Anfang, in den Jahren 2000, 2001, 2002, hatten wir noch erhebliche Probleme in dem technischen Support. Mittlerweile haben wir eine gute Abgestimmtheit bei kleinen Fragen an den Schulen, da gibt es entsprechende Hinweise für die Lehrkräfte. Sie können sich selbst behelfen, und wenn sie das Problem nicht selbst lösen, gibt es die Problemfindung über das S3-Team, über das ich nur Gutes höre, und das haben Sie auch aus der Vorlage entnommen. Sie stellen weiterhin Hilfskräfte ein, die sich hier als Studenten auch wunderbar auf ihren eigenen Job vorbereiten können. Als Wissenschaftssenator sehe ich das ausgesprochen positiv.

(D)

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich denke, Sie haben recht, wenn Sie den Finger in die Wunde gelegt haben. Wir könnten deutlich besser sein, Herr Bensch, da teile ich Ihre Auffassung. Dafür bräuchte ich das entsprechende Geld. Das haben wir nicht, also müssen wir kreativ und effizient sein. Da erwarte ich jetzt demnächst vom eben erwähnten Herrn Dr. Breiter vom Institut für Informationsmanagement das Konzept, das ich der Deputation in vier bis sechs Wochen vorlegen werde. Dann werden wir versuchen, die schlaun Ideen möglichst kostengünstig umzusetzen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/1096, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

(A) **Neue Möglichkeiten der Substitution zur Verringerung der Beschaffungskriminalität nutzen**

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 19. Juni 2006
(Drucksache 16/1054)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Juli 2006

(Drucksache 16/1078)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke, ihr beigeordnet Frau Staatsrätin Dr. Weihrauch.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort, Drucksache 16/1078, auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Frau Senatorin Röpke, dass Sie die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD nicht mündlich wiederholen möchten.

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen. – Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Grotheer.

(B) Abg. **Grotheer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unsere Große Anfrage trägt die Überschrift „Neue Möglichkeiten der Substitution zur Verringerung der Beschaffungskriminalität nutzen“, und dieses Thema hat in den vergangenen Wochen und Monaten auf Bundesebene in Berlin und zum Beispiel in Hamburg und in Hannover auf der Landesebene eine heftige Debatte entfacht.

Wir wollen mit unserer Anfrage deutlich machen, dass wirklich alle Möglichkeiten genutzt werden müssen, um der Beschaffungskriminalität noch besser als bisher entgegenzuwirken. Es geht also nicht darum, was vielleicht manch einer uns entgegenhalten möchte, dass wir nachsichtig oder mit Milde gegenüber den drogenabhängigen Straftätern reagieren wollen. Es geht darum, dass wir die Bürger besser vor Beschaffungskriminalität schützen wollen, die massenhaft die Polizei, die Staatsanwaltschaft, die Gerichte, den Strafvollzug beschäftigt. Meistens sind es Delikte wie Diebstahl von Autoradios, Fahrrädern, Handtaschen und anderen Dingen in diesem Bereich. Jeder, der als Bürger davon betroffen ist, würde sich wünschen, dass wir hier effektive Maßnahmen ergreifen können.

Es gibt Modellversuche im europäischen Ausland, etwa in der Schweiz, die ergeben haben, dass die heroingestützte Behandlung von Opiatabhängigen erheblich bessere Ergebnisse bringt, und zwar sowohl den Beigebrauch von illegalen Drogen als auch die

gesundheitliche Situation betreffend, als die Behandlung mit Methadon, wie sie bekanntermaßen auch bei uns in Bremen stattfindet.

Es ist ein bundesweiter Modellversuch durchgeführt worden, der die Ergebnisse, die aus dem Ausland kommen, bestätigt hat. An diesem Modellversuch haben insgesamt sieben Städten etwas über 1000 Schwerstabhängige teilgenommen. Die Behandlung war und ist auf schwerkranke Opiatabhängige beschränkt, die mindestens 18 Jahre alt sind, seit mindestens drei Jahren drogenabhängig sind und schon an mindestens zwei anderen Therapien erfolglos teilgenommen haben.

Wir lesen in der Antwort des Senats, dass in Bremen – die Zahl ist, finde ich, einigermaßen erschreckend – etwa 200 Personen für eine solche Behandlung in Betracht kämen, also Personen, auf die diese Kriterien, die relativ streng sind, zutreffen. Wenn wir dann einen Blick in die kriminalpolizeiliche Statistik werfen, erfahren wir, dass sieben Prozent aller Tatverdächtigen Konsumenten harter Drogen sind, das sind etwa 1350 Personen, und dass dieser Kreis etwa 20 Prozent aller Straftaten begeht. Das heißt über den Daumen gerechnet, ein drogenabhängiger Straftäter begeht etwa dreimal so viele Taten wie einer, der nicht abhängig ist. Insgesamt sind es 8300 Straftaten, die auf das Konto dieser Gruppe gehen.

Wir wissen auch, dass allein in der Stadt Bremen – die Zahlen für Bremerhaven kennen wir nicht – in der zentralen Anlaufstelle in der Innenstadt 80 bis 130 drogenabhängige Menschen täglich die Beratungsstellen aufsuchen, um sich behandeln zu lassen, um sich beraten zu lassen, um Spritzen zu tauschen und um dort andere Dinge zu erledigen.

Wenn man diese Zahlen zur Kenntnis nimmt, dann erkennt man: Hier liegt ein gewaltiges gesellschaftliches Problem vor, das wir bislang offenbar nicht richtig zureichend in den Griff bekommen. Deshalb sagen wir, es müssen neue Wege untersucht werden, und wenn es denn Sinn macht, müssen wir auch bereit sein, diese neuen Wege zu gehen.

Wir sind daher damit einverstanden, wenn der Senat uns mitteilt, dass die weiteren Ergebnisse auf Bundesebene noch abgewartet werden sollen. Das, was als Bericht vorliegt, ist ein erster Teilbereich über den ersten Abschnitt dieser Behandlungen. Es wird auf Bundesebene noch über die Frage verhandelt, wer am Ende die Kosten für diese Behandlungen zu tragen hat. Dies alles liegt also noch vor uns, und wir sind froh darüber, obwohl das noch kein endgültiges Ergebnis ist, dass der Senat hier jedenfalls diesen Weg eröffnet, dass wir in dieser Frage weiterkommen können.

Spannend ist für mich die politische Einordnung dieses Themas. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Frau Bätzing, hat darauf verwiesen, dass bei der Vergleichsgruppe der Gesundheitszustand besser und der illegale Beikonsum geringer sei. Sie

(C)

(D)

(A) spricht auch davon, dass die Beschaffungskriminalität, was auch nahe liegt, in diesem Kreis geringer sei. Die CDU-Gesundheitspolitikerin Wittmann-Mauz hat dagegen erklärt, die CDU bleibe bei der ausstiegsorientierten Drogenpolitik, auf Bundesebene will also die CDU von diesem Weg nichts wissen.

Wenn man allerdings genauer hinschaut, dann stellt man fest, dass parteiübergreifend in vielen Großstädten wie in Bonn, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Köln und München die Kommunalparlamente sich dafür eingesetzt haben, dass eine Ausweitung dieses Modells stattfinden soll. Das ist nicht beschränkt auf die SPD-Fraktionen, sondern dort sind die CDU-Politiker ebenso wie die Grünen dafür, dass man vernünftige Wege weiter beschreitet. In Niedersachsen haben sich FDP und CDU für eine Fortführung der heroingestützten Behandlung ausgesprochen, sind aber gegen eine Kostenübernahme dieser Maßnahmen durch die Krankenkassen.

Wenn man schaut, sieht man: Da sind die Dinge einigermaßen in Bewegung geraten. Wir finden das gut, und wir wollen als Bremer, so sagen wir, die Erfahrungen aus den anderen Kommunen nutzen. Wir wollen darauf achten, dass die Kosten für dieses Projekt, wenn wir das dann in Bremen übernehmen können, sich in einem vernünftigen Rahmen halten. Ich wäre sehr froh, wenn ich heute hier im Rahmen dieser Debatte auch von unserem Koalitionspartner dazu vielleicht eine vorsichtige Zustimmung bekommen könnte. Ich bin gespannt, wie diese Frage dort beantwortet wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Große Anfrage der SPD-Fraktion hat die Überschrift „Neue Möglichkeiten der Substitution zur Verringerung der Beschaffungskriminalität nutzen“. Diese Überschrift impliziert bei vielen Menschen, dass es jetzt generell für alle abhängigen Menschen eine neue Möglichkeit der Substitution geben soll. Das ist hier nicht der Fall, das möchte ich einmal deutlich sagen. Es geht hier nur um die Möglichkeit, für schwerstabhängige Menschen eine heroingestützte Behandlung zu ermöglichen. Im Vordergrund für alle diese Überlegungen dazu und auch für dieses Modellprojekt zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger stand in erster Linie nicht die Verringerung der Beschaffungskriminalität, sondern den oft desolaten Gesundheitszustand und auch den psychischen Zustand dieser Menschen zu verbessern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Natürlich sollte auch damit der Kreislauf der Beschaffungskriminalität durchbrochen und bei vielen

Frauen auch die Beschaffungsprostitution verhindert werden. Mir ist es noch einmal wichtig zu sagen und auch deutlich zu machen, dass es sich hier um kranke Menschen handelt, die seit vielen Jahren Heroin und oftmals zusätzlich Kokain konsumieren und von einer Methadonbehandlung nicht profitieren oder die vom therapeutischen System nicht erreicht wurden. Das waren die Gründe für ein bundesweites Modellprojekt zur heroingestützten Behandlung opiatabhängiger Menschen, das im Februar 2002 begonnen hat. Herr Grotheer hat schon darauf hingewiesen, sieben deutsche Großstädte haben daran teilgenommen.

Dieses Modellprojekt ist Mitte des Jahres ausgefallen, doch die am Projekt beteiligten Städte haben sich darauf geeinigt, dies bis zum Dezember 2006 fortzuführen und auch zu finanzieren. Eine Verlängerung über diesen Zeitpunkt hinaus und unter Einbeziehung neuer Patientinnen und Patienten ist ohne die Änderung bestehender Gesetze nicht möglich. Auch die weitere Finanzierung muss bis Ende 2006 geklärt werden.

Erste Ergebnisse dieses Modellprojekts liegen vor und sind auch schon bewertet worden. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass eine Heroinbehandlung deutlich zu einer gesundheitlichen und sozialen Stabilisierung Schwerstabhängiger führt. Die Patientinnen und Patienten konnten aus dem illegalen Kontext der Drogenszene herausgelöst werden. Geld zu beschaffen und Stoff zu besorgen gehört für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht mehr zu ihrem Tagesplan. Auch die teilnehmenden Frauen waren dadurch nicht mehr dem Zwang unterlegen, der Prostitution nachgehen zu müssen. Das ist für mich auch aus frauenpolitischer Sicht ein besonders gutes Ergebnis.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch die Kriminalitätsrate ist gesunken, was sich auch für die weitere Lebensplanung dieser Menschen positiv auswirkt. Diese Erkenntnisse sind eigentlich nicht wirklich überraschend gewesen, mein Kollege Grotheer hat schon darauf hingewiesen, Studien aus der Schweiz und den Niederlanden haben das Gleiche gezeigt. Ich möchte deshalb noch einmal deutlich machen, dass es sich hier wirklich nur um eine kleine Gruppe von Schwerstabhängigen handelt, die Heroin bekommen soll und dass nach schweren Kriterien geprüft wird. Diese Heroinbehandlung ist als Ergänzung zum bisherigen Drogenhilfesystem von Abstinenztherapie und Substitutionsbehandlung mit Methadon und anderen Substitutionspräparaten zu verstehen, als Ergänzung für diese kleine Gruppe, meine Damen und Herren! Das ist die Ultima Ratio für diese kleine Gruppe, und ich denke, dass die Ergebnisse auch gezeigt haben, dass man diesen Weg gehen kann.

Was müssen wir hier heute entscheiden? Wir müssen hier heute nicht entscheiden, ob wir dieses Angebot auch hier in Bremen wollen. Wir müssen hier

(A) deutlich sagen, soll es dieses Angebot geben und sollen die gesetzlichen Voraussetzungen dafür auf Bundesebene geschaffen werden. Wir Grünen sagen ganz deutlich: Wir möchten, dass diese gesetzlichen Regelungen auf Bundesebene geschaffen werden, und ob wir diese Möglichkeit dann auch hier in Bremen nutzen, müssen wir dann im Gesamtkontext unserer Drogenpolitik hier beurteilen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie ich schon am Anfang ausgeführt habe, läuft das Projekt Ende des Jahres aus, und deshalb müssen diese Entscheidungen bald getroffen werden. Der Bundesrat muss auch darüber entscheiden, und deshalb fordern wir hier den Senat auf, sich im Bundesrat dafür auszusprechen, dass die Möglichkeit eröffnet wird, dass diese Menschen diese Heroinbehandlung bekommen können. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Worum geht es? Hilft Heroin als Arzneimittel schwerstkranken therapieresistenten Drogenabhängigen besser als Methadon? Wird der Gesundheitszustand der Patienten verbessert, sind sie besser integrierbar, begehen sie weniger Straftaten? Zwischenergebnis der Studie: Uneinigkeit, wir haben es bereits gehört, man kann es noch nicht ganz genau bewerten.

(B) Ein Modell, meine Damen und Herren, in dem die Patienten so engmaschig betreut werden, wie man es sich wünscht! Psychosozial eng begleitet, eben ein Modell! Können wir das im praktischen Alltag überhaupt umsetzen, egal, mit Heroin oder Methadon? Ich sage: Nein! Ist die bahnbrechende Innovation für unsere Drogenpolitik nun eigentlich die Erkenntnis über die Wirksamkeit eines Medikaments? Meines Erachtens nein! Ich glaube, die Erwartungen, die wir realistischerweise mit dem Heroinversuch verknüpfen können, sind deutlich weniger spektakulär, als dies von den Medien suggeriert wird.

Viele Jahre Drogenhilfe haben uns doch bescheiden werden lassen, wenn es um die Ergebnisse neuer Projekte ging, und uns ist natürlich hoffentlich klar, dass wir einen Problemdruck haben, die Dimension in den Großstädten ist unübersehbar. Aber wird durch dieses Modellprojekt eine neue Chance eröffnet, eine Wende in der Drogenpolitik herbeizuführen? Wir müssen feststellen, dass die Qualität der Methadonsubstitution in ihrer praktischen Durchführung an verschiedenen Stellen ein Mangelhaft verdient. Der Grund liegt nicht in den Grenzen der Behandlungsmethode, und zwar betreffen die Mängel die fehlende konsequente und kontinuierliche psychosoziale Be-

gleitung, die fehlende Einbettung der medizinischen Behandlung in einen sozio- und suchttherapeutischen Behandlungsplan, es fehlen flankierende soziale Maßnahmen, es fehlt nicht zuletzt an personellen Kapazitäten.

(C)

Ein engmaschig aufgebautes Modellprojekt liefert natürlich andere Ergebnisse als die Realität im Alltag, ob mit Heroin oder Methadon. Modelle gehen häufig an der Realität vorbei, und ich bin der Überzeugung, dass sich das so im Alltag gar nicht umsetzen lässt. Ich meine, dass der Beweis möglicherweise noch nicht erbracht ist, dass das Medikament Methadon sich nicht bewährt hat, auch nicht für die stabil Therapieresistenten. Wir haben ja keine Möglichkeit, unter optimalen Bedingungen Methadonprogramme durchzuführen. Selbst wenn Heroin zugelassen würde, stünden wir vor genau demselben Problem und möglicherweise noch vor einigen mehr.

Unter Beibehaltung derselben Rahmenbedingungen ändert sich leider nichts. Es bleibt am Ende leider Fakt, die Betreuungskonzepte müssen verbessert werden, egal, unter welchem Medikament. Hinzu kommt, dass der Ansatz einer Herointherapie doch ein ganz anderer ist: Mit der Verabreichung von Heroin ist ausdrücklich akzeptiert, dass die Patienten eine Rauschwirkung anstreben und auch erzielen. Insofern, das muss man doch heute schon feststellen, geht es nicht allein um die Eignung eines neuen Medikamentes, sondern auch um einen fundamental anderen Zugang zur Behandlung von Suchtfolgen, das heißt Aufbau eines Parallelkonzepts, man kann eigentlich nicht einfach nur Heroin gegen Methadon austauschen. Wenn ein Patient auf Heroin eingestellt ist und damit besser leben kann als mit Methadon, warum sollte er sich eigentlich noch zum Ausstieg motivieren lassen?

(D)

Für mich ergibt sich die Frage: Handelt es sich bei dem Arzneimittelheroin eigentlich um eine wirkliche Innovation oder, wie an anderer Stelle häufig beschrieben, um eine Scheininnovation? Sind die Ergebnisse wirklich so valide, dass wir am Ende mit einer Verbesserung in der Drogenhilfe rechnen können? Sie verknüpfen hier die Fragen mit einem möglichen Rückgang der Beschaffungskriminalität. Geht die Beschaffungskriminalität zurück, wenn man Heroin für einen kleinen Teil der therapieresistenten schwerstkranken Drogenabhängigen verabreicht – kommt natürlich auf die Anzahl der Schwerstkranken im Land an! –, und handelt es sich um eine nennenswerte Gruppe? Natürlich geht dann, ist die Antwort, ganz klar auch die Beschaffungskriminalität zurück. Das ist klar, wenn es Heroin auf Rezept gibt, ganz umsonst, dann geht natürlich auch die Beschaffungskriminalität zurück.

Die Fragen sind doch: Wer bekommt Zugang zum Heroin? Wer ist schwerstkrank? Ich finde, eine ganz zentrale Frage ist überhaupt nicht beantwortet: Wie lange bekommt er das Heroin dann verabreicht? Bekommt er es nur zeitlich begrenzt, und was ist dann

(A) danach? Ab wann gilt er als integriert? Eines ist doch klar, man wird Heroin vermutlich nicht ein Leben lang verabreichen. Wenn es sich hier aber nur um einen gewissen Zeitraum handelt, um ein Zeitfenster, geht er dann wieder zurück in seine Szene, beziehen sich die Erwartungen, die wir hier diskutieren, eigentlich nur auf ein kleines Zeitfenster, oder ist nach einem halben Jahr Schluss? Wann ist die Integration abgeschlossen?

Mir erschließt sich übrigens nicht, wann man schwerstkrank ist und therapieresistent. Ab wann gehört man zu dem Kreis, der Heroin bekommen darf? Welche Kriterien gelten denn überhaupt, kann es dazu führen, wenn man zwei Therapien abbricht, dass man Heroin auf Rezept erhält? Kann man dann gezielt darauf hinarbeiten, in ein Heroinprogramm zu kommen? Das sind für mich zentrale Fragen, die noch nicht gelöst sind.

Ich wiederhole es: Liegt es an der Wirksamkeit eines Stoffes, eines Arzneimittels, warum unsere Drogenhilfe nicht zum gewünschten Effekt führt? Die Begehrlichkeiten, meine Damen und Herren, bleiben bestehen, sie werden eine Dynamik in eine andere Richtung bekommen, das ist klar. Ein Patient wird immer anstreben, wie komme ich in dieses Projekt.

Die CDU, ich schließe ab, hält konsequent an dem Ziel eines suchtfreien Lebens fest. Wir müssen der Sorglosigkeit im Umgang mit Drogen mit allen Mitteln entgegenwirken. Unerlässlich und unverzichtbar ist die Stärkung vorbeugender Maßnahmen. Wir müssen in erster Linie junge Menschen vor dem Drogenkonsum und der Abhängigkeit bewahren. Ich tendiere natürlich zu einer vorsichtigen Bewertung des Modellprojektes, ich denke, wir werden noch an verschiedenen Stellen Gelegenheit haben, darüber zu diskutieren. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Grotheer.

Abg. **Grotheer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für die konstruktiven Beiträge meiner Mitdiskutantinnen, aber ich muss auch sagen, wir sind dazu da, hier die Probleme zu diskutieren. Wir sind nicht dazu berufen, neue Probleme herbeizudiskutieren, sondern wir haben den Auftrag, Lösungen herbeizuführen.

Wir sind natürlich wie Sie, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, nicht dafür, dass Leute drogenabhängig sind. Wir sind für ein suchtfreies Leben, aber wir sind als Sozialdemokraten auch Realisten, und die Zahl der Drogenabhängigen habe ich vorhin genannt. Es gibt in Bremen, wie ich finde, einen unglaublich großen Personenkreis, der schwer drogenabhängig ist, wozu wir sagen müssen: Es ist mit den Mitteln, die uns bisher zur Verfügung stehen, ja offenbar nicht gelungen, nachhaltig darauf Einfluss zu nehmen, dass ihr Ge-

sundheitszustand besser wird, der in einem erheblichen Maße auch das öffentliche Gesundheitssystem belastet, und darauf, dass sie in einem erheblichen Maße Straftaten begehen, was das gesamte Sicherheitssystem belastet. Sprechen Sie einmal mit Leuten, die Opfer von Beschaffungskriminalität geworden sind! Sie wären dankbar dafür, dass wir wenn auch nur kleine Schritte tun, um hier die Situation zu verbessern.

Wir haben uns in Bremen, aber auch anderweitig erkundigt. Frau Röpke wird es mir nachsehen, dass wir nicht nur beim Senat nachgefragt haben! Es gibt insgesamt etwa 1300 Substituierte in Bremen und davon etwa 60 bis 70 Prozent, die illegal noch andere Drogen gebrauchen, also illegale Drogen nehmen, weil ihnen das Methadon nicht den Kick gibt, den sie brauchen. Die Zahlen stammen nicht von mir, sondern das haben wir nachgefragt. Das ist aber genau der Kreis von Personen, der weiterhin dafür in Frage kommt, ich will sie nicht alle verdächtigen, das wäre falsch, bei dem die Gefahr besteht, weiterhin Beschaffungskriminalität zu begehen, also von der Drogenprostitution bis hin zu den Straftaten, die ich vorhin genannt habe. Das wollen wir gern ändern, soweit wir dazu gesetzlich und finanziell in der Lage sind. In diesem Sinne wollen wir mit Augenmaß schauen, ob wir dann, wenn der Bund die gesetzlichen Regelungen ändert, uns an einem solchen Vorhaben beteiligen können.

Um zu illustrieren, dass wir nicht jenseits aller Realität reden, darf ich mit Erlaubnis des Präsidenten aus der Antwort der niedersächsischen Landesregierung auf eine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen zitieren. Ich glaube, dass die niedersächsische Regierung in dieser Frage völlig unverdächtig ist. Das sind ja keine Radikalinskis, sondern Leute, die ganz vernünftig argumentieren. Die Regierung argumentiert:

„Die Auswertung der Daten aus der Studie, erste Studienphase, hat eine statistisch signifikante Überlegenheit der Behandlung mit dem Originalstoff gegenüber der Methadonbehandlung in beiden Hauptzielkriterien, nämlich ‚Verbesserung Gesundheitszustand‘, ‚Rückgang illegaler Drogenkonsum‘ ergeben. Eine Verbesserung sowohl des gesundheitlichen Zustands als auch ein Rückgang des illegalen Drogenkonsums wird in der Diamorphingruppe bei zirka 57 Prozent und in der Methadongruppe bei zirka 45 Prozent der Probanden festgestellt.“ Weiter: „Zusammenfassend kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass mit der Diamorphinbehandlung mehr Opiatabhängige therapeutisch erreicht und zudem perspektivisch auch in andere Behandlungsformen überführt werden können. Die Diamorphinpatienten lösen sich besser als die Methadonpatienten von der Drogenszene, und ihr kriminelles Handeln nimmt stärker ab.“

Schließlich sagt die niedersächsische Landesregierung: „Die auf Bundesebene zu treffende Entscheidung, ob eine Regelversorgung mit Heroin für die-

(C)

(D)

(A) sen eng begrenzten“, das möchte ich betonen, „Personenkreis bei einer strengen Indikationsstellung innerhalb des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung einzuführen ist, wird das Land konstruktiv begleiten.“

Ich finde, das ist in Ordnung. „Konstruktiv begleiten“ heißt, es sind noch Fragen offen, und man geht den Dingen ordentlich nach.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage an dieser Stelle: Was für Niedersachsen gut ist, das kann für Bremen nicht schlecht sein. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Antwort des Senats auf die Große Anfrage zeigt einmal mehr die katastrophale Unfähigkeit dieser rot-schwarzen Landesregierung. In der wirksamen Bekämpfung der Suchtgefahren haben Sie schon jahrzehntelang deutlich versagt. Dieses Versagen hat dazu geführt, dass die Beschaffungskriminalität in Form von Straftaten wie zum Beispiel Raub, Diebstahl, Betrug und Fälschung durch Drogensüchtige erschreckend hoch ist. Im Bundesland Bremen sind Delikte wie zum Beispiel Kaufhausdiebstahl, Autoaufbrüche, Wohnungseinbrüche, Prostitution und so weiter praktisch an der Tagesordnung. Die polizeiliche Kriminalstatistik spricht diesbezüglich eine klare, eindeutige Sprache.

(B) Dass die Beschaffungskriminalität Schwerstabhängiger die Polizei, die ohnehin schon unter unverantwortlichem Personalmangel zu leiden hat, zusätzlich belastet und Justiz und Strafvollzug vielfach überfordert sind, dürfte sogar Ihnen, meine Damen und Herren, klar sein. Dass durch Drogensüchtige unsere Bürgerinnen und Bürger zusätzlich ausufernden Gefahren ausgesetzt sind, brauche ich Ihnen ja auch nicht extra zu erklären. Das können selbst Sie nicht verleugnen.

In der Großen Anfrage wird auf das bundesweite Modellprojekt Bezug genommen, an dem 1000 Heroinabhängige in sieben Städten teilgenommen haben. Es heißt, dieses Projekt sei vor einiger Zeit erfolgreich abgeschlossen worden. Das ist es meines Erachtens nicht. Betont wird: „Innerhalb eines Jahres besserte sich der Gesundheitszustand der Abhängigen deutlich, und ihr illegaler Drogenkonsum nahm ab.“ Weiter heißt es: „Die Ergebnisse dieser Substitution mit Heroin waren deutlich besser als die Substitution mit Methadon.“

Meine Damen und Herren, zu der von der Drogenbeauftragten der Bundesregierung propagierten Ver-

abreichung von Heroin an Rauschgiftabhängige, natürlich auf Kosten des Steuerzahlers, ganz klar, gibt der Senat in seiner Antwort natürlich keine Bewertung ab. Dass aber ganz andere Möglichkeiten zur Bekämpfung des Suchtproblems und damit der Beschaffungskriminalität in Betracht kommen könnten, wird gar nicht erst in Erwägung gezogen. So heißt es zum Beispiel, dass im Strafrecht keine Änderungen notwendig seien. Das heißt also für mich: Es kann genauso weitergehen wie bisher.

(C)

Allein diese erschreckende Aussage zeigt mir klar und deutlich, dass diese Große Koalition nun wirklich am Ende und in jeder Hinsicht nicht mehr politisch handlungsfähig ist. Dabei ist es eine traurige Tatsache, dass immer mehr junge Menschen durch Drogen auf die schiefe Bahn geraten. Es kann doch auch nicht in Frage gestellt werden, dass die grassierende Beschaffungskriminalität durch Diebstähle, Einbrüche, Prostitution und so weiter die gesamte Gesellschaft unverantwortlich hoch kriminell belastet. Das kann doch auch von Ihnen nicht abgestritten oder beschönigt werden!

Fest steht auch, dass das schwere Leid der Süchtigen und ihrer Angehörigen kaum materiell behoben werden kann. Hierzu muss auch deutlich gesagt werden, dass die Verharmlosung des Drogenkonsums, besonders durch Politiker, unverantwortlich ist. Zum Beispiel hat die Abgeordnete der Linkspartei PDS im Sächsischen Landtag, Julia Bock, die selbst bekennende Drogenkonsumentin ist, den Konsum von Rauschgift als etwas ganz Normales hingestellt. Ihre linken Ansichten gipfelten dann in dem Satz: Schöner leben mit Drogen! Meine Damen und Herren, das ist unverantwortlich!

(D)

Immer mehr Deutsche gehen elendig und qualvoll an Rauschgift zugrunde, mit steigender Tendenz. In Bezug auf Bremen wird mitgeteilt: In den vergangenen fünf Jahren lag der Anteil der festgestellten Konsumenten harter Drogen bei zirka sieben Prozent. Das sind sage und schreibe 1530 tatverdächtige Konsumenten harter Drogen pro Jahr, Tendenz, wie gesagt, weiterhin steigend. Weiter ist zu erfahren: Gleichzeitig wurden von diesem Personenkreis zirka 20 Prozent, das sind zirka 8300 Delikte, aller aufgeklärten Straftaten begangen, wohlgemerkt aller aufgeklärten Straftaten. Die Dunkelziffer der unaufgeklärten Straftaten dürfte weitaus höher liegen. Ich frage Sie allen Ernstes: Müssen erst unzählige Töchter von etablierten Politikern auf dem Babystrich landen, bevor endlich etwas Effektives gegen die ausufernde Rauschgiftkriminalität unternommen wird?

Meine Damen und Herren, nach Auffassung der Deutschen Volkunion muss bereits das Empfehlen von Drogen, egal ob Heroin, Kokain und so weiter, durch Prominente – siehe Friedmann und andere Drogenabhängige oder ehemalige Drogenabhängige – und die Massenmedien unter Strafe gestellt werden. Darum fordert die Deutsche Volkunion die verstärkte Aus- und Fortbildung von Ärzten, Lehrern, Sozial-

(A) arbeitsern, Krankenkassen, Polizeibeamten und Justizvollzugsbeamten für die Drogenbekämpfung sowie umsetzbare, praxisgerecht Konzepte für eine effektive Zusammenarbeit mit den Behörden. Vor allem aber im Rahmen der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität und der damit verbundenen Beschaffungskriminalität fordert die DVU ein viel härteres, konsequenteres Vorgehen gegen die in der Mehrzahl ausländischen Drogendealer.

(Glocke)

Bitte, Herr Präsident?

Präsident Weber: Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Abgeordneter Tittmann!

Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur noch ganz kurz eine Einlassung zu Herrn Grotheer, auf das andere gehe ich jetzt hier nicht ein!

Einmal zum Beikonsum! Wir hätten das Problem des Beikonsums und dieser sogenannten Polytoxikomanie natürlich nicht, wenn sich jeder auch in dem Behandlungsplan an die Kriterien halten würde, denn das ist schlicht nicht erlaubt. Das ist einfach so festgelegt.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Dass die Realität eine andere Sprache spricht, wissen wir alle. Dass das immer wieder toleriert wird, liegt, wie ich ausgeführt habe, natürlich an der mangelhaften Begleitung. An sich sehen die ärztlichen Leitlinien das genauso vor.

Dann möchte ich noch kurz sagen: Es geht hier natürlich um chronisch kranke Patienten, denen geholfen werden muss, und zwar optimal. Das ist auch unsere Einstellung, aber ich verlange einfach auch eine bahnbrechende Innovation, und zwar in der Drogenhilfe insgesamt. Da ist die Frage für mich schon: Ist das eine wirkliche Innovation, ein Medikament auszutauschen? Das bleibt zu klären. Ich glaube, in diesem Modellversuch ist nicht schlüssig bis zum Ende jede Frage geklärt, denn wenn wir hier nur von einem Zeitfenster sprechen, in dem die Behandlung möglich ist, dann stehen wir am Ende des Zeitfensters wieder vor demselben Problem. Deshalb habe ich dort erst einmal nicht viel gewonnen. Sie werden mir persönlich sicherlich glauben, dass ich einer Innovation, was Arzneimittelforschung anbelangt, bestimmt nicht entgegenstehe.

Als Letztes möchte ich noch sagen: Natürlich sind auch wir im Übrigen für eine bundeseinheitliche Regelung, ganz klar! Es kann nicht sein, dass an der Grenze von Bremen zu Niedersachsen möglicher-

weise andere Kriterien für den Zugang zu einem Heroinmodell liegen könnten. Um allein schon diesem Pilgerwahn vorzubeugen, setzen wir auch auf eine bundeseinheitliche Regelung. – Vielen Dank!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe es vorhin schon erwähnt, dass in der Mehrzahl diese Drogenhändler ausländischer Herkunft sind. Das sind oftmals auch Asylbetrüger, die Leben und Gesundheit vieler junger Menschen rücksichtslos ruinieren. Darum ist es ein Gebot der Stunde, dass die Drogenprävention in allen öffentlichen Institutionen deutlich verstärkt werden muss. Das heißt auch, dass zum Beispiel Betriebe, die nichts gegen den sogenannten Partydrogenhandel effektiv und spürbar unternehmen, dadurch ihre Konzession verlieren müssen. Dass bekannte Kontakt- und Verkaufstreffs in bestimmten Stadtteilen durch massive Polizeipräsenz vehement zerschlagen werden müssen, dürfte auch klar sein. Verstärkte Razzien in den Rauschgiftszenen bieten zudem gute Voraussetzungen zur Verringerung der Beschaffungskriminalität. Ebenso sind verstärkte Kontrollen auf dem Bremer Flughafen und den Seehäfen in Bremen und Bremerhaven dringend erforderlich.

(D)

Insbesondere aber muss durch politische Weichenstellung endlich dafür gesorgt werden, dass in der Mehrzahl ausländischen Drogendealern schnellstens das schmutzige Handwerk gelegt wird, denn deren verbrecherisches Treiben ist grausamer Mord auf Raten an unseren Jugendlichen. Hier muss ich sagen: Selbstverständlich sind Drogensüchtige kranke Menschen, denen man helfen muss. Das betone ich hier noch einmal ausdrücklich.

Aus der Mitteilung des Senats geht eindeutig die Hilflosigkeit und das Versagen derzeit politisch Verantwortlicher hervor. Ganz deutlich geht daraus hervor, dass diese Landesregierung nicht einmal ansatzweise den Kampf gegen den Drogensumpf und gegen die damit verbundenen Straftaten mit der dringend erforderlichen Sequenz führt. Die Deutsche Volksunion aber wird mit aller Kraft weiterhin rigoros gegen diesen zunehmenden Drogensumpf kämpfen und unseren Jugendlichen immer und immer wieder deutlich machen und damit ihr Bewusstsein stärken, dass Probleme niemals durch Drogen aller Art gelöst werden können, ganz im Gegenteil: Drogen schaffen Probleme, aber sie beseitigen sie nicht.

Meine Damen und Herren, eine grundsätzlich andere Politik, eine Politik des Verantwortungsbewusstseins gegenüber unseren Jugendlichen, ist nötiger denn je. Nur eine gesunde und selbstbewusste Generation junger Menschen kann und wird der Garant für eine bessere Zukunft Deutschlands sein.

(A) Ansonsten kann ich den fachlich hervorragenden und sehr guten Redebeitrag von Frau Dr. Mohr-Lüllmann voll und ganz unterstützen. – Ich danke Ihnen!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Grotheer.

Abg. **Grotheer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Tittmann, ich glaube, hier freut sich niemand darüber, von Ihnen gelobt zu werden.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist eine Beleidigung! Zu Ihren Plattitüden will ich nur sagen: Ich höre nichts von Ihnen darüber, dass rechtsextremistische Versammlungen sich vollsaufen und dann über andere herfallen und prügeln, was es nur so hergibt. Ich finde, das ist auch eine Form von Drogenkonsum, wie wir ihn nicht haben wollen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie davon reden, dass die Landesregierung eine katastrophale Bilanz aufzuweisen hat, soweit es hier um die Drogenpolitik geht, dazu kann ich nur sagen: Da liegen Sie völlig falsch. Wir sind froh darüber, dass es der Großen Koalition gelungen ist, die offene Drogenszene in Bremen zurückzudrängen. Das ist ein Erfolg, das ist so!

(B) (Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir sind froh darüber, dass die Polizei, die Staatsanwaltschaft und die Gerichte in diesen Fragen sehr gut zusammenarbeiten. Wir haben es auch jetzt erlebt: Wir haben dieses schwierige Thema „ Brechmitteleinsatz“ hier seriös bewältigt und erreicht, dass wir auch in diesem Bereich durchaus politisch handlungsfähig sind. Ich möchte auch noch einmal ausdrücklich loben, was hier in den vergangenen Jahren im Bereich der psychosozialen Beratung auf die Beine gestellt worden ist, was sich tagtäglich in der harten Praxis bewährt. Wir sind vor einiger Zeit zu einem Informationsgespräch bei Comeback gewesen, das ist einer der Träger, der hier in der Stadt die Beratung für Drogenabhängige durchführt. Es kann sich wirklich sehen lassen, wie dort mit einem angemessenen finanziellen Aufwand eine hervorragende Arbeit geleistet wird, um den Leuten, die drogenabhängig sind, zu helfen, von ihrer Sucht loszukommen oder jedenfalls damit zu leben, ohne dass Straftaten begangen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, auch das muss man einmal sagen, und das muss hier anerkannt werden. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Röpke. (C)

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Dr. Mohr-Lüllmann, es ist sicherlich keine bahnbrechende Innovation, über die wir hier diskutieren, das hat auch niemand behauptet. Ich denke aber, es lohnt sich trotzdem, sich das sehr genau anzusehen, um was es hier geht. Es geht immerhin doch um eine neue Möglichkeit, Menschen, die schwerstabhängig sind, zu helfen, eine neue Form von Substitution, die der Zielgruppe der schwerst Opiatabhängigen hilft. Da ist die Frage zu stellen, ob durch das Medikament Diamorphin diese Gruppe besser behandelt werden kann, bessere Behandlungserfolge erzielt werden können.

Es ist ja auch von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon mehrfach betont worden, das ist auch immer wieder hervorzuheben, dass es eine sehr kleine Gruppe von Schwerstabhängigen ist, um die es hier geht. Es sind die Menschen, die bisher trotz vieler weiterführender Hilfen gescheitert sind. Es sind Menschen, deren gesundheitliche Situation schwerstbelastet ist. Ihre soziale Situation ist oft als bedrohlich zu bezeichnen. Um diese kleine Personengruppe geht es.

Ob diese neue Form von Substitution über Diamorphin eine sinnvolle Ergänzung ist, auch das ist schon gesagt worden, das ist ja in einem Modellprojekt in vier Bundesländern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, untersucht worden. Das ist auch bei den Kolleginnen und Kollegen vor Ort, die in den Länder für Gesundheit zuständig sind, sehr professionell, aufmerksam und mit hoher Kompetenz begleitet worden, und so finden auch die Diskussionen in diesen Ländern in der gesundheitspolitischen Auseinandersetzung statt. Die Hauptstudie war eine Arzneimittelprüfstudie, deren Ergebnisse vorliegen. (D)

Zusammenfassend kann anhand dieser Studie gesagt werden, dass mit der Diamorphinbehandlung mehr opiatabhängige Menschen therapeutisch erreicht werden können und dass mehr von ihnen auch perspektivisch in andere Behandlungsformen überführt werden können. Nach dieser Studie ist es auch so, dass sich diese Patientinnen und Patienten besser von der Drogenszene lösen als Methadonpatienten und dass ihr kriminelles Handeln stärker abnimmt, wobei immer wieder gesagt werden muss, es ist die Ultima Ratio für diese Gruppe von Patientinnen und Patienten nach mehreren gescheiterten Therapieversuchen. Es sind etwa vier Prozent der Opiatabhängigen. Diese Erfahrung der Studie bestätigen übrigens auch die Untersuchungen aus der Schweiz, die ebenfalls zu gleichen Ergebnissen kommen.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal hervorheben, dass die Sicherungen, die in eine geplante gesetzliche Regelung eingebaut werden sollen, sehr hohe Anforderungen an ein solches Verfahren beschreiben, sehr hohe Anforderungen zum einen an

(A) die Indikationsstellung: Das Mindestalter muss 23 Jahre betragen, Opiatabhängigkeit muss seit mindestens fünf Jahren gegeben sein, mindestens zwei Behandlungsversuche müssen erfolglos gewesen sein. Da kann sich also nicht jeder melden, sondern diese Kriterien sind streng und müssen beachtet werden. Das gilt auch beim Behandlungssetting, dreimal täglich muss der Patient oder die Patientin in der Ambulanz erscheinen. Es ist eine Teilnahme an substitionsbegleitenden Hilfen verpflichtend, und selbstverständlich darf nichts mit nach Hause genommen werden.

Das sind Anforderungen, die aus meiner Sicht notwendig sind, um die Sicherheit herzustellen, die aber auch so hoch gelegt sind, dass sie eben, denke ich, die großen Ängste und Gefahren, die darin gesehen werden, beseitigen können. Es ist auch klar, dass nur Menschen, die wirklich darauf angewiesen sind, diese Behandlung bekommen, eben in einer gesicherten Umgebung.

Es stehen noch Ergebnisse von Begleitstudien aus, kriminologische und wirtschaftliche Auswertungen werden noch genauer untersucht. Diese sollen im Lauf des Oktobers vorliegen. Die Gesundheitsministerkonferenz hat sich im Juni sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Es war eine sehr konstruktive und sehr fachliche und überhaupt keine parteipolitisch geprägte Diskussion, das möchte ich ausdrücklich hervorheben, sondern da waren wirklich die fachlichen Gesichtspunkte die entscheidenden. Auch die CDU-geführten Länder haben sich sehr konstruktiv an dieser Diskussion beteiligt, das fand ich sehr bemerkenswert. Aufgrund dieser Diskussion ist dann eine Arbeitsgruppe der Gesundheitsminister unter dem Vorsitz von Hamburg eingerichtet worden, die auch selbstverständlich zum Beispiel Vertreter der Bundesärztekammer, der Kassenärztlichen Vereinigung und der Kassen hinzugezogen hat. Diese Arbeitsgruppe wird voraussichtlich im Oktober zu einem Ergebnis kommen.

(B) Wenn ich das aus meiner Sicht zusammenfassen darf, dann hat diese Studie, die Hauptstudie, auf die ich mich vorhin bezogen habe, gezeigt, dass die geplante Substitution durch Diamorphin eine durchaus weiterführende gesundheitliche Hilfe für diesen sehr beschränkten Personenkreis sein kann. Klar ist, wenn so etwas eingesetzt werden soll, dass es mit Zielen verbunden ist. Erstes Ziel einer solchen Behandlung muss natürlich die Stabilisierung der chronisch kranken Menschen sein, um sie dann in eine drogenfreie Therapie überzuleiten. Das soll also kein Open-End-Programm sein, sondern es muss das klare Ziel sein und bleibt natürlich das oberste Ziel, die Menschen langfristig von Drogen zu befreien. Das ist das aller oberste Ziel, da sind wir uns, glaube ich, dann auch alle wieder einig.

Wie geht es jetzt weiter? Die Bundesregierung mit der Arbeitsgruppe arbeitet an einem Gesetzentwurf, den müssen wir uns dann natürlich sehr genau an-

sehen, das ist klar. Da ist dann auch die Frage der Finanzierung zum Beispiel zu stellen. Ich kann mich sehr gut in dieser Phase der niedersächsischen Landesregierung anschließen, die ja wohl gesagt hat, dass sie diesen Prozess des Gesetzgebungsverfahrens, der erfolgen muss, weil das Modellprojekt ja jetzt Ende des Jahres endet, konstruktiv begleiten wird. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Kenntnis.

Palliativmedizin und Hospizarbeit im Lande Bremen fördern

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 22. Juni 2006
(Drucksache 16/1061)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. September 2006

(Drucksache 16/1126)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Sehr geehrte Frau Senatorin, es ist eine Große Anfrage. Sie verzichten wieder darauf, das mündlich vorzutragen, so dass wir gleich in die Aussprache eintreten können.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Palliativversorgung bedeutet die umfassende professionelle ärztliche und pflegerische Begleitung von Schwerstkranken und Sterbenden. Dazu gehört auch die psychische, soziale und seelsorgerische Unterstützung von Patienten und ihren Angehörigen. Hauptziel ist es, Leiden zu lindern, das heißt, die bestmögliche Lebensqualität der Patienten sicherzustellen.

Eine optimale Versorgung zeichnet sich durch die Zusammenarbeit vieler Berufs- und Personengruppen aus, es ist also eine interdisziplinäre Zusammenarbeit notwendig. Die Leistungen werden in erster Linie von den Haus- und Fachärzten, ambulanten Pflegediensten, Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen erbracht. Sie stellen die Basisversorgung sicher. Darüber hinaus gibt es auch Spezialleistungen, die sich in den letzten Jahren im Rahmen der Pallia-

(C)

(D)

(A) tivversorgung gebildet haben, die Pflegedienste, die ambulante Begleitung durch Hospizdienste und Ähnliches.

Ziel unserer Anfrage ist es festzustellen, wie die derzeitige Angebotsstruktur ist und wie sie optimal vernetzt werden kann, um ein flächendeckendes Angebot einer qualitativ und quantitativ ausreichenden Palliativversorgung sicherzustellen. Aus der Antwort des Senats wird deutlich, dass Bremen quantitativ bis auf Bremerhaven im Vergleich zu anderen Ländern sehr gut aufgestellt ist, Bremerhaven liegt aber auch noch im Mittelfeld, was ja insgesamt sehr erfreulich ist, aber ein Versorgungsnetz muss noch aufgebaut werden und konsequent weiterentwickelt werden. Die Versorgungsqualität wird über Aus- und Fortbildung Haupt- und Ehrenamtliche immer weiterentwickelt werden müssen.

Darüber hinaus freuen wir uns über einen neuen Gesetzentwurf, der vorsieht, dass Patienten in Zukunft auch einen individuellen Rechtsanspruch auf Palliativversorgung erhalten, was bisher in Deutschland noch nicht der Fall ist. Der Gesetzentwurf greift auch auf, dass bestehende Strukturen auf eine neue Basis gestellt werden, das heißt, es wird erkannt, dass die unterschiedlichen Berufsgruppen zusammengeführt werden müssen.

(B) Ich möchte auch an dieser Stelle erwähnen, dass die Hospiz-Bewegung und der Hospiz-Gedanke wesentlich von ehrenamtlichem Engagement getragen wird. Sie bieten eine psychosoziale sehr individuelle Unterstützung, um Kranken das Sterben zu Hause zu ermöglichen und auch die Angehörigen zu entlasten. Diese wichtige Arbeit, diese Beteiligung von Menschen, die ich immer wieder sehr bewundere, muss auch natürlich in diesem Konzept integriert sein. Es gibt ja selten genug, meine Damen und Herren, die Gelegenheit, sich für diesen Einsatz zu bedanken. Vielen Dank, herzlichen Dank! Ohne diese ehrenamtliche Beteiligung wäre die Versorgung dieser Patientengruppe nicht möglich.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Anspruch der Patienten auf Palliativversorgung wird also in Zukunft festgeschrieben. Das heißt auch, dass die Kassen zahlen werden. Es wird eine finanzielle Absicherung geben, auch eine sehr positive Entwicklung. Da wir derzeit eine Vielzahl an verschiedenen Einrichtungen für die Palliativversorgung in Bremen haben, bekommt der Patient im Prinzip allerlei Teilleistungen verschiedener Akteure, die notwendigerweise koordiniert werden müssen, um eine optimale Versorgung sicherzustellen. Wichtig ist uns, dass die Patienten eine individuelle Lösung erhalten.

Mit der Antwort des Senats habe ich im Vorfeld einige Gespräche zum Inhalt führen können und einige Anregungen unsererseits auch deutlich machen können. Wir brauchen ein abgestuftes Versorgungs-

system, eine Verbindung zwischen Basis- und Spezialversorgung, und wir möchten jeden Bruch an den Schnittstellen zwischen Ärzten, ambulant, stationär und Pflegeheimen vermeiden. Wir setzen uns ein für eine neutrale Koordinationsstelle, allerdings anders, als hier vom Senat bisher angedacht, möchten wir diese Koordinationsstelle nicht an einem Krankenhaus, wie hier geschrieben am Klinikum Links der Weser, angesiedelt wissen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Organisation möglichst an neutraler Stelle vorgenommen wird. Sie sollte unseres Erachtens nicht aus einem Krankenhaus heraus organisiert werden. Wir möchten sicherstellen, dass Tumorpatienten beispielsweise auch aus dem Klinikum Mitte sowie Patienten der ambulanten Vertragsärzte sehr nah von dieser Struktur profitieren wie auch die Hospiz-Dienste zur ambulanten Versorgung gehören und sehr nah eingebunden sein müssen.

Um hier zu einer optimalen Lösung zu gelangen, ist wohl weniger die Anzahl der Möglichkeiten das Problem, sondern es ist die Herausforderung zu bestehen, das sinnvoll zu vernetzen. Wir stellen uns vor, dass ein Rahmenkonzept entsteht, in dem wir alle Versorgungsstrukturen berücksichtigen, und eine Koordinationsstelle oder einen Stützpunkt, oder wie man es auch immer nennen mag, beispielsweise bei der unabhängigen Patientenstelle anzusiedeln mit einem Leistungsangebot wie einer 24-Stunden-Hotline, Beratung, Koordination von Basis- und Spezialversorgung, wohnortnahe ambulante Versorgung, an der Fachärztinnen und Fachärzte mit besonderer palliativmedizinischer Qualifikation teilnehmen werden, Pflegedienste, die eine 24-Stunden-Bereitschaft garantieren, qualifiziert sind, Hospiz-Dienste mit ambulanter Betreuung sowie auch die Hospize, die stationäre Betreuung und Begleitung anbieten, sowie selbstverständlich die stationäre Versorgung im Krankenhaus und vor allem der ständige Austausch untereinander. Dabei muss das Ziel sein ambulant vor stationär, denn die Mehrheit der Menschen wünscht, zu Hause sterben zu können.

Im Übrigen denken wir, dass diese Koordinationsstelle auch nicht mit einer Arztstelle ausgestattet werden muss. Das Anforderungsprofil für diese Stelle muss kein medizinisches sein. Wir möchten, dass alle Patienten im Land von der Weiterentwicklung der Palliativversorgung profitieren. Wir möchten, dass alle einen Zugang zu einer neutralen Beratung bekommen, damit sie ein individuelles Angebot erhalten.

Wir sind in einer komfortablen Situation, in einer sehr viel komfortableren als Flächenländer, das muss man schon feststellen. Wir haben die Chance, es optimal zu lösen. Wir wären dankbar für die Zusammenführung, den Austausch vieler Beteiligten, so auch der Vertragsärzte, um einer optimalen Versorgung näherzukommen. Die Bereitschaft habe ich Vorfeld bereits aus dem Ressort vernommen, vielen Dank an Herrn Götze, der das hier verfasst hat, der sehr koo-

(C)

(D)

(A) perativ auf unsere Anregung eingegangen ist. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jährlich sterben in Deutschland über 800 000 Menschen, 50 Prozent davon im Krankenhaus, aber das widerspricht eigentlich dem Wunsch der Menschen, sie würden lieber zu Hause einschlafen. Von daher sind die Palliativmedizin und die Hospiz-Bewegung wichtige Faktoren, um diese Wünsche zu erfüllen. Palliativmedizin ist ganz neu, Frau Dr. Mohr-Lüllmann hat es gerade gesagt. Wir in Bremen sind bundesweit Spitzenreiter, was diese Versorgung anbetrifft. Wir haben als SPD-Fraktion auch den Wunsch, dass der ambulante Teil noch stärker ausgebaut, integriert und vernetzt wird. Wo die Koordinierungsstelle angedockt wird, das wird man im weiteren Verfahren diskutieren müssen. Ich will auf jeden Fall die beste Lösung für die Patienten, und darum werden wir ringen und sachlich sprechen.

(B) Palliativmedizin ist auf Beschwerdelinderung bei unheilbaren Erkrankungen angelegt. Sie hat auch das Ziel, dass die Patienten und ihre Angehörigen auf eine Rückkehr in ihre eigenen vier Wände vorbereitet werden. Wie gesagt, das ist eine interdisziplinäre Zusammenarbeit und hat einen ganzheitlichen Ansatz. Die Hospiz-Bewegung entstand vor 20 Jahren, das war eine Bürgerbewegung, sie setzt mehr auf Ehrenamtlichkeit. Hier gibt es mehr die Form der Begleitung. Ich finde, es ist ganz gut, dass man das mehr trennt, damit die Ehrenamtlichkeit wieder mehr zum Tragen kommt.

Was die Leistungen anbetrifft, gibt es immer noch keinen Anspruch bei der Palliativversorgung, wer nach dem SGB bezahlt. Aber ich erwarte jetzt eine Lösung. Auf Bundesebene wird ein Gesetz vorbereitet, dass eben Palliativmedizin auch bezahlt wird. Was bisher ein Problem war, was ich immer gesehen habe, sind die Fallpauschalen, ob die es auch abdecken. Das ist dankenswerterweise in der Anfrage beantwortet worden, dass wir hier in Bremen kein Problem haben.

Allerdings muss noch klarer dargestellt werden, wie die psychosoziale Betreuung finanziert wird. Auch die Schnittstelle zwischen Pflegestelle und Krankenversicherung muss mit so einem Gesetzentwurf endlich überwunden werden, damit die Menschen Sicherheit haben. Zukünftig ist geplant, dass dies von den Krankenkassen finanziert werden soll, das finde ich wichtig. Es sind zwar Mehrkosten, aber man muss bedenken, die meisten Menschen verursachen auch die höchsten Kosten am Ende ihres Lebens im Krankenhaus. Wenn man das ambulant mit ärztlicher Versorgung verknüpft, dann gibt es dadurch natürlich auch entlastende Effekte.

Hier im Land Bremen haben wir zwei Palliativabteilungen, eine am Krankenhaus Links der Weser und eine am St. Joseph-Stift in Bremerhaven.

(C)

(Abg. Frau **Hoch** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das St. Joseph-Stift ist in Bremen! St. Joseph-Hospital!)

Ja, Entschuldigung, das St. Joseph-Stift ist in Bremen! Gut, das haben wir jetzt noch einmal geklärt, St. Joseph wurde zwei Mal genannt, und das kann man dann noch einmal im Protokoll nachlesen.

Wie gesagt, wir sind zufrieden mit dieser Mitteilung des Senats. Sie gibt Antworten auf dieses große Zukunftsproblem, demographisch haben wir hier in Zukunft noch sehr viel zu tun. Ich finde es auch den richtigen Weg im Gegensatz zum holländischen und belgischen Weg, dass wir eben mehr auf Palliativmedizin und Hospiz setzen als auf andere Dinge, die in diesen Ländern gesetzlich geregelt sind. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich auf die Situation der Palliativmedizin und der Hospiz-Arbeit hier in Bremen komme, möchte ich ein paar allgemeine Anmerkungen machen, damit es ein stimmiges Gesamtbild gibt und wir auch noch einmal sehen, wo wir in diesem bundesweiten Ranking stehen.

(D)

Am Anfang der Hospiz-Bewegung und der Palliativmedizin stand die Feststellung, dass schwerst- kranke Menschen und sterbende Menschen in einem auf Heilung ausgerichteten Gesundheitssystem oft menschlich und medizinisch vernachlässigt wurden. Aus dieser Erkenntnis heraus ist die Idee geboren, diesen Patientinnen und Patienten und auch ihren Familien eine umfassende medizinische, pflegerische, spirituelle, psychologische und soziale Betreuung und Begleitung an einem geeigneten Ort anzubieten. Dieser erste Ort war das St. Christopher's Hospiz in London. Dort ist sozusagen die Wiege der Hospiz-Bewegung, die dann, 20 Jahre später auch in Deutschland ankam. In Köln wurde 1983 die erste Palliativstation, in Aachen im Jahre 1986 das erste Hospiz eröffnet.

Ich erzähle das deshalb, auch wenn Bremen im Bundesvergleich hier einen Spitzenplatz einnimmt, mit der Palliativmedizin und der Hospizarbeit befinden wir uns noch in der Ausbauphase. Auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ist davon auszugehen, dass der Bedarf an palliativmedizinischen Versorgung und Hospizen noch zunehmen wird. Auch die zunehmende Akzeptanz der Menschen an diesen Einrichtungen wird das noch erhöhen.

(A) Durch die Hospiz-Bewegung ist das Sterben und die Begleitung von Sterbenden wieder in die Gesellschaft zurückgeholt worden, um sie somit wieder an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben zu lassen. Ich denke, das ist ein ganz großes Verdienst dieser Bewegung. Auch das Ziel, den Menschen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und die Angehörigen einzubeziehen, war vor 20 Jahren fast revolutionär. Denken wir doch alle einmal daran zurück! Die starren Besuchszeiten der Krankenhäuser vor 20 Jahren, heute fast unvorstellbar, eine Stunde maximal, manchmal zwei Stunden am Tag, dann musste man die Klinik verlassen!

Doch was muss hier im Land Bremen getan werden, damit das Angebot weiter bedarfsgerecht weiterentwickelt und ausgebaut werden muss? Die Palliativmedizin und die Schmerztherapie haben in den letzten Jahren rasante Fortschritte gemacht. Implantierte Medikamentenpumpen und individuell angepasste Schmerzmedikation haben die Lebensqualität von kranken Menschen deutlich erhöht. Menschen, die auch einmal Suizidgedanken gehabt haben, sind nach vielen Behandlungen in der Lage gewesen, wieder am Leben teilnehmen zu können. Ich denke, dieser Ausbau und gerade diese Form der medizinischen Betreuung setzen der aktiven Sterbehilfe auch etwas entgegen.

(B) Damit Menschen aber möglichst lange in ihrem häuslichen Umfeld bleiben können, ist es auch nötig, eine ambulante und sektorenübergreifende palliativmedizinische und palliativpflegerische Versorgung aufzubauen sowie ein Netzwerk der Handelnden, meine Kollegin Frau Dr. Mohr-Lüllmann hat schon darauf hingewiesen. Diesen Beschluss hat die Gesundheitsministerkonferenz auch gefasst. Aber alle, die in der Gesundheitspolitik tätig sind, wissen oft, wie schleppend und wie langsam so etwas manchmal vor sich geht, so dass man manchmal die Hoffnung verliert. Aber ich denke, hier mit der integrierten Versorgung können wir dem Ganzen noch etwas Schub verleihen.

Doch es ist nicht nur wichtig, in die Strukturen zu investieren, sie zu schaffen und auszubauen, sondern auch in der Ausbildung und Weiterbildung muss die Palliativmedizin ein fester Bestandteil sein. Seit dem Jahr 2003 ist die Palliativmedizin in die studentische Ausbildung integriert, allerdings nur als optionales Fach. Es liegt also im Ermessen der Fakultät, wie dies umgesetzt wird. Aber da gibt es auch gute Beispiele. In Bonn, Aachen, München, Göttingen, Köln und Jena wurde durch eine Selbstverpflichtung der Universitäten erreicht, dass Palliativmedizin als sogenanntes Querschnittsfach für alle Studierenden der Humanmedizin Pflichtunterricht und prüfungsrelevant ist. Das finde ich den richtigen Weg, dem andere auch folgen sollten. Für andere Berufsgruppen wie Pflege, Seelsorge und psychosoziale Berufe liegen seit einigen Jahren Curricula vor.

(C) Eine wesentliche Rolle in der Hospiz-Bewegung spielen die dort ehrenamtlich tätigen Menschen, die diese schwierige Aufgabe übernehmen, und meistens ist der größte Anteil Frauen. Wenn sich dem noch einige Männer anschließen würden, wäre das für diese Bewegung auch sehr hilfreich. Wir haben uns vor anderthalb Jahren im Gleichstellungsausschuss ein Bild über die Hospiz-Versorgung hier in Bremen machen können, und das Engagement dieser ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen, das hat Frau Dr. Mohr-Lüllmann schon gesagt, ist wirklich lobenswert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Ein Problem ist weiterhin die Finanzierung im stationären Bereich, die Weiterentwicklung der DRG, die das auch abbilden müssen, was hier in der Pflege dafür geleistet wird. Das gilt natürlich auch für den ambulanten Bereich, wo die Finanzierung nach dem SGB V seit 2002 möglich ist, aber das muss auch weiterentwickelt werden. Hier muss die Finanzierung so weiterentwickelt werden, dass auch die Möglichkeit besteht, sogenannte palliative Care-Teams flächendeckend einzuführen, das ist diese Art der Vernetzung. Ich denke, in dieser Zielsetzung sind wir uns alle einig, das habe ich jedenfalls bei meinen Vorrednerinnen und Vorrednern herausgehört. Ich denke, gerade diese Vernetzung und die Vernetzungsstrukturen würden für alle Beteiligten, die darin arbeiten, aber auch für die Patienten der richtige Weg sein, um eine individuelle Pflege dann möglich zu machen.

(D) Jetzt möchte ich noch einen Satz als Bremerhavenerin sagen. Wenn wir diese Möglichkeit schaffen, dass wir ein solches Netzwerk der Handelnden aufbauen, dass es dann auch möglich sein wird, endlich für Bremerhaven auch stationäre Betten im Hospiz-Bereich zu bekommen. Die Bremerhavener kämpfen schon lange dafür, aber die Kassen haben das bis jetzt immer abgelehnt, weil sie gesagt haben, das würde sich erst ab acht Betten rechnen, und das wäre im Moment nicht wirtschaftlich. Aber wenn ich einen Blick auf die Bevölkerungsstruktur in Bremerhaven werfe, denke ich, dass wir Bremerhavener dieses Angebot einer stationären Hospizversorgung brauchen.

Fazit: Ich denke, uns wird ein Konzept vorgelegt werden, wie diese Vernetzung weiterentwickelt werden soll, und dann werden wir auch darüber reden können, wo eine solche Stelle angesiedelt werden soll, ob es in einer Klinik ist oder woanders. Ich denke, das müssen wir dann entscheiden. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste erhält das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist sicher richtig, Frau Hoch, dass Pallia-

(A) tiv- und Hospiz-Medizin in Deutschland lange Zeit ein Schattendasein geführt haben. Das war auch für mich erstaunlich festzustellen, dass es auch für viele Mediziner offensichtlich ein fremdes Terrain über lange Jahre war, was jetzt so nach und nach in den Mittelpunkt rückt, was ich aber sehr begrüße. Wir stellen fest, dass in Deutschland in der Fachdiskussion, aber auch in den Medien Palliativmedizin und Hospiz doch sehr nach vorn gerückt sind. Wir sind uns hier alle einig, das ist notwendig, weil die Versorgungs- und Betreuungssituation über viele Jahre für die Menschen, die in der letzten und oft sehr schweren Phase ihres Lebens sind, sehr unterentwickelt war. Vor allen Dingen auch die Diskussion über Schmerzfreiheit, die hier lange kontrovers geführt worden ist, ist in den letzten Jahren auch sehr positiv nach vorn entwickelt worden.

Ich sehe uns insgesamt in der Verpflichtung, dass wir alles dafür tun, dass wir den Menschen in ihren letzten Tagen und Wochen doch eine sehr angenehme Atmosphäre schaffen, eine gute medizinische Betreuung, eine gute pflegerische Betreuung. Das, was dann noch ergänzend hinzukommt neben der professionellen Versorgung, das ist hier auch schon angesprochen worden, das ist eben das, was viele engagierte Menschen leisten, gerade auch zwischenmenschlich in vielen Gesprächen, wofür die professionellen Kräfte gar keine Zeit haben: die Kranken zu unterstützen, die Angehörigen zu unterstützen und ihnen ganz konkrete Hilfestellung zu geben. Das ist die Hospiz-Bewegung.

(B) Sie haben es auch schon gesagt, wir haben hier in Bremen und Bremerhaven sehr viele Menschen, die sich unglaublich engagieren. Ich bin ebenfalls sehr beeindruckt davon, dass sich viele Menschen auch auf diesen schweren Weg für sich selbst machen. Aber sie berichten auch, wenn sie in der Hospiz-Bewegung tätig sind, dass sie sehr viel zurückbekommen von den betroffenen Kranken und von den Angehörigen. Ich finde es erstaunlich und ermutigend, dass in vielen Bereichen, wo das Ehrenamt sich zum Teil zurückentwickelt, in der Hospiz-Bewegung offensichtlich eine so große Motivation vorhanden ist, dass sehr viele neue Menschen dafür auch gewonnen werden können. Das ermutigt uns insgesamt, diesen Weg weiter zu entwickeln.

Wir haben, denke ich, in Bremen und Bremerhaven, was die stationäre Versorgung der Palliativmedizin betrifft, eine gute Situation. Wir haben allerdings eine Aufgabe im ambulanten Bereich. Wir müssen diesen Bereich noch stärker ausbauen. Da sind wir uns einig, das habe ich so verstanden. Diese Ausweitung sollte dann im besten Fall, auch das ist, glaube ich, Konsens, über eine Vernetzung der Akteurinnen und Akteure erfolgen, und selbstverständlich gehört dazu auch die Hospiz-Bewegung mit ihrem Engagement. Das muss ein übergreifendes flächendeckendes Netz werden, was wir dann entwickeln sollten.

(C) Im Übrigen, Frau Hoch, habe ich mir sagen lassen, dass das St. Joseph Hospital in Bremerhaven damals wohl die erste Palliativstation bundesweit in einem Krankenhaus hatte und auch noch mit Unterstützung des Bundes. Also, Bremerhaven war damals schon ganz vorn. Aber ich gebe Ihnen recht. Wenn ich mit den Krankenkassen spreche, spreche ich auch immer wieder das Thema Hospiz in Bremerhaven an. Das ist in der Tat sehr mühsam, dort etwas zu erreichen, aber wir sind uns einig, dass wir dort gemeinsam nicht nachlassen.

Die in der Antwort auf die Große Anfrage erwähnte Konzeption „Integrierter ambulanter hospiz- und palliativmedizinischer pflegerischer Beratungsdienst“, ein etwas langer Name, deswegen gibt es dafür bereits eine Abkürzung – IHPD –, ist angesiedelt am Krankenhaus Links der Weser und ist wohl am weitesten in der Konzeption, in der Verhandlung ausgereift. Es wird also derzeit zwischen dem Krankenhaus und den Kassen sehr konkret verhandelt. Wir hoffen, dass es in diesem Herbst, wenn es gut läuft, noch zu einem Vertrag kommen kann.

Selbstverständlich, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, sollen auch die Bremer niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte einbezogen werden in das neu aufzubauende Netz. Sie haben selbst gesagt, dass Sie auch schon Gespräche geführt haben. Das ist für uns eine weitere Option, die überhaupt nicht als Konkurrenz zu empfinden ist, sondern die der Gesamtkonzeption einen wichtigen Stellenwert verleiht. Diese von den niedergelassenen Ärzten entwickelte Konzeption, das habe ich so verstanden, soll nach deren Vorstellungen an eine unabhängige Koordinierungsstelle angebunden werden. Da gibt es wohl zurzeit zwei Optionen: die Ärztekammer oder die unabhängige Patientenberatungsstelle. Auf jeden Fall soll es eine neutrale und unabhängige Stelle sein, die dann – so die Konzeption – die notwendigen Versorgungsleistungen von dieser Stelle zunächst qualifiziert sichtet und dann an Fachleute weitervermittelt. Allerdings ist es noch nicht so weit nach meinem Kenntnisstand, dass dort auch schon Verhandlungen laufen. Aber es ist sicherlich zu unterstützen, dass die Konzeption weiterentwickelt wird und sich das konkretisiert.

(D) Auch in anderen Bundesländern sind viele Aktivitäten entfaltet worden. Es ist bundesweit sehr viel in Bewegung. In unserem Nachbarland Niedersachsen sollen zum Beispiel ambulante Palliativ-Care-Teams flächendeckend eingeführt werden. Die Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin verzeichnet bereits eine Vielzahl von Verträgen, die zurzeit in Deutschland abgeschlossen werden.

Angesprochen worden ist auch schon die gesetzliche Regelung, die in der neuen Gesundheitsreform geplant ist. Ich finde es auch sehr begrüßenswert, was sich dort wiederfindet, wenn es denn insgesamt so kommt. Aber an dieser Stelle sind wir uns, glaube ich, einig, dass es notwendig ist und richtig, dass sich das gesetzlich endlich auch etabliert, dass detaillierte

(A) Ausführungen dazu entwickelt werden, dass Handlungskorridore zur Etablierung der Palliativ-Care-Teams, die ambulant arbeiten sollen, vorgesehen sind mit Behandlungsansprüchen, das hatten Sie auch schon erwähnt, für die betroffenen Patientinnen und Patienten. Das wäre wirklich ein deutlicher Fortschritt und würde die ganze Bewegung noch einmal weiter nach vorn bringen.

Insofern würde ich das, was wir vom Gesundheitsressort, was wir gemeinsam als Gesundheitspolitikerinnen und -politiker hier in Bremen anstoßen, als Impuls betrachten weiterzumachen und dafür zu sorgen, dass wir eine gute weiterentwickelte auch ambulante Versorgung haben. Allerdings, das darf ich Ihnen dann noch sagen, Frau Hoch, wenn es dann so kommt, dass das Gesetz auf Bundesebene verabschiedet wird, dann ist es ausschließlich in dieser Sache Angelegenheit der Selbstverwaltung, diese gesetzlichen Vorgaben umzusetzen. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Bürgerschaft Landtag nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU und der SPD Kenntnis.

(B)

Wohnen für Menschen mit Behinderungen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 4. Juli 2006
(Drucksache 16/1064)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. September 2006

(Drucksache 16/1128)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Meine Damen und Herren und sehr geehrte Frau Senatorin, auch hier wieder eine Große Anfrage, und Sie verzichten auf die Beantwortung, so dass wir gleich in die Debatte eintreten können.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte erst eine Vorbemerkung machen: Die Überschrift „Wohnen für Menschen mit Behinderungen“ schließt nicht nur die Menschen ein, die in herkömm-

*) Vom Redner nicht überprüft.

lichen Einrichtungen der Eingliederungshilfe sind, sondern mit Behinderungen meinten wir hier, und so ist die Antwort des Senats auch ausgefallen, und Herr Schuster, so hatten Sie es auch verabredet, dass wir die Altersbehinderungen wie Schwerhörigkeit, Taubheit, Gehbehinderung und so weiter dort mit hineinnehmen, denn auch für diese Menschen müssen wir speziellen Wohnraum schaffen, sonst wäre eine Heimunterbringung nötig, und dies würde den Kostenrahmen sprengen. Wir wissen das alle, haben das vor kurzem erst diskutiert, als wir hier über die demografische Entwicklung gesprochen haben.

(C)

Dank nicht nur der medizinischen Entwicklung werden wir, vorausgesetzt, wir führen ein einigermaßen solides Leben, alle glücklicherweise sehr viel älter werden als die Generationen vor uns. Das führt allerdings, und das ist der Nebeneffekt, dazu, dass die Altersgebrecchen in ihrer Mehrzahl zunehmen werden und dass auch mehr Menschen auf eine Heimunterbringung angewiesen sind. Es kommt auch etwas dazu, meine Damen und Herren, dass wir zum ersten Mal überhaupt in diesen Jahren aus der Werkstatt Bremen, aus dem Martinshof, Menschen in den Ruhestand versetzen. Das hat es, Sie kennen die Gründe, viele Jahre nicht gegeben. Im Moment ist es noch so, dass einige derjenigen, die Rentner werden, sagen, ich will lieber noch zwei Jahre arbeiten, weil ich gar nicht weiß, wohin ich soll, was ich machen soll mit meinem Tag, weil die Tagedstrukturierung fehlt. Auch für diese Menschen, meine Damen und Herren, für diesen Personenkreis müssen wir speziellen Wohnraum schaffen. Ihre Eltern sind in der Regel nicht mehr da. Wir müssen dafür sorgen, dass sie ein Zuhause haben, dass sie ein Zuhause annehmen, eines, das sie auch bewohnen können.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen also den Begriff „Menschen mit Behinderungen“ umfassender als „Menschen mit erheblichen körperlichen Einschränkungen“ verstanden wissen. Dieser Umstand trifft im Alter auf viele Menschen zu, nicht auf alle, auch wenn sie keinen Behindertenausweis vorweisen können. Der Bedarf an den unterschiedlichsten Wohnformen und Wohnungen wird stetig ansteigen. Zur Abdeckung der Bedarfe können auch Um- beziehungsweise Anbauten wie Fahrstühle an den Altbestand dienen. Ich habe bei den Vorbereitungen dieser Debatte auch immer daran gedacht, ich erinnerte mich daran, dass einer meiner Onkel eine Lichtklingel hatte, weil er durch die Kriegseinwirkungen nicht mehr hören konnte. Da ging also, wenn jemand an der Tür klingelte, das Licht an, beziehungsweise wenn es an war, fing es an zu blinken, und dann wusste er, es hat jemand geklingelt. So etwas gibt es heute für Telefone, solche Menschen brauchen nicht in ein Heim, sie können durchaus in ihrer Wohnung bleiben. Das ist erstens humaner, und zweitens ist es auch kostengünstiger.

- (A) Der Bedarf zeigt eine große politische Aufgabe, und diese große politische Aufgabe, das müsste allen klar sein, kann nur von allen Ressorts gemeinsam geschultert werden. Dankenswerterweise sehen wir dort jetzt auch schon große Ansätze, der Bausenator hat neulich für „Wohnen im Alter“ einen Plan verfasst, da ist die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts jetzt schon gut dabei.
- Ich möchte an dieser Stelle die Zahlen, die Sie hier alle gelesen haben oder lesen können, nicht wiederholen, sie sind beeindruckend genug, und die Dimensionen, die daraus erwachsen, können Sie alle einschätzen. Wir müssen heute, und das haben wir dankenswerterweise schon begonnen, mit der Vorsorge für morgen für alle vielschichtigen Unterbringungsmöglichkeiten beginnen. Wir werden Vorsorge treffen müssen für eine zunehmende Zahl von Menschen, die in stationären Wohneinrichtungen untergebracht sein müssen, weil es keine andere Möglichkeit gibt. Ich kenne jedenfalls zurzeit keine andere Möglichkeit, Menschen unterzubringen, die zurzeit in Einrichtungen der Eingliederungshilfe untergebracht sind. Wer den Personenkreis näher kennt, wird meine Einschätzung bestätigen müssen.
- Durch die zunehmende Zahl der Hochbetagten wird die Zahl der Pflegebedürftigen im klassischen Altenheim zunehmen. Hier gilt es, die zahlenmäßige Entwicklung der Pflegebetten, der Betten zu kontrollieren. Hier können heute bereits moderne alternative Angebote ein weiteres Anwachsen bremsen. Wir haben mit unterschiedlicher Begeisterung mit der Abschaffung der Investitionsförderung hier schon einen weiteren Schritt eingeleitet, dass die Zahl der Betten in Bremen begrenzt bleibt. Die Heimträger, das muss man fairerweise sagen, haben das auch erkannt, dass sie nicht pausenlos Heimbetten dazubauen können, sondern sich geschicktere Dinge einfallen lassen müssen, um ihre Betten belegt zu haben.
- Das Angebot der Wohnformen geht vom ambulanten betreuten Wohnen über Wohnheime, über Außenwohnanlagen von Wohnheimen bis hin zur klassischen Familienpflege, die es auch heute noch mehr gibt, als man gemeinhin denkt, wenn man die Heimlandschaft in Bremen sieht. Eine solche Palette von Angeboten kann nicht nur die Bedarfe der klassischen Behinderten decken, sondern löst auch die Probleme der Mitbürger mit sogenannten Altersgebrechlichkeiten, ich hatte bereits ein Beispiel aufgezählt.
- Wir haben eigentlich doch alle schon erlebt, was das bedeutet, wenn wir etwas für altengerechtes Wohnen machen, als wir den ÖPNV umgestellt haben. Wir genießen es heute alle, dass wir bequemer in Busse und Bahnen einsteigen können, dass die Vorortbahnhöfe mit Fahrstühlen versehen sind. Dieser Komfort, den wir ursprünglich für Behinderte gemacht haben, kommt uns im Grunde genommen von Jahr zu Jahr zunehmend entgegen, nicht nur den Müttern, die mit Kinderwagen oder Kinderkarren diese Bahnhöfe oder diese Einrichtungen benutzen.
- Die Politik, die öffentliche Hand, kann diesen Weg nicht allein beschreiten. So war es auch nur eine Frage der Zeit, bis die Wohnungsbauunternehmen von ganz allein darauf gekommen sind, dass hier die Zukunft liegt. Umzüge kosten sehr viel Geld, die Wohnung steht leer, sie muss renoviert werden. So sind die Wohnungsbaugesellschaften von ganz allein auf die Idee gekommen, das Geld können wir sparen, wenn wir es unseren Mietern ermöglichen, die 30 oder 40 Jahre, solche Mieter gibt es ja, in ihren Wohnungen gelebt haben, wenn wir hier Abhilfe schaffen, indem wir die eine oder andere Tür verbreitern, so dass ein Rollstuhl hindurchpasst, so dass ein Bett hindurchtransportiert werden kann und dass die Dusche umgebaut wird. So ist es sofort möglich, dass der Mensch länger in dieser Wohnung wohnen kann, in keine Pflegeeinrichtung braucht, und er kauft sich das, was er noch zusätzlich braucht, von privaten oder gemeinnützigen Anbietern dazu.
- Ich finde, das ist auch eine ganz humane Geschichte, und ich bin mir ganz sicher, es werden von Jahr zu Jahr – in Bremen-Nord hat die Gewosie damit angefangen, das erwähne ich immer gern, weil wir uns da einmal umgesehen haben – mehr Anbieter dazu kommen, die auf diese Idee kommen. Die Wohnungen lassen sich hinterher auch wieder viel besser vermieten.
- Die Landesbauordnung wird dazu beitragen, dass wir immer mehr behindertengerechte Wohnungen bekommen, allein durch die Vorschrift – ich kenne die Zahl jetzt nicht genau –, ab einer gewissen Anzahl Wohnungen müssen Wohnungen barrierefrei gebaut werden. Ich finde, da haben die Bauleute eine hervorragende Sache gemacht, das ist schon in der letzten Legislaturperiode passiert. „Zukunft Wohnen“, das sind solche Programme, „Wohnen in Bremen, eine generationsgerechte Adresse“ sind weitere neue Handlungsansätze, weiterhin die Landesbauordnung, das sagte ich bereits.
- Ich möchte auch in dieser Debatte auf kom.fort e.V. in Bremen-Utbremen hinweisen, wo Sie viele Dinge sehen können, die es Ihnen ermöglichen, länger in der eigenen Wohnung zu wohnen, wenn die Altersbehinderungen, die Altersschwächen des Lebens auftauchen. Da kann man sich umschauen, dann kann man viele hervorragende Teile sehen. Bei der Renovierung von Altimmobilien, wenn man das vorhat, sollte man sich dort wirklich umschauen. Man kann wirklich sehen, teilweise kostet es gar nicht so viel mehr, wenn man eine Küche unterfahrbar baut. Es gibt heute schon Anbieter, die Stückzahlen werden schon in so großer Zahl hergestellt, dass es gar nicht mehr kostengünstiger, sondern durchaus vernünftig ist.
- Wir kennen alle die angespannte Haushaltslage in Bremen und Bremerhaven. Die Anzahl der Menschen mit Beeinträchtigungen steigt, und das führt dazu, dass auch die Kosten dafür stetig steigen. Auch wenn wir, wie gerade geschehen, Frau Senatorin, mit der
- (C)
- (D)

(A) Landesarbeitsgemeinschaft kostensenkende Verträge gemacht haben, steigen dafür die Fallzahlen. Das ist uns Sozialpolitikern und auch den Haushaltspolitikern bewusst. Die Schere wird nicht so weit aufklaffen, wie wir das vor ein paar Jahren vermutet haben, aber sie wird sich auftun, und deswegen müssen wir mit dem Geld, das wir in dieses System für die Unterbringung von Menschen mit Behinderung geben, ganz viele pfiffige Idee umsetzen, damit das nicht ausuft.

Der Senat stellt fest, dass sich die Konkurrenzfähigkeit der Bremer Pflegeeinrichtungen gegenüber niedersächsischen Pflegeeinrichtungen, zumindest was das Finanzielle angeht, durch die Rückfuhr der Investitionsförderung ausgleichen wird. In der Qualität bin ich sowieso davon überzeugt, dass unsere Pflegeeinrichtungen in Bremen einen sehr guten Ruf haben.

(Beifall bei der SPD)

Die Kosten werden sich annähern, und es ist doch eigentlich ohnehin humaner, dass man sagt, die Angehörigen ein bisschen näher bei denen unterzubringen, die noch da sind. Das macht das Besuchen noch einfacher, und die Ausrede, nicht zum Besuch zu gehen, schwieriger, denn wir sind ja auch alle nur Menschen. Wenn ich erst jemanden 50 Kilometer von Bremen entfernt untergebracht habe, ist die Regel, dass die Besuchszahl dramatisch abnimmt. Das kann sicherlich auch jeder nachvollziehen.

(B)

Die Kapazität des Bremer Altenhilfesystems, so sagt der Senat, ist ausreichend. Wir werden alle hart daran arbeiten müssen, dass das System finanzierbar bleibt, und so gestalten, dass es auch für die Zukunft ausreichend ist. Dass die Qualität stimmt, davon sind wir alle, glaube ich, gemeinsam überzeugt. Ich fordere Sie alle auf, daran mitzuarbeiten, dass auch in Zukunft der Senat antworten kann, wir sind in Bremen und Bremerhaven in der Unterbringung von behinderten Menschen gut aufgestellt. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mich in vielen Bereichen den Ausführungen von Herrn Oppermann anschließen. Ich glaube, das Wichtigste ist, dass die Antwort des Senats auf die Große Anfrage zunächst die Dimensionen der Gestaltungsaufgabe aufzeigt. Anhand relativ weniger Zahlen wird doch sehr schnell deutlich, dass das mehr ist als eine Kleinigkeit, die wir bewältigen müssen, und es ist auch eine Sache, die uns ganz direkt selbst betrifft.

Wenn man sich nämlich die eine Zahl näher betrachtet, dass im Jahr 2030, dann sind viele von uns

erstens noch am Leben, hoffe ich, und zweitens relativ betagt, 14 Prozent, also jeder siebte der Gesamtbevölkerung höchstwahrscheinlich eine Schwerbehinderung haben wird: Da die Schwerbehinderungen im Alter richtig zunehmen und wir nun einmal hoffen, dass wenigstens die erwerbstätige Bevölkerung nicht eine so hohe Zahl aufweist, bedeutet das, dass unter den Älteren wahrscheinlich etwa jeder Dritte eine Schwerbehinderung aufweisen wird. Dann können wir ja ungefähr einmal hier im Saal durchzählen, wie viele das sind.

(C)

Mir geht es darum, deutlich zu machen, dass das, worüber wir heute hier reden, eine Zukunftsaufgabe ist, die uns alle betrifft. Wir werden zumindest in unserem Bekanntenkreis Leute treffen, die eben aufgrund von Behinderungen oder Altersgebrechen besondere Anforderungen an den Wohnraum und auch an den Stadtteil und das Wohnumfeld stellen müssen. Da die zahlenmäßige Dimension so zunimmt, ist es dringend erforderlich, dass man sich auf den Weg macht, diese Anforderungen anzugehen.

Die Senatsantwort tut es, und das ist auch sehr sinnvoll. Man muss differenzieren. Wir haben es im Grundsatz mit zwei großen Personengruppen zu tun, zum einen die älteren Menschen, die später Behinderungen haben werden, die besondere Wohnanforderungen stellen, und dann die Behinderten im engeren Sinne, die also aufgrund von Krankheiten oder von Geburt an schwer mehrfach behindert oder seelisch behindert sind. Ich will das auch in meiner Rede versuchen, dies etwas auseinanderzuhalten.

(D)

Das eine Phänomen ist ein Ausdruck des demografischen Wandels. Die Zahl der älteren Menschen steigt an, insbesondere auch die Zahl der Hochbetagten, die es dann besonders betrifft, dass sie eben nicht mehr so fit sind wie Zwanzigjährige. Das bedeutet, wir müssen ein umfangreiches System von anderen Wohnverhältnissen, sozialen Dienstleistungen, Begegnungsmöglichkeiten schaffen. Ein wesentlicher Punkt ist, die Angebote besser miteinander zu vernetzen, als das heute schon der Fall ist. Das führt für mich zu Folgendem: Die Senatsantwort listet schon sehr viele positive bestehende Ansätze, sehr viele Dienstleistungen, die angeboten worden sind, auf. Auch Wohnungsbaugenossenschaften machen sich schon auf den Weg.

Es ist jetzt langsam an der Zeit, dass wir uns einmal Stadtteil für Stadtteil systematisch anschauen: Welche Bedarfe gibt es jeweils noch? Wo muss man noch Ausbauplanungen für die eine oder andere Sache, sei es für soziale Dienstleistungen oder für barrierefreies Wohnen und barrierefreie Stadtteile, hinbekommen? Wo muss man ansetzen, um dies systematisch weiter zu bearbeiten? Der Vorteil der demografischen Entwicklung ist, dass er nicht von heute auf morgen hereinbricht, sondern ein andauernder Prozess ist. Insofern kann man, wenn man dies frühzeitig systematisch plant, verschiedene Maßnahmen ergreifen, die dann eben auch über den Zeitverlauf

- (A) finanzierbar bleiben. Das ist eine ganz wesentliche Sache.

Bezogen auf die zweite Gruppe von Betroffenen ist festzuhalten, dass die Zahl der Menschen mit Behinderungen weiter steigen wird. Das sind auch relativ drastische Steigerungen. In den letzten zehn Jahren sind die Ausgaben für diese Gruppe um zirka 85 Prozent gestiegen. Die Kostenausgaben dafür sind so gestiegen, die Fallzahlen wahrscheinlich nicht ganz so stark. Daran zeigen sich die Dimensionen, die wir da vor uns haben.

Es wurde bereits gesagt, aber ich möchte noch einmal auf die Debatte vom Dienstag verweisen, als wir über den Sonderfahrdienst für Behinderte geredet haben: Im Moment ist es so, dass wir durch die Absenkung von Standards im Bereich der Eingliederungshilfe Kosten sparen. Dadurch wird es voraussichtlich keinen oder wenn, dann nur einen begrenzten Kostenanstieg in dem Bereich geben wird. Da aber vieles darauf hindeutet, dass sich die Entwicklung, wie wir sie in den letzten Jahren hatten, fortsetzen wird und man nicht sagen kann, es gibt zwar immer mehr Behinderte, aber die Kosten dürfen nicht steigen, ist in der Tat, was ich da schon gesagt habe, gefordert: Wir müssen wieder eine behindertenpolitische Debatte führen, um zu schauen, wie eigentlich mit welchen Maßnahmen behinderte Menschen in diesen beiden Städten leben und betreut werden sollen, um daraus dann auch abzuleiten, welche haushaltspolitischen Anforderungen zu erfüllen sind.

(B)

Schließlich möchte ich noch auf die Versorgungsangebote im Umland oder in Bremen eingehen. Es ist ein Punkt hier in der Senatsantwort, der mich ein bisschen stört, denn es wurde auch schon einmal anders in dieser Stadt darüber diskutiert. Es ist sicherlich richtig, dass manche Unterbringungs- oder Betreuungsangebote im Umland preiswerter oder preisgünstiger sind als in der Stadt Bremen. Ich halte es allerdings für eine zu ressortzentrierte Betrachtung, und das ist dann an den Gesamtsenat gerichtet, wenn man sagt, das muss zur Folge haben, dass dann eben die Umlandangebote genutzt werden. Erstens wollen die Menschen sehr häufig in ihrem normalen Umfeld bleiben, wenn das möglich ist. Das bedeutet, wir müssen, wenn es geht, sie bremennah betreuen. Zum zweiten trifft es auch nach wie vor zu, dass insbesondere soziale Dienstleistungen sehr arbeitsplatzintensiv sind und es sich auch unter diesem Gesichtspunkt für Bremen und Bremerhaven rentiert, wenn die Betreuung innerhalb der Stadtgrenzen oder Landesgrenzen angeboten werden und nicht nach außen vergeben werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt ist es für die heutige Diskussion wichtig festzuhalten: Wir sehen immer klarer, welche Dimensionen die Gestaltungsaufgabe Wohnen im Alter und Wohnen mit Behinderung hat. Diese Aufga-

ben müssen wir auch in den nächsten Monaten und Jahren konsequent anpacken. – Danke schön!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schmidtman.

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute geht es um das Thema Wohnen für Menschen mit Behinderung. Meine beiden Vorredner, Herr Oppermann und Herr Dr. Schuster, haben ja bereits eine Einführung in dieses Thema gegeben. Ich möchte nur noch einmal zusammenfassen: Uns muss allen klar sein, dass wir aufgrund des demografischen Wandels einen höheren Bedarf an behindertengerechten Wohnungen haben werden. Dieser Bedarf wird auch weiter wachsen.

Nach EU-Angaben gibt es in der Bundesrepublik 6,2 Millionen Mitbürger mit einem Schwerbehindertenausweis. Insgesamt bezeichnen sich 9,2 Millionen Mitbürger als behindert, das sind 11,2 Prozent der Gesamtbevölkerung. Diese 11,2 Prozent der Gesamtbevölkerung fordern Wohnraum, fordern Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt, in unserem Land.

Beim Wohnen für Behinderte geht nun auch langsam der Wohnungswirtschaft ein Licht auf. Es ist schon von meinen beiden Vorrednern gesagt worden, es gibt schon mehrere Projekte in unserer Stadt für diese Zielgruppe. Zu erwähnen sei da das Projekt mit der Gewosie in Bremen-Nord oder auch mit der Brebau und der Gewoba in verschiedenen Stadtteilen in dieser Stadt. Hierbei ist aber hervorzuheben, dass wir da nicht führend sind, sondern dass wir eher hinterherhinken. Der Wohnungswirtschaft geht jetzt ganz langsam ein Licht auf, dass sie sich um Behinderte und ältere Menschen in ihren Quartieren kümmern muss, dass sie da Angebote schaffen muss. Sie tut es langsam, langsam merkt sie, dass da etwas passiert.

(D)

Hierbei möchte ich auch noch einmal darauf hinweisen, und das, finde ich, ist eine sehr gute Aktion, dass es eine Datenbank gibt, in der sich Mitbürger unserer Stadt, die an behindertengerechten Wohnungen interessiert sind, praktisch im Internet einloggen können und nachschauen können, wo in ihrem Stadtteil oder ihrer näheren Umgebung solche sind. Diese Datenbank ist auch in der Antwort des Senats aufgeführt, ich nenne sie einmal ganz kurz: Das ist www.barrierefrei-in-bremen.de. Das ist ein sehr guter Service. Das bezeichne ich als ein kleines Leuchtf Feuer für unsere Stadt.

Allerdings gibt es auch viel zu tun für die Wohnungswirtschaft. Es muss nämlich in der Wohnungswirtschaft oder auch speziell bei Neu- und Umbauten von Wohnraum konsequent auf Barrierefreiheit gesetzt werden, es muss konsequent durchdacht wer-

- (A) den, dass hier ein starker Bedarf ist. Barrierefreiheit ist nicht nur für behinderte oder für ältere Menschen, sondern es lohnt sich praktisch für alle Bürger, auch für Familien mit Kindern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei Neu- und Umbauten muss die Stadt allerdings mit einem guten Beispiel vorangehen. Barrierefreiheit darf kein Lippenbekenntnis sein oder unter Haushaltsvorbehalt stehen. Was in Sonntagsreden von Privaten und der Wohnungswirtschaft eingefordert wird, muss auch in den eigenen Behörden umgesetzt werden. Ich möchte hier nur an den Schulneubau in Borgfeld erinnern, an eine wirklich unwürdige Geschichte. Es ist und bleibt eine Fehlplanung, dass den Behinderten an dieser Schule eine umfassende Teilhabe in diesem Schulgebäude verwehrt ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch der Umzug in das neu angemietete Sozialzentrum Süd entwickelt sich zu einer Posse. Der Fahrstuhl ist zu klein für große E-Rollis, und alle Türen zu den Büros der Sachbearbeiter sind zu schmal. Das ist doch ein Witz, bei dem einem das Lachen im Halse steckenbleibt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Barrierefreiheit ist auch mehr als abgesenkte Bordsteine oder ein paar Rampen. Barrierefreiheit, das sind Blindenleitsysteme, die in alle Behörden gehören. Barrierefreiheit, das sind auch Leitsysteme und Anträge in leicht verständlicher Sprache. Barrierefreiheit muss integrativer Bestandteil unseres Denkens und Handelns werden. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Vorredner haben schon etliches aufgegriffen, insofern kann ich mich auf ein paar Punkte beschränken. Demografische Entwicklung ist das, was sich durch die Antwort auf die Große Anfrage hindurchzieht, und das ist, so habe ich es verstanden, auch die Zielrichtung der Fragesteller gewesen, um aufzuzeigen, wo Handlungsnotwendigkeiten sind, wie die Handlungsoption für die Zukunft aussieht, wo Herausforderungen sind, und was das in den einzelnen Schwerpunktbereichen bedeutet.

Es ist in der Antwort auch klargestellt, dass wir in der Tat durch die demografische Entwicklung in vielen Bereichen doch noch sehr große Herausforderungen zu bewältigen haben, nicht nur in Bremen, sondern bundesweit. Bundesweit haben wir eine Stei-

gerung der Fallzahl von Menschen, die schwerbehindert sind, was unmittelbar mit dem Älterwerden zusammenhängt. Herr Dr. Schuster hat die Zahl schon genannt, bis 2030 steigt die Zahl um 14 Prozent. Aber auch die Zahl der alten Menschen, also der Menschen, die über 65 Jahre alt sind, steigt aufgrund einer besseren Gesundheitsversorgung mit einer höheren Lebenserwartung, was ja nur positiv ist, weil die Menschen davon profitieren. Immerhin werden im Jahr 2020 23 Prozent der Bevölkerung im Land Bremen über 65 sein.

Auch das haben meine Vorredner schon gesagt: Die Zahl der Menschen, die hochbetagt sind, die Menschen, die das gesegnete Alter von 100 und mehr Jahren erreichen werden, nimmt zu. Der Bürgerschaftspräsident muss ja jetzt schon in größerer Zahl Menschen besuchen, die das Alter von 100 erreichen. Das macht er gern, aber die Termine, habe ich mir sagen lassen, nehmen jetzt schon zu. Das wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Aber es ist ja schön! Das ist eine Chance, dass wir zumindest statistisch die Möglichkeit haben, ein hohes Alter in hoffentlich guter Lebensqualität zu erreichen.

Allerdings ist auf der anderen Seite auch damit verbunden, dass viele Menschen, die dann hochbetagt sind, gesundheitlich beeinträchtigt sind, wenn sie zum Beispiel dement werden oder so gesundheitlich beeinträchtigt sind, dass damit auf der anderen Seite die Notwendigkeit von Pflegebedürftigkeit steigt. Wir haben diese Entwicklung auf jeden Fall mit in den Blick zu nehmen. Allerdings, Herr Oppermann, das wissen Sie auch, was die stationäre Pflege betrifft, kann man das ja nur bedingt steuern. Das, was hier an Kapazitäten aufgebaut wird, ist den Wettbewerbern überlassen. Diese stehen tatsächlich im Wettbewerb, und wir können das nicht von der Behörde aus dirigistisch steuern. Ich bin aber auch davon überzeugt, da teile ich Ihre Auffassung, dass wir in Bremen eine sehr gute Qualität haben, was die stationäre Pflege betrifft. Das ist mit Sicherheit auch ein Wettbewerbsvorteil gegenüber Niedersachsen, wenn Menschen nicht nur nach dem Preis schauen, sondern auch nach der Qualität.

Wir haben aber natürlich auch Versorgungsbedarf für jüngere Menschen mit Behinderungen. Da gibt es einen Trend, dass sie früher von Zuhause weg wollen. Es ist häufig auch so, dass die familiäre Struktur nicht so gestaltet ist, dass die Pflege zu Hause stattfinden kann. Im Vordergrund für diese Personengruppe steht die Aufgabe, ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen.

Steigende Fallzahlen haben wir auch bei Menschen, die seelische Behinderungen erleiden, psychisch kranke Menschen, suchtkranke Menschen und Menschen, die geistig und mehrfach behindert sind. Insgesamt ist die Zahl der Menschen, die Eingliederungshilfen bekommen, in der Bundesrepublik exorbitant gestiegen. Das will ich nur anhand einer Zahl deutlich machen: Von 1991 bis zum Jahre 2004 ist die

(C)

(D)

- (A) Zahl dieser Menschen um 94 Prozent, also fast 100 Prozent, angestiegen. Es ist klar, dass damit auch eine Kostensteigerung in fast der gleichen Höhe einhergeht.

Dieser Trend wird sich, wie gesagt, fortsetzen. Wir haben schon einmal versucht, das für Bremen zu prognostizieren. Wir haben daraufhin Verhandlungen mit der Landesarbeitsgemeinschaft für Wohlfahrtspflege aufgenommen, was die geistig und mehrfach behinderten Menschen betrifft. Wir haben einen schwierigen Verhandlungsprozess miteinander gestaltet, aber es ist dann doch zu einem von beiden Seiten getragenen Ergebnis gekommen, um zumindest einen Beitrag zu leisten, um gegenzusteuern, was die Kostenentwicklung betrifft. Bei den Menschen mit seelischen Behinderungen befinden wir uns noch im Verhandlungsprozess. Wir hoffen, dass wir Ende des Jahres zu einem Abschluss kommen können.

Die Gesellschaft ist gefordert, für Menschen, die von seelischen Behinderungen betroffen oder geistig mehrfach behindert sind, adäquate Angebote der Versorgung, der Betreuung und des Wohnens vorzuhalten. Da gibt es vielfältigste Angebote. Es ist die Aufgabe, je nach Hilfeplanung im Einzelfall, ein differenziertes Angebot zu machen. Im Vordergrund steht dabei auch hier in Bremen die Linie, dass wir die Integration in die Stadtteile fördern wollen und stärker als in der Vergangenheit versuchen wollen, vorhandenen Wohnraum zu nutzen.

- (B) Begleitet wird diese Aufgabe dadurch, dass wir an vielen Stellen tagesstrukturierende Maßnahmen anbieten. Menschen haben eine Möglichkeit, in Werkstätten einen Arbeitsplatz zu finden. Da kommt für uns das neue Problem, dass diese Menschen, die dort arbeiten, so allmählich das Rentenalter erreicht haben, so dass wir hier gefordert sind, neue altengerechte Angebote zu entwickeln. Die Werkstatt Bremen hat hier ja schon eine fortschrittliche Idee ins Leben gerufen und eine Möglichkeit für die älteren Menschen, sich auf dem Gelände der Werkstatt in schönen Räumen zu treffen, etabliert.

Ältere Menschen brauchen andere Wohnformen, wollen alternative Wohnformen, machen sich zum Teil selbst auf den Weg, sind dabei, sich in Wohngemeinschaften zu organisieren. Das ist etwas, was wir sicher alle nur unterstützen können. Da gibt es sehr viel Eigeninitiative von Menschen, die versuchen, sich das Leben schon jetzt vorzustellen, wie sie es im Alter gern haben wollen. Die Wohnungsbaugesellschaften sind natürlich auch gefordert. Es ist so, dass sich langsam ein Umdenken, ein Herandenken bei der Wohnungswirtschaft etabliert. Aber ich wünschte mir wie Herr Schmidtman, dass das noch etwas progressiver nach vorn geht und der Erkenntnisgewinn bei den Wohnungsbaugesellschaften noch deutlich zunimmt.

Es gibt erste Ansätze, die wir hier haben, nach dem Modell Bielefelds. Das ist der richtige Weg, wo in vorhandenen Wohnblöcken Wohnungen genutzt und um-

funktioniert werden, um ein Gemeinschaftsangebot dort zu leisten, wo sich die älteren Menschen treffen können. Das muss sich dann nach der Konzeption in stärkeren Nachbarschaftsverbänden und -beziehungen entwickeln. Wir wünschen uns eine deutlich stärkere Vernetzung in dem Stadtteil. Da sind wir also auch eher am Anfang einer solchen Entwicklung.

Ich hoffe, dass wir diese drei Modelle, die hier auch schon vorgetragen worden sind, so positiv in die Öffentlichkeit tragen können, dass sich weitere Modelle hier in Bremen anschließen können. Es ist aus meiner Sicht der richtige Weg, vernetzt in den Stadtteilen die Leistungen anzubieten.

„Zukunft Wohnen“ ist von Herrn Oppermann schon erwähnt worden! Es ist aus meiner Sicht wichtig, dass die Stadtentwicklung sich auch auf die demografische Entwicklung einstellt und schon jetzt Antworten entwickelt. Barrierefreies Wohnen gehört unabhängig zur Beratung dieser Thematik. Da gibt es auf der einen Seite die Notwendigkeit, sich beraten zu lassen, wenn ich älter oder behindert werde, um mich zu informieren, was es eigentlich alles so auf dem Markt gibt, um meine Wohnung behindertengerecht auszustatten. Da haben wir zum Beispiel „Bremen kom.fort“, was ich hier gern erwähnen würde. Das ist eine sehr gute Einrichtung, wo Sie sich anschauen können, welche Hilfen es für eine barrierefreie Wohnung gibt.

Unser Amt für Soziale Dienste bietet ebenfalls eine entsprechende Beratung an. Die Datenbank, die ich sehr gut finde, „Barrierefreies Wohnen“, hat Herr Schmidtman schon erwähnt. Sie wurde übrigens gemeinsam vom Bausenator zusammen mit der Wohnungswirtschaft erstellt. Auch die sehr detaillierte Übersicht „Bremen baut Barrieren ab“, die das Sozialressort zusammen mit den Behindertenverbänden erarbeitet hat, ist eine wichtige Grundlage, um Schritt für Schritt in den Stadtteilen Barrierefreiheit herzustellen. Dafür gibt es aus dem Aktionsprogramm 2010 auch Geld. 300 000 Euro stehen dafür zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Barrierefreies Wohnen, das ist von allen Rednern gesagt worden, und das teile ich, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe. Das dürfen wir auch nicht auf die Gruppe der älteren oder der behinderten Menschen beschränken, sondern das ist eine Zukunftsaufgabe für die gesamte Gesellschaft. Es ist schon erwähnt worden, gerade Familien mit Kindern profitieren davon. Deswegen müssen wir auch weiter dafür werben, Wohnungsbaugesellschaften, Architekten und Bauherren dafür zu gewinnen, dass sie von vornherein jeden Baukörper, der neu entsteht, unter diesem Gesichtspunkt betrachten. Der Umbau, wenn der Baukörper erst einmal steht, Sie haben einige Beispiele genannt, ist vielfach teurer als von vornherein ein Einbau von Barrierefreiheit.

(C)

(D)

(A) Deswegen bin ich mir auch sicher, dass wir zusammen, wenn wir immer wieder jede Gelegenheit benutzen, dafür zu werben, vielleicht doch so langsam das Anliegen in die Köpfe derjenigen bekommen, die dafür zuständig sind. Bauen muss von vorn herein barrierefrei sein. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und SPD Kenntnis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schlage Ihnen vor, nunmehr die beiden Tagesordnungspunkte aufzurufen, bei denen eine Behandlung während dieser Sitzung sichergestellt werden soll, sowie den Punkt, bei dem nachträglich auf eine Aussprache verzichtet wurde.

Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD
und Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. September 2006
(Drucksache 16/1120)

(B)

D a z u

Änderungsantrag des Abgeordneten Wedler (FDP) vom 13. September 2006

(Drucksache 16/1139)

Meine Damen und Herren, die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf drückt das aus, was viele in diesem Parlament eigentlich erwarten. Parlamentsdebatten sollen lebhafter werden, Parlamentsdebatten sollen auch für die Öffentlichkeit und für die hier Anwesenden, die nicht direkt mit dem Thema befasst worden sind, nachvollziehbarer sein.

Sinn dieser ganzen Angelegenheit soll sein, dass die Parlamentsdebatten auch attraktiver werden. Attraktivere Parlamentsdebatten sollen dazu dienen, dass die Identifikation mit dem Parlamentarismus gesteigert werden kann, dass insgesamt die parlamentarische Auseinandersetzung eventuell einen höheren Standard erreichen könnte. Man muss ja ganz ehrlich sagen, dass die seit den fünfziger Jahren geltenden Formen dieses Parlaments gelegentlich nicht dazu

Anlass geben, uns alle und die Öffentlichkeit zu erfreuen.

(C)

Ich weiß nicht, ob wir mit der Änderung die große Freude einkehren lassen, aber es ist mit Sicherheit einen Versuch wert. Diesen Versuch sollten wir an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss überweisen, dort müssen wir die Details noch einmal erörtern. Wie sieht es aus, soll die Kurzintervention tatsächlich drei Minuten dauern, soll sie vielleicht kürzer sein, soll sie länger sein? Wir müssen dort auch erörtern, ob wir Herrn Wedler die Möglichkeit der Kurzintervention ermöglichen wollen oder nicht.

Ganz wichtig, denke ich: Wenn man über Lebhaftigkeit und Nachvollziehbarkeit von Debatten redet, sollten wir auch über die hier bereits praktizierte, aber nur auf Vereinbarung beruhende sogenannte kurze GO reden, bei welcher wir dreimal fünf Minuten Redezeit vereinbart haben, ob wir diese Regelung nicht endlich kodifizieren und mit in unsere normierte Geschäftsordnung aufnehmen. Auch diese kurze GO hat sich, glaube ich, bewährt. Ich wäre sehr dafür, sie auch in die Geschäftsordnung aufzunehmen, denn auch diese Regelung dient dem Zweck, Parlamentsdebatten attraktiver, lebhafter zu machen. Ich hoffe, dass der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss schnell zu einem Ergebnis kommt, welches Parlamentsdebatten in Zukunft attraktiver und lebhafter machen kann. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

(D)

Präsident Weber: Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne Herrn Mohan Murti. Herr Murti ist Europa-Repräsentant von Reliance-Industries Ltd, einem der großen Konzerne Indiens.

(Beifall)

Herr Mohan Murti hat Ende August die deutsche Delegation unter Leitung von Bundeswirtschaftsminister Glos nach Indien begleitet, er ist heute Gast von Herrn Christian Sigismund Prinz von Preußen. Seien Sie herzlich willkommen in der Bremischen Bürgerschaft!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank, dass Sie mich eben übersehen haben, als ich dort stand und mich gemeldet habe! Unsere Fraktion wäre als erste an der Reihe gewesen zu reden.

(Zurufe)

(A) **Präsident Weber:** Herr Kollege Pflugradt, Sie haben das Wort!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Tschöpe hat aber bereits so eine wunderbare Begründung gegeben, die ich fast voll und ganz unterschreiben kann, insofern ist das gar nichts Schlimmes.

Ich glaube nicht, dass wir den Parlamentarismus völlig aus den Angeln heben werden, wenn wir das hier machen. Ich glaube nur, dass das, was andere Landtage schon machen, der Bundestag macht, nämlich diese Kurzintervention von drei Minuten, eine Belebung der Debatten ist. Ich finde, wenn uns das gelingt, dass die Debatten interessanter werden, wir auch alle vielleicht noch ein wenig mehr zuhören, dann ist das ein guter Beitrag, und ich finde, dass wir das im Geschäftsordnungsausschuss diskutieren sollten.

Den Antrag des Kollegen Wedler von der FDP, eine Änderung vorzunehmen, sollten wir ebenfalls gemeinsam im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss beraten und dann zur nächsten oder übernächsten Sitzung hier eine Änderung vorlegen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

(B) Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Grünen unterstützen das, sind auch mit Antragsteller, und wir bedanken uns bei der CDU für die Initiative. Wir werden das an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss überweisen, wie auch den Antrag des Kollegen Wedler, der von den Grünen unterstützt wird, dass die Kurzintervention nicht nur von Fraktionsmitgliedern in Anspruch genommen werden kann, sondern von allen Abgeordneten des Parlaments. Wir werden uns über die weiteren Modalitäten im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss unterhalten.

Ich möchte hier nur an einem Punkt noch Debattebedarf anmelden, damit alle das wissen: Der Text, der hier vorgelegt wurde zu Paragraph 44 Geschäftsordnung, sagt, dass der Präsident einem Mitglied des Hauses einer Fraktion das Wort geben kann. Wir möchten gern darauf hinwirken, dass es sich dann auch um etwas Verbindliches handelt, also alle sollen dabei gleich behandelt werden.

Ich wollte im Namen meiner Fraktion auch noch einmal sagen, dass wir natürlich die Debatte, die in Niedersachsen gerade dazu stattfindet, auch verfolgen. Das gilt eigentlich für alle Dinge, die mit der Geschäftsordnung geregelt werden: Sie sind nur so tauglich wie der Umgang damit, und wenn wir so ein Ins-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

strument haben wollen, dann verspreche ich für meine Fraktion, dass wir damit verantwortlich umgehen werden.

(C)

Zu Herrn Tschöpe wollte ich gern sagen, dass es nicht richtig ist, dass die Geschäftsordnung seit 50 Jahren nicht verändert wurde, sondern es hat über die Jahre hinweg alle möglichen Versuche, mehr oder weniger erfolgreiche, gegeben, die Geschäftsordnung zu modernisieren und zu verändern, und das ist ein weiterer. Ich wurde heute schon von „Buten un binnen“ gefragt, ob das nicht ein fürchterliches Eingeständnis sei, dass hier alles so langweilig ist. Ich finde, dazu sollte man sich nicht hinreißen lassen,

(Abg. **D r . S i e l i n g** [SPD]: Richtig!)

das hier so zu denunzieren, was in diesem Haus passiert!

(Beifall)

Ich habe mich jedenfalls bemüht, der Öffentlichkeit gegenüber zu vertreten, dass die Arbeit interessanter und weniger interessante Teile hat und dass es vielleicht auch Bereiche gibt, die nicht so aufzubereiten sind, dass es hier immer vor Spannung knistert und qualmt. Das ändert aber nichts daran, dass wir alle, und bei der Geschäftsordnung regeln wir nur die formale Seite, eine Verantwortung dafür haben, unsere Debattenbeiträge – das ist ein ständiger Lernprozess für uns alle – interessanter zu machen, nicht zu vergessen, dass man hier oft der Versuchung unterliegt, sich im Fachchinesisch zu verheddern,

(D)

(Beifall bei der SPD)

nicht zu vergessen, dass das öffentlich ist, dass Menschen draußen das anhören, was wir hier machen, und dass wir nicht für die Verwaltung reden und es auch nicht nötig haben, uns hier der technokratischen Verwaltungssprache anzudienen.

Ich finde auch, dass es bei dem Instrument der KurzGO – die Grünen werden das auch unterstützen, wenn es jetzt noch dort zu einer Regelung kommt – nicht dazu kommen darf, dass jetzt Zehn-Minuten-Redebeiträge nach dem Motto, ach, ich melde mich jetzt gleich noch einmal, in abgelesene zweimal fünf Minuten zerhackt werden. Das macht es nicht besser.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir müssen es hinbekommen, das, was wir sagen wollen, so auf seinen Kern zusammenzudampfen, dass Menschen das auch verstehen können. Im Übrigen kann man nur allen empfehlen, das auch wirklich zu versuchen. Für den eigenen Kopf ist das immer gut, Sachen so knapp zu machen, denn die Konzentration auf den Kern einer Sache hilft einem auch zu füh-

(A) len, ob man vielleicht eine Position vertritt, die sich hinter einem großen Qualm verbirgt, und man letztendlich gar nicht mehr nachverfolgen kann, ob sie irgendwie auch hinhaut oder ob es da wirklich einen Zusammenhang gibt zwischen Analyse und dem, was man eigentlich in Zukunft machen will.

Ich bitte auch den Präsidenten, noch einmal den Senat darum zu bitten, sich an die Redezeiten zu halten. Auch das ist eigentlich für ein lebendiges Parlament ein wenig unerquicklich, wenn wir uns bemühen, uns kurz zu halten, und dann doch sehr langatmigen Redeschwällen vonseiten des Senats ausgesetzt sind. Es ist ein gemeinsames Projekt, das Parlament lebendiger und unsere Reden interessanter zu machen und vor allen Dingen mehr zu lernen, aufeinander einzugehen und Argumente aufzunehmen. Die Änderung der Geschäftsordnung ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt, den die Grünen unterstützen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

(B) Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte ein paar Anmerkungen zu diesem vorgelegten Antrag und zu meinem Änderungsantrag machen. Zunächst einmal war ich etwas überrascht, dass das Ganze überschrieben wurde als Dringlichkeitsantrag. Eine Dringlichkeit ist eigentlich gar nicht zu erkennen gewesen. Gleichwohl habe ich dem gestern natürlich zugestimmt. Die Dringlichkeit ergab sich schlicht und einfach dadurch, dass die Antragsfristen überschritten waren

(Abg. Frau **Wiedemeyer** [SPD]: Genau!)

und man versuchen wollte, das heute noch auf die Tagessordnung zu bringen, aber an sich war eine sachliche Dringlichkeit eigentlich nicht gegeben.

Das Zweite, was ich anmerken wollte, die Zielsetzung, die in der Begründung zum Ausdruck kommt, die beabsichtigten Änderungen und so weiter verfolgen den Zweck, die Debatten hier künftig lebhafter, spannender und aktueller zu gestalten, die Zielsetzung kann man nachhaltig unterstützen. Ob das Instrument, das man wählt, das geeignete Instrument dafür ist, darüber kann man sich natürlich Gedanken machen.

Zunächst muss man bei der Kurzintervention feststellen, dass sie wieder ein Privileg für Fraktionen ist. Das ist das Erste, das mir aufgefallen ist, natürlich mit der Kann-Bestimmung des Präsidenten, wobei der Präsident dann immer in der Zwickmühle ist. Wenn sich jemand dazu meldet, kann er das wirklich unterbinden? Da habe ich meine Zweifel. Wahrscheinlich wird es zu der Praxis kommen, dass dieses Kann ein

(C) Muss ist, wenn sich jemand meldet, dann wird das auch so passieren, aber, wie gesagt, das mag alles diskutiert werden. Dieses Privileg für eine Fraktion, das ist das Erste, das mir aufgefallen ist. Ich möchte durch meinen Änderungsantrag bewirken, dass man noch einmal darüber nachdenkt.

In meiner ersten Überlegung hatte ich gedacht, die Formulierung „einer Fraktion“ zu streichen, es also inhaltlich auf alle Kollegen hier auszudehnen. Möglicherweise ist das nicht intendiert in der Zielsetzung derer, die diesen Antrag gemacht haben, deswegen habe ich eine andere Überlegung gemacht und bin zu meinem Änderungsantrag gekommen, der bedeutet, das „einer Fraktion“ stehen zu lassen und das zu ergänzen auf die Gruppe und auf Einzelabgeordnete. Es kann durchaus einmal sein, dass wir Gruppen oder Einzelabgeordnete haben. So ist dann auch mein Änderungsantrag formuliert, und ich bitte darum, dass er mitbehandelt wird bei den weiteren Beratungen.

Was man auch sagen muss, ist eben schon angeklungen. Es besteht die Gefahr, dass bei diesen Kurzinterpretationen eine neue Rederunde eröffnet wird und dadurch eine Verlängerung der Debatten ansteht.

(Zurufe: Interventionen!)

(D) Das muss man sehr genau überlegen. Das wäre nämlich das Gegenteil dessen, was man eigentlich erreichen will, dass man im Grunde genommen eine Verlängerung der Redezeit bekommt. Das sollte nicht passieren. Eine zeitliche Verlängerung ist in jedem Fall damit verbunden, und es ist auch zu befürchten, dass eine inhaltliche Veränderung kommt, dass man dann sagt, okay, ich habe noch eine weitere Chance zu reden und nutze diese. Also, vor dem Hintergrund der Zielsetzung muss man darüber noch einmal nachdenken.

Den Verweis, und das ist schon die letzte Anmerkung, die ich machen wollte, diese kommt ebenfalls in der Begründung zum Ausdruck, den Verweis auf den Bundestag und andere Länder, die solche Regelungen haben, als Begründung heranzuziehen für so etwas, das erscheint mir nicht ausreichend. Man müsste noch einmal über die Erfahrungen, die dort gemacht wurden, reden, wie die Handhabung dort ist und wie das mit Einzel- und mit Gruppenabgeordneten ist. Ich vermute, dass es im Ergebnis so ist, dass die Zielsetzung erreicht wird. Das waren meine Anmerkungen. Der Überweisung des Hauptantrags und auch der Überweisung meines Änderungsantrags werde ich natürlich zustimmen. – Vielen Dank!

Präsident Weber: Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss vorgesehen.

(A) Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/1120 abstimmen.

Wer der Überweisung des Antrags der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/1120 zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag des Abgeordneten Wedler, FDP, abstimmen.

Wer der Überweisung des Änderungsantrags des Abgeordneten Wedler, FDP, mit der Drucksachen-Nummer 16/1139 zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(B) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Hochschule für Öffentliche Verwaltung

Mitteilung des Senats vom 12. September 2006
(Drucksache 16/1136)

1. Lesung

2. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Lühr.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht um die Änderung des Gesetzes über die Hochschule für Öffentliche Verwaltung. Diese Änderung ist insofern dringlich, als der neue beziehungsweise auf Bachelor umgestellte Studiengang bereits im Oktober 2006 starten soll. Sehr umfangreiche Vorarbeiten, die jetzt dankenswerterweise abgeschlossen werden konnten, sind die

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Grundlage der Änderungen dieses Gesetzes. Ich will auch an dieser Stelle erwähnen, dass wir natürlich aufgrund dieser Dringlichkeit, um den Oktober noch zu erreichen, die erste und zweite Lesung hier heute durchführen sollten.

Die Umstellung des Diplomstudiengangs Polizeivollzugsdienst zum Bachelorstudiengang wird von uns begrüßt, weil, und das ist die Begründung, an der Deutschen Hochschule für Polizei beim Aufstieg zum höheren Dienst bereits auf Masterstudiengang umgestellt wurde und somit der Zugang zu diesem Studiengang für den höheren Dienst nur unter dieser Voraussetzung eingeleitet werden kann.

Ein externer Bachelorstudiengang Risiko- und Sicherheitsmanagement wird ebenfalls neu eingeführt, und zwar auf der Grundlage einer Umfrage, die bestätigt hat, dass hier im Bereich Risiko- und Sicherheitsmanagement ein großer Bedarf besteht, und zwar sowohl gewerblich als auch kommunal, um dort die Konzernsicherheit entsprechend begleiten zu können.

Der Studiengang soll komplexe Sicherheitsbelange und Professionalisierung der handelnden Akteure erfassen. Durch Vernetzung und Institutionalisierung einer qualifizierten Ausbildung wird das angestrebte intelligente Zusammenwirken mit verlässlichen Partnern im gesamten privaten Sicherheitssektor erleichtert. Insofern ist das sicherlich auch hier eine Begründung dafür, diesen Studiengang neu einzuführen.

(D) Neben der Änderung des Gesetzes über die Hochschule für Öffentliche Verwaltung wird ebenfalls die Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Polizei notwendig, die aber exekutiv abgearbeitet werden kann und wird. Die Einrichtung dieser neuen Studiengänge ist kostenneutral.

Abschließend, meine Damen und Herren, fordere ich ausdrücklich dazu auf, die Polizeiausbildung nicht zu verwissenschaftlichen, die Praxisanteile dürfen nicht darunter leiden und müssen im Curriculum für diesen Studiengang ihren Niederschlag finden, qualitativ und quantitativ. Nicht zuletzt fordere ich den Senat auf, das erste Studienjahr auch weiterhin im Dienstverhältnis mit Auszubildenden durchzuführen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Herderhorst hat eigentlich schon alles Wissenswerte zu diesem Gesetz gesagt. Es geht im Wesentlichen darum, auch für die Hochschule für Öffentliche Verwaltung den Bologna-Prozess einzuleiten und umsetzbar zu machen, das heißt die Einführung von Master- und Bachelorstudiengängen in Ablösung der bisherigen Diplomstudiengänge. Es geht darum, die Hochschule für Öffentliche Ver-

(A) waltung für weitere Studiengänge und somit auch für Externe zu öffnen. All dies ist in dieser Gesetzesvorlage vorgesehen, und sie setzt es um.

Ich denke, um den bereits geplanten Studiengang Risiko- und Sicherheitsmanagement an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung tatsächlich zum Oktober starten lassen zu können, müssen wir heute dieses Gesetz zustimmen und es passieren lassen.

Ich wollte nur noch darauf hinweisen, es gibt natürlich noch einen offenen, nicht geklärten Punkt: Wo ressortiert in Zukunft die Hochschule für Öffentliche Verwaltung? Ressortiert sie weiterhin bei Inneres und Finanzen oder ressortiert sie bei Wissenschaft? Meines Erachtens müssen alle Hochschulen bei Wissenschaft ressortieren. Ich glaube jedoch, das ist kein Grund, dieses Gesetz nun zu verhindern, deshalb werden wir dem Gesetz zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

(B) Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kollegen und Kolleginnen! Auch ich will es sehr kurz machen. Lassen Sie mich zunächst sagen, und das muss an dieser Stelle in diesem Hause auch noch einmal gesagt werden, weil wir den Anspruch haben, ein ordentliches Parlament mit einem ordentlichem Gesetzgebungsverfahren zu sein: Wir werden der Vorlage heute zustimmen aus inhaltlichen Gründen, wir finden aber, dass die Art und Weise, ein Gesetz zu verabschieden, das darin besteht, dass wir Mittwochabend eine Vorlage für die Deputation bekommen, Donnerstag in der Innendeputation diese Vorlage beraten, Dienstag der Senat beschließt und Donnerstag die Bürgerschaft in erster und zweiter Lesung das Gesetz beschließt, also ein Gesetzgebungsverfahren in fünf Tagen ohne Beteiligung der üblichen Personalvertretungsgremien, ohne Beratung, das ist schon sehr schlank, wenn man an schlanke Verwaltung denkt.

Das ist zu schlank, meine Damen und Herren, und es muss absolut die Ausnahme bleiben, dass wir ein solches Gesetzgebungsverfahren so durchführen, wie es hier durchgeführt worden ist!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das sind wir uns schuldig, und das sind wir, glaube ich, auch unserem Ruf als Landesparlament schuldig, dass wir uns hier ansonsten ein wenig mehr Zeit nehmen.

Zur Sache ist zu sagen, das haben meine beiden Vorredner ebenfalls gesagt, dass diese Umstellung in der Tat sinnvoll ist. Das hat uns auch veranlasst,

*) Vom Redner nicht überprüft.

in der Deputation und hier zuzustimmen. Selbstverständlich müssen wir uns an die Ausbildungsgänge der Polizeiführungsakademie in Münster-Hiltrup anpassen. Das ist mit der Umstellung auf Bachelor und Master geschehen, so dass wir kein Problem mehr haben.

Zu dem angestrebten neuen Studiengang Sicherheitsmanagement, der ebenfalls nun kommen soll – es ist in der Tat ein sehr ehrgeiziges Ziel nach fünf Tagen Gesetzgebungsverfahren bereits am 1. Oktober mit den beiden Studiengängen beginnen zu wollen, weil die Akkreditierung solcher Studiengänge heutzutage ebenfalls noch bevorsteht –, ist zu sagen, dass wir im Prinzip begrüßen, dass wir die Ressourcen, die wir an der Hochschule haben, auch für externe Sicherheitsexperten aus der Wirtschaft anbieten. Das ist sehr sinnvoll, denn wir haben nun einmal die Kompetenz an der Hochschule, und es macht Sinn, weil wir immer gefordert haben, dass die privaten Sicherheitsexperten in Unternehmen und Sicherheitsdiensten besser ausgebildet werden sollen. Deswegen ist es vernünftig, dass wir unsere kompetenten Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen dort einsetzen.

Mein Punkt bei dieser Veränderung ist allerdings immer gewesen, wir sprechen davon, dass es der Hochschule gelungen ist, die namhaftesten Unternehmen, es wurde in der Deputation noch einmal auf die Top-Dax-Unternehmen hingewiesen, die ihre Sicherheitsmanager in Zukunft bei uns ausbilden lassen wollen, hier heranzuziehen. Ich bin der Meinung, dass wir in diesem Studiengang, wo es um eine externe Weiterbildung von schon berufstätigen Menschen aus großen Unternehmen geht, nicht aber um Erstsemester, wo wir Studiengebühren immer abgelehnt haben, auf jeden Fall einen finanziellen Beitrag entweder direkt von den Unternehmen oder aber von den Studierenden einfordern sollten. Der bremische Landeshaushalt könnte ihn gut gebrauchen, unsere Ausbildung, unsere Hochschule für Öffentliche Verwaltung könnte ihn ebenfalls gut gebrauchen.

Ich glaube, dass wir früher oder später dazu kommen müssen, weil diese Ausbildung sicherlich qualitativ gut einschlagen wird, dass wir hier entweder die Unternehmen über Stiftungsprofessuren oder die Studierenden über Studiengebühren für diesen postgraduierten Studiengang heranziehen sollten, weil wir es uns einfach nicht leisten können, unsere hervorragende Ausbildung an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung kostenlos anzubieten in diesem Fall, zumindest nicht diesen Unternehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich teile die Auffassung von Herrn Tschöpe, dass wir vielleicht, das werden wir in dieser Legislaturperiode möglicherweise nicht mehr hinbekommen, uns noch einmal anschauen müssen – wir haben eigentlich eine Zuständigkeit des Senators für Finanzen, wir haben eine Zuständigkeit des Senators für

(C)

(D)

- (A) Inneres, in Wirklichkeit ist der Senator für Wissenschaft mit dem Hochschulwesen in Bremen natürlich ansonsten betraut –, dass wir uns vielleicht in dieser Gemengelage noch einmal genauer anschauen, wie wir die bremische Hochschule für Öffentliche Verwaltung in das allgemeine Hochschulwesen integrieren können.
- Es soll natürlich die Expertise der bremischen Polizei, weil wir hier eine ganz gezielte Ausbildung für die bremische Polizei machen, nicht verloren gehen, das ist ein wichtiger Punkt, den wir sicherlich im Auge behalten sollten. Zurzeit gibt es eine Mischzuständigkeit, die sich meistens nicht bewährt, wo wir die Hochschule für Öffentliche Verwaltung etwas außerhalb des ansonsten bestehenden Hochschulsystems laufen lassen. Das, denke ich, ist aber mehr ein Merkpunkt für die Zukunft.
- Jetzt kann es zum 1. Oktober, wenn die Akkreditierung gelingt, dann losgehen, und ich wünsche beiden Studiengängen viel Glück und dass es jetzt klappen möge, schnell an den Markt zu kommen! – Danke schön!
- (Beifall beim Bündnis 90/die Grünen)
- Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Lühr.
- (B) **Staatsrat Lühr:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich bei Ihnen bedanken für Ihr Verständnis und auch für Ihre Bereitschaft, den Gesetzentwurf in dem verkürzten Verfahren über die Bühne zu bringen. Das ist nicht der Sommerpause geschuldet, sondern eigentlich der Dynamik, dass auch andere Länder vergleichbare Studiengänge aus der Taufe heben wollen. Wenn wir, wie Herr Dr. Güldner es eben schon angesprochen hatte und was in der Deputation für Inneres ausführlich erörtert worden ist, hier auch Effekte setzen wollen, mit Großfirmen zusammenarbeiten wollen, dann müssen wir präsent sein und können nicht nur eine Absicht verbreiten, sondern müssen diese auch realisieren.
- Zur Federführung ist bereits klaggestellt worden, dass Sie nicht verwundert sind, dass ich hier stehe, sondern federführend ist zurzeit im Senat noch der Senator für Finanzen. Das rührt aus der Zeit, als wir an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung nur interne Studiengänge hatten, nämlich für Verwaltung, Steuer und Polizei. Es steht an, dass wir dort zu einer Überarbeitung kommen, weil der Verwaltungsstudiengang inzwischen im allgemeinen Hochschulbereich schon angekommen ist. Im Bereich der Steuerverwaltung haben wir eine enge Kooperation mit dem allgemeinen Hochschulbereich. Die ersten Absolventinnen und Absolventen sind mit dem Internationalen Studiengang für Steuer- und Wirtschaftsrecht fertig. Also, nehmen wir uns das in der nächsten Zeit vor! Wir haben bisher die mangelnden Zuständigkeits-
- klarheiten immer durch ordentliche Zusammenarbeit zwischen den drei genannten Ressorts Inneres, Wissenschaft und Finanzen ausgeglichen und eigentlich auch immer praktische Lösungen auf den Tisch bekommen.
- Ausbildungsgänge, die sowohl für die Verwaltung als auch für die Privatwirtschaft qualifizieren, gewinnen immer mehr an Bedeutung, weil wir im öffentlichen Dienst nicht mehr jeden, der eine interne Ausbildung macht, übernehmen können, ihn aber auch nicht mit einem Makel versehen wollen, dass er quasi als zweitklassiger oder für einen bestimmten Zweck Ausgebildeter auf den Markt kommt. Auf der anderen Seite haben wir den schon genannten Bologna-Prozess, der in den Studiengängen realisiert werden soll. Dort haben wir es zielgerichtet betrieben, dass wir das auch für die allgemeine Verwaltung und für die Steuerverwaltung natürlich realisieren.
- Dieser Neuordnungsprozess ist mit dem Änderungsgesetz für die Hochschule für Öffentliche Verwaltung jetzt für den Polizeibereich vollzogen, der Studiengang Verwaltung gehört schon zum allgemeinen Hochschulrecht und bedurfte daher keiner entsprechenden Ausrichtung. Die Dienstrechtler zirkeln noch, wie sie das danach in die schwierige Arithmetik des öffentlichen Dienstrechts, insbesondere im Verwaltungsbereich, eingliedern.
- Das bewährte Baukastensystem in der Polizeiausbildung ist kompatibel gemacht, also die Ausbildung im gehobenen Dienst hier an der Hochschule und die Verknüpfung mit der Ausbildung an der Deutschen Hochschule für Polizei in Münster. Das musste auch rechtlich klaggestellt werden, damit wir nicht unter Umständen wegen Formfehler auf der Strecke bleiben.
- Das Highlight dieser Vorlage ist letztlich aber, das ist auch von allen betont worden, der neue Studiengang Risiko- und Sicherheitsmanagement. Dazu will ich Ihnen jetzt keinen großen Vortrag halten, weshalb das aufgrund der Berufsfeld- und Bedarfsanalysen wichtig ist. Es ist, glaube ich, eine demokratische Herausforderung, die Arbeitsteilung zwischen der Ausübung des verfassungsrechtlich legitimierten staatlichen Gewaltmonopols durch die Polizei, also der verfassungsrechtlich sichergestellten Ordnungsmacht, und dem privaten Sicherheitsgewerbe zu definieren und sie auch durch eine vernünftige Ausbildung, die unter öffentlicher Kontrolle an einer Hochschule stattfindet, sicherzustellen. Das ist der Hintergrund.
- Die beteiligten Stellen, und das sind insbesondere der Fachbereich Polizei und das Rektorat der Hochschule, das Innenressort, die Polizei Bremen und die Dienstrechtler aus dem Finanzressort, haben das in kürzester Frist auf die Beine gestellt, weil sie eben diesen Wettbewerbsvorteil ausnutzen wollten. Ihnen sei an dieser Stelle auch noch einmal von mir herzlichen Dank im Namen des Senats gesagt, weil es nicht selbstverständlich war, dass wir das so über die Som-
- (C)
- (D)

(A) merpause zuspitzen und bearbeiten konnten, insbesondere den Kollegen aus dem Polizeibereich sei dieser Dank geschuldet. Die vielversprechende Resonanz, die wir von den Großfirmen gehabt haben, auch das ist bereits auf der Finanzministerkonferenz angesprochen worden, „Macht ihr dort irgendetwas Neues? Wir haben das bereits in den Kabinetten von den Innenressorts gehört!“, zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Das wollen wir weiter betreiben, insoweit brauche ich das jetzt auch nicht im Einzelnen zu legitimieren.

Der Abgeordnete Dr. Güldner hat die Finanzfrage angesprochen. Wir haben im Senat beschlossen, dass wir noch einmal ein Finanzierungskonzept gemeinsam von den Ressorts Inneres, Wissenschaft und Finanzen aufstellen wollen. Da müssen wir natürlich diese Fragen, wenn das auf Großabnehmer orientiert ist, auch mit einbeziehen. Das wird aber kommen und auch rechtzeitig zum Betrieb auf die Reise gehen.

Der Senat strebt an, dass wir das bis zum 1. Oktober machen, deswegen diese Eile, wir hoffen, dass wir es bis zum Oktober schaffen. Ich bedanke mich noch einmal für Ihre Bereitschaft, das so schnell über die Bühne zu bringen. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) **Präsident Weber:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Hochschule für Öffentliche Verwaltung mit der Drucksachen-Nummer 16/1136 in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, da der Senat um Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung gebeten hat und die Fraktionen der SPD und der CDU dies als Antrag übernommen haben, lasse ich darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kommen zur zweiten Lesung.

(C)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Hochschule für Öffentliche Verwaltung in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Gesetz zur Änderung des Bremischen Ruhe- lohngesetzes

Mitteilung des Senats vom 18. Juli 2006

(Drucksache 16/1083)

1. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Nußbaum, ihm beigeordnet Herr Staatsrat Lühr.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

(D)

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Ruhelohngesetzes mit der Drucksachen-Nummer 16/1083 in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. W e d l e r [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Meine Damen und Herren, es ist vereinbart worden, den Gesetzesantrag nach der ersten Lesung zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen.

Ich lasse deshalb jetzt über diese Überweisung abstimmen.

Wer der Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

- (A) Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Kein Bundeswehreininsatz im Kongo

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten
Tittmann (DVU)
vom 14. August 2006
(Drucksache 16/1103)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Rówekamp.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach neuester Berechnung soll der Einsatz deutscher Soldaten im Kongo den Steuerzahler sage und schreibe 56 Millionen Euro kosten. Hinzu kommt dann noch, dass es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wieder tote und schwer verletzte deutsche Soldaten geben wird, sei es durch Anschläge, Unfälle oder, was gerade im Kongo immer wahrscheinlicher wird, durch blutige, kriegerische Auseinandersetzungen.

(B)

Meine Damen und Herren, wie Sie es aus den Medien und seitenlang aus der „National-Zeitung“ erfahren konnten, beherrschen im Kongo unzählige kriegerische Stammesfürsten riesige und undurchsichtige kriegerische Gebiete, die auch rücksichtslos und gnadenlos kleine Kinder als sogenannte Kindersoldaten niederträchtig missbrauchen. Daher ist es überhaupt nicht ausgeschlossen, dass unsere Soldaten im Ernstfall sogar auf kleine Kinder schießen müssen. Sie alle kennen doch die unzähligen schrecklichen Bilder, auf denen kleine farbige hungrige Kinder abgebildet sind, die nichts zu essen haben und für die wir auch immer spenden sollen, die aber auf solchen Bildern, meist mit einer Zigarette im Mund, stolz und lächelnd ihre schweren Waffen präsentieren. Ich sage Ihnen, diese kleinen farbigen Kinder haben absolut keine Hemmschwelle, keine Skrupel, ohne mit der Wimper zu zucken, es sei denn, zum Zielen, auf unsere Soldaten zu schießen. Unsere Soldaten müssen dann mit einer unüberbrückbaren Hemmschwelle aus Notwehr sogar auf kleine Kinder schießen. Nun können Sie es sich ja bildlich vorstellen, wer aus diesem ungleichen Duell als Sieger hervorgeht!

Es war einmal eine deutsche Nation, die am Ende des schrecklichen Zweiten Weltkriegs, vertreten durch alle Parteien, zu Recht hoch und heilig versprochen hat, Deutschland darf und wird sich nie wieder an

einem Krieg beteiligen, es sei denn, Deutschland wird angegriffen. Unsere Bevölkerung, aber insbesondere unsere älteren Menschen, die die Schrecken des Krieges hautnah selbst am eigenen Leib miterlebt haben, die unzähliges grausames deutsches Leid, wie zum Beispiel Flucht, Vertreibung, Vergewaltigung, Massenmorde, Folter, Zwangsarbeit, Bombardierung ihrer Städte und vieles Schreckliche mehr erleiden und ertragen mussten, die unzählige schmerzvolle Tränen um ihre toten Männer, Söhne oder Brüder leidvoll vergossen haben, haben dieses Versprechen nicht vergessen.

(C)

Die Deutsche Volksunion, an der Spitze der DVU-Bundesvorsitzende Dr. Gerhard Frey, hat dieses Versprechen auch nicht vergessen. Wir alle haben dieses Versprechen nicht vergessen. Die, die das Versprechen vergessen haben, sind die etablierten Parteien, die heute unsere Bundeswehr verantwortungslos und ohne Skrupel in weltweite Krisengebiete schicken. Das sind die sogenannten damaligen, ich betone damaligen, pazifistischen Antikriegsparteien wie Bündnis 90/Die Grünen. Diese scheinheiligen Pazifisten schrien damals, wohlgemerkt damals, bei jeder Gelegenheit großspurig: Nie wieder Krieg! Dieser Spruch, meine Damen und Herren, ist auch völlig richtig. Genau aber diese grünen pazifistischen Schreihälse waren die Ersten, die in der Regierungsverantwortung unsere Soldaten in den Kosovo geschickt haben. Diese sogenannten Pazifisten sind dafür mitverantwortlich,

(Glocke)

dass unsere Soldaten rücksichtslos und gnadenlos für amerikanische Ölinteressen – –.

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Tittmann, ich bitte Sie doch, sich in der Ausdrucksweise zu mäßigen und auch Personen nicht mit „sogenannt“ zu titulieren!

Abg. **Tittmann** (DVU): Gut! Und andere wirtschaftliche Interessen oder israelische Interessen – Überschrift der „Bild am Sonntag“, die darf ich eben einmal kurz zitieren und einmal zeigen: „Deutsche Soldaten sollen Israel schützen“, geopfert werden! Diesen scheinheiligen Kriegstreibern werde ich bei jeder Gelegenheit namens der Deutschen Volksunion ihre Maske herunterreißen.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Tittmann, ich habe Sie doch gerade darauf aufmerksam gemacht: Sie bezichtigen die demokratisch gewählten Gremien im Deutschen Bundestag als scheinheilige Kriegstreiber. Ich weise das zurück! Ich bitte Sie zum letzten Mal!

(Beifall)

(D)

(A) Abg. **Tittmann** (DVU): Ich darf Sie daran erinnern, dass ich auch demokratisch gewählt worden bin! Meine Damen und Herren, wenn ich das Wort Friedenstruppe mit Frieden schaffenden Maßnahmen höre, dann wird mir regelmäßig schlecht. Tatsache ist doch, dass deutsche Soldaten weltweit im Einsatz sind, um die wirtschaftlichen Interessen der USA und Israels zu schützen, und nichts anderes.

Nun rufen Sie hier einmal nicht mit Schaum vor den Lippen herum und sagen ja nicht, das stimme nicht!

(Abg. **Perschau** [CDU]: Wenn hier einer Schaum hat, dann sind Sie das!)

Das kommt wahrscheinlich von der Tollwut! Da hat doch tatsächlich der außenpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion – und nun sollten Sie zuhören, auch mit Schaum vor den Lippen! –, Eckart von Kladen, die Politik –

(Zurufe: Von Kladen)

ja, Sie wissen das ja! Schön!

(Zurufe: Ja, wir wissen das!)

Das ist ja schön, dass Sie es wissen! – der Bundesregierung regelrecht demaskiert. Er sagte nämlich als außenpolitischer Sprecher in einem Spiegel-online-Interview wörtlich, Herr Präsident, ich darf zitieren, es gebe eigene nationale Interessen im Kongo, auch eine Reihe von wirtschaftlichen, sicherheitsrelevanten Bodenschätzen, die nicht in die Hände Unbefugter gelangen dürften. Es gebe auch weitere Aussagen verantwortlicher Politiker, die sogar öffentlich zugeben, dass die Bundeswehr auch zur Sicherung von Wirtschaftsinteressen weltweit eingesetzt werde. Meine Damen und Herren, das hat mit dem Grundgesetz festgeschriebenen Verteidigungsauftrag Deutschlands nichts mehr zu tun!

(B) Darum müssen sich unsere in Kinshasa stationierten deutschen Soldaten nach öffentlich getätigten Aussagen – ich zitiere einmal eben – vielleicht gar nicht einmal zu Unrecht von der einheimischen Bevölkerung folgende Sätze anhören: „Ihr seid doch nur hier, um die Wahl zu manipulieren, weil ihr unsere Bodenschätze wollt.“ Wenn das Frieden schaffende Maßnahmen sein sollen, dann ist US-Präsident Bush für mich ein glorreicher Friedensengel, der urplötzlich im Irak Massenvernichtungswaffen gefunden hat. Ich aber sage Ihnen: Unsere jungen deutschen Soldaten werden mit den unerträglichen Schlagworten, ich darf es ja nicht mehr ausdrücken, Friedenseinsätzen, auf Deutsch belogen und betrogen, die auf Kosten unschuldiger Frauen, Kinder und Zivilisten für wirtschaftliche, fremde Interessen in aller Welt geopfert werden sollen.

Darum sage ich Ihnen, unsere Soldaten sind keine weltweite Söldnertruppe, und sie sind auch kein

billiges Kanonenfutter für die wirtschaftlichen Interessen fremder Länder. Also Schluss mit den weltweiten Kriegseinsätzen deutscher Soldaten! Unsere Eltern haben in der Vergangenheit schon zu oft und zu lange um tote Angehörige durch schreckliche Kriegseinsätze weinen müssen. Damit muss Schluss gemacht werden, es reicht! So etwas Schreckliches und Grausames darf sich zukünftig nie wiederholen. Darum stimmen Sie dem Entschließungsantrag der Deutschen Volksunion uneingeschränkt zu!

(C)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da muss man doch zweimal schlucken, wie der Abgeordnete Tittmann – und ich möchte das hier deutlich zurückweisen! – im Zuge einer solchen Debatte hier von einer israelischen Weltverschwörung und Unterstützung der Amerikaner und Deutschen redet.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, für eine solche perfide Denkweise fehlt mir jegliches Verständnis, und ich will versuchen, in der kurzen Zeit zwei, drei Punkte klarzustellen! Nirgendwo in der Welt befinden sich Einheiten der Bundeswehr in einem Kriegseinsatz. Das will ich hier ganz deutlich festhalten. Es gibt eine Diskussion, und das zeichnet eine Demokratie aus, wie wir sie jetzt gerade auch beim Libanon-Einsatz erlebt haben, ob es klug ist, manche Einsätze und dann in welcher Form zu unterstützen.

(D)

Dass es eine solche Debatte gibt, ist eine Errungenschaft der Demokratie, Herr Abgeordneter Tittmann, und diese Demokratie ist wehrhaft, und diese Demokratie hat sich entwickelt. Darum ist es auch gut, dass Deutschland mittlerweile auch außerhalb der deutschen Grenzen einen Einsatz zum Frieden in der Welt leistet. Darum sind deutsche Soldaten weltweit auch an verschiedenen Punkten mit einem entsprechenden Mandat, sowohl des Deutschen Bundestages, entweder der Europäischen Union, der Vereinten Nationen oder der Nato, im Einsatz. Darum geht es, Frieden zu schaffen in aller Welt, und nicht, Kriegseinsätze hier in irgendeiner Form zu betreiben.

(Beifall)

Ich möchte nur zwei, drei Sätze zum Kongo sagen! Der Kongo ist ungefähr so groß wie Westeuropa. Dort leben über 60 Millionen Menschen, und dieses Land befindet sich seit über 40 Jahren in einem blutigen Bürgerkrieg, wo zurzeit immer noch täglich zirka 1000 Menschen sterben. Es ist natürlich im deutschen wie auch im europäischen Interesse, dass, wenn man sich

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) anschaut, was in Afrika passiert, dort ein Beitrag zum Frieden geleistet wird.

Ich weiß nicht, Herr Abgeordneter Tittmann, ob Sie die Medien in der letzten Zeit nicht verfolgt haben! Wenn Sie sich anschauen, was für Boote an den Küsten Spaniens und Italiens ankommen, unter welchen Umständen die Menschen versuchen, aus Afrika zu fliehen, weil es dort unmenschliche Zustände gibt, weil dort die Menschen zum Teil abgeschlachtet werden, weil sie aus verschiedenen Stämmen kommen, darum ist es gut, dass Deutschland sich im Geleitzug der Europäischen Union an einer Maßnahme beteiligt und Bundeswehrsoldaten in Kinshasa beteiligt sind, um dort den Frieden zu sichern und das erste Mal seit 1960 freie Wahlen abzusichern und zu unterstützen.

(Beifall)

Dieser afrikanische Weltkrieg, wie die Vereinten Nationen die Situation im Kongo bezeichnen, muss beendet werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie sich anschauen, was in Afrika passiert ist, ich will nur einmal das Beispiel Ruanda nennen: Dort hat es einen Völkermord gegeben, und das ist die Lehre aus der deutschen Geschichte, warum wir uns an solchen Aktionen beteiligen müssen, Herr Tittmann.

(B)

(Beifall)

Sie fordern in Ihrem zweiten Satz die Heimführung aller im Ausland stationierten deutschen Soldaten. Meine Damen und Herren, auch in Europa hat es wieder einen Völkermord gegeben, es ist noch nicht allzu lange her, als in Bosnien-Herzegowina Menschen aufgrund ihrer Herkunft ermordet wurden. Auch darum ist es gut, dass in Europa deutsche Soldaten außerhalb der deutschen Grenzen im Einsatz sind. Ich muss Ihnen deutlich sagen, Herr Tittmann: Sie haben aus der deutschen Geschichte nichts gelernt, darum ist Ihr Antrag abzulehnen. – Vielen Dank!

(Beifall)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Rohmeyer, der Einzige, der nichts aus der deutschen Geschichte gelernt hat, sind Sie, weil Sie Kriegseinsätze befürworten und auch meines Erachtens verfassungswidrig dafür plädieren, dass deutsche Soldaten weltweit eingesetzt werden.

(Zuruf der Abg. Frau **S t a h m a n n** [Bündnis 90/Die Grünen])

Nach Ihrer Rede frage ich Sie allen Ernstes: Wo überall auf der Welt sollen deutsche Soldaten Deutschland noch auf der Welt verteidigen? Am Hindukusch, im Kongo, auf dem Balkan, im Kosovo, in Afghanistan, Horn von Afrika, im Nahen Osten,

(C)

(Abg. **P e r s c h a u** [CDU]: Setzen Sie sich lieber wieder hin!)

im israelisch-libanesischen Grenzgebiet und so weiter! Wenn Sie in Erdkunde besser aufgepasst hätten, dann würden Sie heute wissen, dass diese besagten Länder nicht einmal annähernd an Deutschland angrenzen. Meine Damen und Herren, es reicht!

(Zurufe)

Das ist eine unverantwortliche Politik der Regierenden auf Kosten der Gesundheit und des Lebens unserer deutschen Soldaten. Damit muss Schluss gemacht werden.

Unsere Bundeswehr ist keine Söldnertruppe für fremde Interessen. Solche wahnsinnigen Auslandseinsätze kosten den deutschen Steuerzahler zudem noch Milliarden Euro Steuergelder. Auf der anderen Seite kürzt die Regierung an allen Ecken und Kanten in einer Art und Weise, die man schon als Abzocken bezeichnen kann und die überhaupt nicht mehr nachvollziehbar ist: bei den Rentnern, bei den Beamten, bei den Sozialhilfeempfängern,

(D)

(Abg. **C r u e g e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Tittmann, Thema!)

bei den Arbeitslosen, bei den Ärmsten der Armen. Unsere Bürgerinnen und Bürger werden täglich immer rücksichtsloser und brutaler abgezockt,

(Abg. Frau **S t a h m a n n** [Bündnis 90/Die Grünen]: Was hat das mit dem Thema zu tun?)

aber für weltweite Kriegseinsätze der Bundeswehr sind plötzlich Gelder vorhanden. Was haben wir im Kongo zu suchen? Wir haben im Kongo nichts zu suchen, wir haben am Horn von Afrika nichts zu suchen, wir haben auf dem Balkan nichts zu suchen,

(Abg. Frau **W i e d e m e y e r** [SPD]: Genau! Und Sie haben hier nichts zu suchen!)

wir haben in Afghanistan oder sonst wo auf der Welt militärisch nichts zu suchen, denn laut Grundgesetz stellt der Bund meines Wissens Streitkräfte nur zur Verteidigung Deutschlands auf und nicht zur Verteidigung wirtschaftlicher Interessen für fremde Länder und Staaten, damit es hier ein für alle Mal klar ist.

(A) Nun frage ich Sie: Wer sind denn nun die wahren Demokraten? Die Deutsche Volksunion, an der Spitze unser Bundesvorsitzender Dr. Gerhard Frey,

(Zurufe)

der nachweislich schon seit Jahren in der „National-Zeitung“ gemäß unseres Grundgesetzes uneingeschränkt gegen Einsätze der Bundeswehr in aller Welt gekämpft hat, oder diejenigen regierenden Pseudopazifisten, die meines Erachtens verfassungswidrig unsere Soldaten in weltweite Krisengebiete schicken und damit skrupellos deutsche Soldaten opfern wollen oder schon geopfert haben? Also, kommen Sie mir ja nicht und sagen, die DVU wäre undemokratisch!

Meine Damen und Herren, ich möchte hier in Kürze nämlich nicht einen DVU-Antrag einbringen müssen mit der Überschrift „Wie viele deutsche Soldaten starben wirklich bei den weltweiten Kriegseinsätzen für fremde Interessen?“. Wenn Sie einen solchen DVU-Antrag verhindern wollen, sollten Sie heute diesem DVU-Antrag überparteilich zustimmen so wie der ehemalige mutige grüne Bremer Landtagsabgeordnete Walter Ruffler, der als mutiger, wahrer Pazifist, trotz heftiger und undemokratischer Gegenwehr aus eigenen Reihen, einer sogenannten pazifistischen Fraktion, und Bürgermeister Wedemeyer dem DVU-Antrag gegen den Kosovo-Einsatz deutscher Soldaten vorbildlich, mutig und nur seinem Gewissen gegenüber verantwortlich zugestimmt hat. Mutig deshalb, weil Walter Ruffler genau wusste, dass er mit der Zustimmung zum DVU-Antrag sein eigenes politisches Todesurteil unterschreibt, und genauso ist es dann ja auch gekommen!

(B)

Meine Damen und Herren, leider gibt es solche mutigen, noch wirklich pazifistische grüne Abgeordnete, die nur nach ihrem Gewissen entscheiden, schon lange nicht mehr. Unsere Bundeswehr ist für solche Kriegseinsätze sehr unzureichend ausgerüstet und schlecht ausgebildet.

Ein weiterer unerträglicher Skandal ist die Tatsache, dass ausgerechnet der Drei-Sterne-General Heinz Fiereck als oberster Kommandeur im Kongo ausgerechnet dann in den Urlaub fährt, während seine Soldaten im Kongo quasi unter schwerem Beschuss stehen und in höchster Gefahr sind. Ich frage Sie, was das für ein unmoralischer und unverantwortlicher General ist, der seine Soldaten in höchster Gefahr schädigt und vielleicht auch aus Angst im Stich lässt? Ich glaube, so etwas Niederträchtiges

(Abg. P e r s c h a u [CDU]: Reden Sie nicht solchen Müll!)

hat es gerade in der Vergangenheit noch nie gegeben, ganz im Gegenteil.

Meine Damen und Herren, diese erschreckende Tatsache zeigt meines Erachtens klar und deutlich, dass unsere im Kongo oder sonst wo eingesetzten deutschen Soldaten durch einen unerträglichen, unverantwortlichen General keine generalstabmäßige militärische Rückendeckung haben. Darum stimmen Sie zum Wohl und zum Schutz unserer Soldaten diesem Antrag der Deutschen Volksunion zu!

(C)

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Niemals!)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich an dieser Stelle inhaltlich nicht an der Debatte beteiligen, aber sehr wohl sagen, dass ich finde, dass sowohl eine Ehrerklärung für den ehemaligen Bürgermeister Wedemeyer als auch für unseren Kollegen Walter Ruffler an dieser Stelle not tun. Herr Tittmann, Sie haben nicht das Recht, diese demokratisch gewählten Abgeordneten für sich und Ihre Argumente zu missbrauchen. Ich weise das entschieden zurück!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Entschließungsantrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 16/1103 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. W e d l e r [FDP])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schlage Ihnen vor, dass wir mit diesem Tagesordnungspunkt die heutige Sitzung des Landtages beenden.

Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 17.49 Uhr)

*) Vom Redner nicht überprüft.